

Holzzeitung

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN

Heft 70

8. Jahrgang

17. November 1982

DM 1,50



Die faulen Arbeitslosen

Dokumentation:
Die "Wahrheiten" der
Recklinghäuser Zeitung

Hallo Leute!

Die Mädels und Jungs in der Redaktion haben zur Zeit alle Hände und Köpfe voll zu tun. Die kommen kaum noch zum Stricken.

Erfreulich für unsere Abonennten wird es sein, daß das Vertriebsdurcheinander dem Ende zugeht. Um das zu erreichen, werden die beiden nächsten Ausgaben allesamt per Post an die Leute gehen. Das gilt nur nicht für die angemeldeten Selbstabholer.

Geändert haben sich unsere Bürozeiten. Ich und ein paar andere sind jetzt immer mittwochs. und freitags von 15 bis 17 Uhr zu erreichen. Wer Telefonnummer und Adresse immer noch nicht weiß, schaut im Impressum nach. Ich freue mich auf Euren Besuch.

Unsere Kontakte nach außen sind zur Zeit geprägt durch ärgerliche Auseinandersetzungen. Jochen Welt und Erich Wolfram (beide noch in der SPD) meinen, sie könnten uns mit Androhungen rechtlicher Schritte ins Boxhorn jagen. Die Recklinghäuser Zeitung aus dem Bauer Verlag reagierte auf unser HOLZWURM-Extra mit Polemik und unwahren Behauptungen. Die Verhandlungen mit der Firma Bieling um einen Mietvertrag für das Autonome Zentrum sind zu folgendem Abschluß gekommen: Das Mietverhältnis wird bis 31.12.1983 verlängert.

So genug der Vorrede. Nur eine Frage noch: Hasst Ihr den November auch so wie ich? Viel Sonne deshalb Euer

Hebbert Holzwurm

In diesem Heft
Mehr über Gott
und Jochen Welt
und die WBK.
Es geht weiter
ab Seite 34

Aus der



Redaktion

In diesem Heft:
Das Autonome Zentrum ist bedroht. Deshalb fand im Oktober eine Öffentlichkeitswoche statt. Es gab Filme, Kaffee und Kuchen und einen Diskussionsabend. Mehr dazu ab Seite 18

Wichtig!
1933 - 1983
30. Januar 1983
50. Jahrestag der
Nazi-Machtübernahme.
Der HOLZWURM wird im Januarheft das Thema behandeln. Wer mitmachen will und Artikel, Pfotos oder anderes dazu hat, kommt bitte mal bei uns vorbei.

Leider hat sich das Erscheinen dieses HOLZWURM etwas verzögert, weil der Compser kaputt war. Kaputt? Er behauptet ja, daß er nur "krank" war. Aber lassen wir ihn für sich selbst sprechen – pardon: schreiben.

Tut mir echt leid, aber ich ha . . . , ha . . . , hatschi, tschuldigung, ich hatte 'ne Erkältung, lag im Bett, Wärmeflasche, Tee und so, ihr wißt schon. Und da ist dann auch mein Motorschaden voll durchgeschlagen, wie das eben so ist: ein Unglück kommt selten zu zweit. Der Doc konnte da auch nicht viel helfen, strenge Bettruhe, wie gesagt. Is' son neumodischer, nix Antibiotika & so.

Als ich dann wieder ein bißchen fitter war, haben sie mir den Motor ausgetauscht. Ohne Narkose natürlich, nur mit Akkupunktur, hat aber gut geklappt (Sonst könntet ihr das hier ja auch nicht lesen.).

Dann macht mal gut, bis zum nächsten Mal

Euer Intracardial Bedingte MMotoris – geschädigter Composer

P.S. Es gibt viel zu composern, spucken wir es aus (oder an? wie war das denn noch mal???)

In diesem Heft:

"Arbeitslos ist ein arbeitsfähiger Arbeitnehmer, der vorübergehend in keinem Arbeitsverhältnis steht".

Über Arbeitslosenschicksal, Geld und Lösungen mehr ab Seite 12

In diesem Heft:

Es gehört nicht zu den Gepflogenheiten unseres Hauses zu Angriffen gegen unsere Zeitung und ihre Redaktion öffentlich Stellung zu nehmen. Diesmal tun wir's aber doch, so! Eine andere auch in RE erscheinende Zeitung, die "RZ" nämlich verführte uns dazu. Dokumentation ab Seite 22



Internes	S. 2
Magazin	S.
Leserbriefe	S. 8
Mehr Leserbriefe	S.10
Titel: Arbeitslos- Gespräch mit Betroffenen	S.12
Blitzumfrage zu Arbeitslos	S.14
Radwege	S.16
Autonomes Zentrum Öffentlichkeitswoche	S.18
Hebberts Kommentar	S.20
Dokumentation "Wahrheiten der RZ"	S.22
Impressum	S.31
Polizei und Pistolen	S.32
Schwule	S.29
Jochen Welt und seine Karriere 2. Teil	S.34
OB Wolfram gibt ein Interview Betr.: Knappschaft Abriß-warum?	S.37
Neues über Comik	S.41
Veranstaltungen	S.43
Feste Termine	S.44
Anschriften	S.45
Rückseite	S.46

GEGEN BAFÖG-KÜRZUNG

BERGEHALDEN IM RUHRGEBIET

1984 SCHON HEUTE?

Am 28.10. haben ca. 250 Kollegiaten/tinnen des Westfalenkollegs Dortmund für zwei Stunden die CDU-Landesgeschäftsstelle in Dortmund besetzt.

Ihre Forderungen sind: 1. Keine Abschaffung des Schüler-BaföGs; 2. Keine Umstellung des Studenten-BaföGs auf Darlehensbasis, da das gerade für Schüler des 2. Bildungsweges eine Verschuldung von bis zu 70.000 DM bedeutet.

Die Absichten der neuen Bundesregierung tragen zu einem weiteren Abbau des 2. Bildungsweges bei. Bereits jetzt klagt z. B. das Mindener Kolleg über um 50 Prozent weniger Anmeldungen als sonst. Damit soll Bildung wieder verstärkt zu einem Privileg der Oberschicht werden. Nachdem die Kollegiaten ihre Forderungen vorgetragen hatte, sich aber kein kompetenter Gesprächspartner fand, gelang es dann, den bildungspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion per Telefon dazu zu bewegen, eine 'Einladung' für den 2.11. anzunehmen.

Die Aktion wurde weitestgehend als Erfolg gewertet, da sie mit Nachdruck unseren Widerstand gegen die Sozialkürzungen gezeigt hat, und eine relativ große Zahl von Kollegiaten/tinnen bereit war, aktiv an ihr teilzunehmen.

von unserem Dortmunder
Korrespondenten

Bergehalden (notwendiges Übel oder das Ergebnis einer profitorientierten RAG-Politik?), diesen Problembereich behandelt das Schwerpunktheft 2 des ITZ (= Innovationsförderungs- und Technologietransfer-Zentrum der Hochschulen des Ruhrgebietes).

Auf 40 Seiten werden verschiedene Aspekte der Bergehaldenproblematik dargestellt und kommentiert, die "Bandbreite" der Texte reicht von den Stellungnahmen und Einschätzungen der RAG und der Kritik daran, bis zu Argumenten gegen

die hiesige Kohlevorrangpolitik.

Einige Ergebnisse der Wissenschaftler in Stichpunkten: – Bergehalden stellen sowohl durch Staubabgabe als auch durch Gewässerverunreinigung (in einigen Fällen auch klimatologisch) eine Umweltbelastung dar. – Insbesondere die räumliche Lage im bevölkerungsreichen Ruhrgebiet (hoher Grundstückswert, geringer Wald- und Pflanzenbestand) wird nur mit den Transportkosten begründet. – Die Lösung der Probleme wäre in der Zeit der Hochkonjunktur möglich gewesen, damals war es aber der RAG wichtiger, den Kohlepreis niedrig zu halten.

Das Schwerpunktheft "Bergwirtschaft" ist kostenlos. Es kann beim ITZ angefordert werden: ITZ, Ruhruniversität Bochum, Postfach, 4360 Bochum. ***

Inwieweit ist der Ausbau der Medien/Informationstechnologien schon heute eine Gefahr für die sogenannte "Demokratie"? Was steht uns in dieser Hinsicht in der näheren Zukunft ins Haus?

Informationen über diese und andere im Zusammenhang mit der 'Dreieinigkeit' "Kabel – Computer – Bildschirm" stehende Problembereiche bietet ein Seminar der Humanistischen Union. Das Seminar findet am 17.11. in der VHS Essen, Hollestr. 75 statt. Beginnen wird es um 14 Uhr.

Näheres zu den allgemeinen Schwerpunkten entnehmen wir der Pressemitteilung der HU: ". . . Politiker und Techniker halten es kaum für nötig, uns darüber aufzuklären, was da auf uns zukommt, was sie geplant haben, welche Alternativen es dazu gäbe usw. Sie sprechen von Pilotversuchen mit den neuen Medien und beschließen während der "Versuche" die bundesweite Einführung von Bildschirmtext 1983. Sie sprechen von internationaler Wettbewerbsfähigkeit im Elektronikbereich und subventionieren mit Steuer-millionsen Technologien, die Arbeitsplätze vernichten oder ihres letzten Sinns berauben. Sie sprechen von Modernisierung der Verwaltung und meinen die Vollendung staatlicher Kontrollorgane . . . Es kommt Schlimmes auf uns zu, aber noch ist es zum Eingreifen nicht zu spät . . ."

ANZEIGE



**"DIE EINFACHE SACHE,
DIE SO SCHWER
ZU MACHEN IST!"**

Debatte zur Zukunft der Linken und zum Partei-Aufbau-Versuch der Demokratischen Sozialisten.

Analysen – Dokumente
Gespräche

In mehr als 50 Beiträgen wird Material zur Diskussion bereitgestellt. Die wichtigsten Positionen, wie sie in der MOZ, der Links, im Extradienst, in der Zeitschrift Sozialismus ausgebreitet wurden, werden flankiert von Stellungnahmen von örtlichen und regionalen DS-Initiativen, von GRÜNEN (Bund und Land), von Alternativen Listen und Einzelpersonlichkeiten (Alexander Schubart). Ergänzt wird diese Dokumentation durch eine Reihe von Einzelbeiträgen: Jens Bünnig: Von Recklinghausen nach Münster; SOST: Sozialisten zwischen grünen Reformismus und sozialdemokratischer Erneuerung; Ch. Butterwegge / A. Molter: Grüner Alternativblock oder alternativer Linksblock und durch den Abdruck eines Gesprächs zum Machtwechsel in Bonn und den Perspektiven linksoppositioneller Bewegung, an dem Vertreter verschiedener linker Positionen und Strömungen teilgenommen haben (DS, KB, SOST, SHB, REVIER). Das Buch will Orientierungshilfe geben. Nicht durch Pro-

pagierung einer Linie, sondern dadurch, daß der Diskussionsprozeß in der und über die DS breit verfügbar gemacht wird. Insofern hilft das Buch bei der eigenen Urteilsfindung. Überdies ist es gut geeignet, neuen Mitgliedern und Sympathisanten der DS den Einstieg in die Diskussion zu erleichtern.

Das Buch umfaßt 160 Seiten.
Format DIN A4 Preis 14 DM
(plus 1 DM Versand)

Ich bestelle Exemplar(e) von "Einfache Sache, die so schwer zu machen ist" zum Bezugspreis von 15 Mark (14 DM plus 1 DM Versand).

– Gegen Rechnung
– Verrechnungsscheck anbei.

.....
(Name)

.....
(Adresse)

.....
(Datum, Unterschrift)

bitte versenden an M.Jäger RE-
VIER-Verlag, Siegstr. 15 4100
Duisburg

PREISFRAGE:
 WAS IST DER UNTERSCHIED
 ZWISCHEN SPD und CDU?

WATTE MAL... HM, ÄÄH
 ...TJA... HMM... ÄH?

Produktion: Mh... Äh... Tja... wasp nich

ZITAT

Einen tollen und denkwürdigen Satz leistete sich Willi Wessel (in seiner Funktion als Bürgermeister von Herten) während einer Bürgeranhörung über die Umsiedlung der Gartensiedlung Hohewardstr. hin zum Reitkamp.

"Allerdings haben wir keinen Skrupel, eine Pappelreihe zu fällen. Die erhaltenswerten Bäume werden stehen bleiben." Ein Mann ein Wort, nun stellt sich uns aber die Frage: Was ist ein erhaltenswerter Baum? Vielleicht ein Baum, der nicht im Wege steht oder ein Baum mit denkmalgeschütztem Baumhaus oder

BETR.: PSYCHIATRIE

Wie sagte NRW-"Gesundheitsminister" Farthmann so schön in der WAZ vom 8. 11.81: In der Psychiatrie sei heute "manches nicht oder noch nicht machbar". Aber man könne nicht hinnehmen, wenn die medizinische Arbeit auf diesem Gebiet "von ideologischen Randgruppen dif-

famiert" werde.

Nun, der gute Herr Farthmann ist heute (noch?) im Amt und Ehren; einiges, was sich in der Zwischenzeit in der Psychiatrie getan hat, ist in der letzten Ausgabe der "Unbequemen Nachrichten" nachzulesen.

Die September-Ausgabe behandelt auf ihren vier Seiten u.a. die 100-Jahr-Feier des LKH Bonn, zu der Betroffene, die Sozialistische Selbsthilfe Köln (SSK), das Bonner Beschwerdezentrum und die Grauen Panther nicht eingeladen wurden. Die "Jubelfeier" konnte zwar nicht verhindert werden, aber wenigstens das schöne Bild von der heilen Psychiatrie etwas angekratzt werden.

Daneben findet sich in den "Unbequemen Nachrichten" eine Chronik der Geschichte des LKH Bonn, ein Erlebnisbericht einer Insassin u.a.

Ach ja, zum Schluß noch ein Zitat des "Krankheitsverwalters" Farthmann: Nur Böswillige können die Fortschritte übersehen, die in den letzten Jahren in der psychiatrischen Behandlung worden seien.

Aber, o sancta simplicitas, auf einige, nach wie vor fortschreitende, Tendenzen wollen die Autoren/innen doch gerade hinweisen.

Bezugsquelle: SSK e.V. Beschwerdezentrum, Liebigstr. 25, 5000 Köln 30

ORTSVERBAND DER GRÜNEN GEGRÜNDET

Anfang Oktober wurde der Recklinghäuser Ortsverband der Grünen gegründet. Zur Zeit befassen sich etwa 10 Mitglieder mit Umwelt- und anderen Problemen.

Der Meinungsbildungsprozeß (da bildet sich bei mir auch 'ne Meinung; der Sätzer) ist z.Z. allerdings noch nicht abgeschlossen, so daß noch nicht mit Sicherheit abzusehen ist, welche Schwerpunkte der Ortsverband in Recklinghausen anstrebt. Als ein wichtiger Aspekt ihrer Arbeit erscheint den Grünen die Transparenz im Rathaus, andere Vorstellungen zielen auf die Informierung der Bürger über Umweltverschmutzung hin und auf die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen - ohne sie "aufzusaugen". Aus diesen Gründen und aus dem Fehlen einer klaren Ausrichtung auf lokale Themenbereiche erscheint es dringend geboten, daß hier noch mehr Leute mitarbeiten.

Die Grünen treffen sich mittwochs um 20.00 Uhr in der Reitzensteinstraße 41.

Die Öffentlichkeitswoche des Autonomen Zentrums und die Publikationen gegen den HOLZWURM und gegen die Schwulen-/Lesbengruppen (bzw. die Nicht-Publikation) trieb diese 'Blüte' eines 'starkdeutschen' Herrn namens Valentin Bukowski (!):

Herr Behrendt, was stellen Sie sich eigentlich unter Pressefreiheit vor? Erlauben Sie, sie könnten Ihre Holzwürm nachrichten aus diesen Presseorganen aufzwingen? - Und was für'n Wabbe! Finden Arschficken in Ihrem "Holzwurm" keine Männer anscheinend. Wie wärs mit Ihrem Arsch - Finden lesbische Frauen die sich gegenseitig die Fresse bebacken in Ihrem "Holzwurm" keine neuen Fresse zum abbacken mehr? Sollen vielleicht die R-Z Themen die entsprechen



TRAUER UM DIE STRASSENBAHN

Ach, Holzwurm Gott, was hast Du uns angetan. Die liebe alte Straßenbahn wurde uns genommen und dafür gaben sie uns schaukelnde, stinkende Busse, die sogar noch langsamer sind. Will man gar von Recklinghausen nach Bochum fahren, muß man jetzt in Herne umsteigen, bis zu 8 Minuten warten. Und dann diese Schaukelei. Unkonfortabel bis zum Geht-Nicht-Mehr. Dann lieber die alte Bahn, die quietschte höchstens in den Kurven. Ganz zu schweigen, wenn sie die alten Bahnen renoviert hätten, wie es nunmehr in Frankreich geschieht. Das wäre eine feine Sache gewesen!

Nur weil Anfang der 70er irgendwelche Bürokraten, die selber eh nur Auto fahren, beschlossen, alle Straßenbahnen bei der Vestischen auszurangieren, haben wir die Misere nun. Die sollte man verpflichten, jeden Tag von Süd zur Stadt mit der neuen Linie 205 zu fahren! Wenn schon die Vestische nicht dazu bereit gewesen ist, ihre Bahnen weiterfahren zu lassen, dann hätte man das ruhig der BOGESTRA gestatten sollen, die fährt weiterhin mit ihren Straßenbahnen ab Herne nach Bochum. Aber wer wird schon vorher von den betroffenen Kunden gefragt. Daß mit solchen Maßnahmen die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs nicht erhöht wird, ist ja wohl klar. Und die nächste Fahrpreiserhöhung steht auch wieder vor der Tür. Immerhin muß die Vestische ja auch die 3 Millionen DM wieder reinkriegen, die sie für die neuen Gelenkbusse ausgegeben hat. Von dem Schienen-Rausreißen ganz zu schweigen. Damit haben sie ja schon Erfahrung.

Kommentiert von Hebbert

ROCK - PAED

Ein Mißgeschick passierte uns in der letzten Ausgabe mit der Kurzrezension über 'RockPaed', der neuen Zeitung für Pädagogen, die Rockmusik im Unterricht verwenden wollen.

In der Rezension vergaßen wir, trottligerweise, die Angaben, daß der Arbeits-

ROCKPAED

Zeitschrift für populäre Musik und Kultur in der Schule

kreis Rockdidaktik, 4660 Gelsenkirchen-Buer, der Herausgeber, und RockPaed, Postfach 519, 4660 Gelsenkirchen-Buer

die Redaktionsanschrift ist. Dieses Vergessen wird hiermit bestätigt und auch wieder vergessen gemacht. ***

FRAUENSEMINARE

Das 'aktuelle forum' hat noch Plätze in einigen Frauenseminaren frei:

- 20./21.11. Frauen und Ökologie im Röttgershof in Marl
- 20./21.11. Zur Situation alleinerziehender Frauen im Haus Hedtber in Bochum

27./28.11. Frauen und Wohnen im Haus Howacke in Warstein

3.-5.12. Der andere Teil der Frauenbewegung - wie sah die Mädchen-/Frauenbildung im 19./20. Jahrhundert aus? im Sozialistischen Bildungszentrum in Oer-Erkenschwick.

Für das letzte Seminar wird ein Teilneh-

merinnenbeitrag von 25 DM, bei allen anderen von 20 DM erhoben. Informationen und Anmeldung telefonisch und schriftlich beim:

aktuellen forum
Hohenstaufenallee 1-5, 46
Tel. 0 209/1 53 71 (Julia, Barbara)



ARBEITEN OHNE CHEF

Wer will das nicht, oder hat nicht schon mal davon geträumt? In unserem Bekann-
tenkreis werden mehr und mehr Leute ar-
beitslos; viele, die Arbeit haben, sind un-
zufrieden über die Arbeitsbedingungen.
Und da haben wir uns gedacht, daß es
eigentlich für eine ganze Reihe von Leu-
ten interessant sein könnte, von Pro-
jekt-Leuten selbst zu hören, wie mensch
ein alternatives Projekt aufzieht:

Wo kommt das Startkapital her? Wann
und wie können Leute von dem Projekt
leben? Verbessern sich die privaten Bezie-
hungen durch die gemeinsame Arbeit?
Welchen politischen Wert haben diese
Projekte für eine Veränderung der Ge-

sellschaft?

Fragen gibt es offensichtlich genug. In-
teressierte Leute gab es bisher weniger.
Zum zweiten Treffen der Veranstaltun-
gsreihe "Arbeiten ohne Chef" im Bochumer
"Momo" kamen nur 20 Leute. Schwer-
punkt war diesmal die Vorstellung von
Handwerkskollektiven. Eingeladen war
unter anderem das Handwerkskollektiv
"Sonne- und Windenergie-Anlagenbau"
aus Waltrop. Nach einer kurzen Vorstel-
lung des Projektes kam es zu einer duf-
ten Diskussion, vor allem deshalb, weil
einige Zuhörer selbst ein Handwerkskol-
lektiv aufbauen wollten.

Klar wurde allen, daß der Kontakt der
Projekte untereinander viel stärker

werden muß. Ein gut funktionierender
Erfahrungsaustausch versorgt die ange-
henden Projekte mit Informationen, z.
B. über die mögliche Rechtsform, über
Möglichkeiten, Lehrlinge auszubilden,
über Finanzierungsfragen.

Nur durch Zusammenarbeit läßt sich un-
freiwillige Konkurrenz und isoliertes
Vorsichhinwursteln vermeiden. Wenn al-
ternative Projekte in Zukunft weiter ex-
istieren wollen, ist die Suche nach neuen
Kooperationsformen und praktischer So-
lidarität unabdingbar.

Nächster Termin der Veranstaltungsrei-
he: Sonntag, 14. November um 18 Uhr
in der Gaststätte "Kukkukk" in Dort-
mund-Dorstfeld.

Betr.: "Die BI ist tot – Das schauerliche Ende der Bürgerinitiative Umweltschutz" im HOLZWURM Nr. 69

Ich kann euch Holzwürmer gut verstehen, wenn ihr stinkend sauer über die Art der Geldvergabe gewesen seid. Die Art wie die anwesenden Antragsteller zu Bittstellern abgekanzelt wurden, war ekelig. Aber das ist nicht nur euch so gegangen. In dem gleichen Stil wurde mit den Leuten in der BI umgesprungen, die nicht so gut "funktionierten" oder die "richtige" politische Meinung hatten. Deshalb ist die BI ja letztendlich auch kaputtgegangen.

Es gibt eben Leute, die noch nicht verstanden haben, daß politische Arbeit für eine herrschaftsfreiere Gesellschaft und die persönliche Entwicklung zu mehr Sensibilität und gegen eigene chauvinistische-mackerhafte Verhaltensweisen parallel laufen müssen. (Dabei gibt es dieses mackerhafte Verhalten auch bei Frauen, obwohl es bei Männern erheblich stärker ist.) Wer mit der Sensibilität eines Elefanten Politik macht, muß logischerweise über die Interessen anderer Menschen hin-

wegstapfen. ; Das hört sich zwar ziemlich belehrend an, ich kanns im Moment aber nicht anders ausdrücken. Vielleicht ist es den Lesern aber trotzdem möglich, über die Problematik zu diskutieren.

Wohl aufgrund eurer Wut ist euch aber ein logischer Fehler in eurer Kritik unterlaufen. Ihr schreibt: "– eine politische Abwägung zwischen den Projekten bzw. Geldsummen wird nicht vorgenommen". Kurz darauf zitiert ihr dann die inhaltliche Kritik von einigen Leuten an der Politik gegen den Ausbau des August-Schmidt-Ringes, gegen die Eröffnung eines politischen Buchladens, gegen "kommerzielle" Projekte wie HOLZWURM und gegen den 'Flaschenöffner'. Das war eine politische Abwägung, der die Mehrheit der Vergabegruppe zugestimmt hat. Ich fände es gut, wenn ihr euch über die aufgetauchten Argumente mal inhaltlich auslassen würdet. Ich fand die meisten nämlich schwachsinnig (z.B. HOLZWURM als kommerzielles Projekt).

Daß wir 6.000 DM für Anti-AKW-Arbeit und darin 2.500 DM gegen allgemeine Kriminalisierung und nur 1.500 DM für lokale Initiativen gegeben haben, war

eine politische Entscheidung, die sich aus den vorliegenden Anträgen ergab. Bei der Ausschreibung konnten wir leider noch nicht voraussehen, wieviel Anträge gestellt werden, und daß es nötig werden würde, zwischen Anti-AKW-Arbeit und örtlichen Initiativen nochmals abzuwägen.

Der 'Flaschenöffner' hat von uns 100 DM zur Abwehr seiner Kriminalisierung bekommen. Eine weitere Unterstützung wurde entschieden abgelehnt. (Nähe zu DKP-Standpunkten). Eure Kritik daran finde ich unsolidarisch. Ihr solltet euren Standpunkt zur Kriminalisierung des 'Flaschenöffner' mal diskutieren.

Wenn ihr unseren Bericht über die Geldvergabe in einer Reihe von Punkten falsch findet, dann müßt ihr die Punkte auch nennen. Wir haben uns bemüht, den Bericht knapp und sachlich zu halten, weil ich von allem, was mit der BI zusammenhängt die Schnauze voll habe. Ich hoffe ihr habt dafür Verständnis.

Mit solidarischen Grüßen

Hansi

no comment layouts inc.

LESEBRRIETE

BETR.: BERICHT ZUR GELDVERGABE DER BI / HW 69

Betr.: Schauerliche Berichterstattung im letzten HOLZWURM

Vorweg müssen wir sagen, daß uns schon übel genug in der Magengegend war, BI-Gelder verteilen zu müssen, zu sehen, daß es keine Anti-AKW-Bewegung in RE mehr gab, die das Geld einfach brauchte. Auch haben wir lange darüber diskutiert, wie wir die Gelder überhaupt verteilen sollen/können. D.h. wir mußten ein formales Verfahren (weil uns echt kein besseres mehr einfiel) anwenden, und gerade dies hatten wir in der BI immer zu vermeiden versucht, daß es falsch ist, sich auf die formal-bürokratische Ebene (Anträge etc.) herabzulassen, hat sich mal wieder gezeigt. Nur so konnte ein solcher Artikel (Die BI ist tot) zustande kommen. Schon durch unseren Aufruf, Anträge auf BI-Gelder zu stellen, kam es anscheinend zu Mißverständnissen. Mit dem Satz: "Bevorzugt werden örtliche und Anti-AKW-Projekte finan-

ziert" wollten wir nur den Rahmen festlegen, aus dem die Anträge überwiegend gestellt werden sollten. Damit wollten wir keineswegs Prozentsätze innerhalb dieses Rahmens festlegen, zumal wir ja auch gar nicht wissen konnten, wie viele und in welcher Höhe überhaupt Anträge eingehen würden. Dieser Überlegung entsprechend haben wir auch die Gelder vergeben. Einzige Ausnahme: "Heidehof".

Im weiteren wird von "eigenen" Anträgen, daß kann nur heißen, BI-Anträgen, gesprochen. Das ist natürlich völliger Blödsinn, denn es konnte doch aufgrund der längst vollzogenen BI-Auflösung überhaupt keine BI-Anträge geben. Die Anträge zur Anti-AKW-Arbeit stammten von Einzelpersonen, die selbstverständlich "ihre" Anträge inhaltlich erklärten (Was jedem anderen auch möglich gewesen wäre).

Auf die Inhalte der gesammelten Anträge geht der Schreiber (wohl Ralf) überhaupt nicht ein. Der nächste Hammer in dem Artikel ist die Behauptung, eine politische Abwägung zwischen den Projek-

ten bzw. den Geldsummen wäre nicht vorgenommen worden. Dies ist einfach falsch; Ralf selbst führt ja die Diskussion des Buchladenprojekts an. Natürlich brauchten nicht alle Anträge ausführlich diskutiert zu werden, fußten sie doch auf Konsenspositionen der alten BI (Kriminalisierung bzw. WAA-Büro Diemeltstadt – WAA und Atommüll waren die letzten Arbeitsschwerpunkte der BI). "Dumm-dreist" mag dem Leser des HOLZWURM die Argumentation einzelner BI'ler zur Frage "Buchladen" erscheinen. Das ist aber nur möglich, weil der Verfasser des Artikels peinlich darauf geachtet hat, den Zusammenhang der Argumentation zu zerfetzen. Die (berechtigte) Sorge der BI'ler bezog sich auf das bislang der überwiegenden Mehrheit nicht deutlich erkennbares **b e s o n d e r e** Konzept der Buchladengruppe, wie auch die Abstimmung zeigte. Und wie mit Hilfe dieses Konzepts relevante Käufermassen davon abgehalten werden können, ihre Buchwünsche durch Bestellungen in den RE-Buchläden zu realisieren (und daß das möglich ist, kann keiner bestreiten),

Betr.: Bericht der BI zur Geldverteilung

Als ehemalige – an der Geldverteilung beteiligte – BI'lerin seh' ich mich gezwungen, einige Punkte des im letzten HOLZWURM abgedruckten Berichts richtigzustellen. Gezwungen deshalb, weil ich die gesamte Darstellung als Verherrlichung der Vorgänge an besagtem Abend empfinde, zum anderen einige Punkte schlichtweg falsch sind.

Laut Beschluß der ehemaligen BI sollten die Anträge bis zum 31. August 1982 vorliegen und nur diese behandelt werden. Am Anfang der Verteilungsaktion wurden aber in einem Hau-ruck-Verfahren einige Anträge geändert bzw. neue

schnell noch eingebracht.

Konkreter: 1. Für den Ermittlungsausschuß Berlin lag ein Antrag auf 500 DM vor, er wurde kurzerhand auf 1.000 DM erhöht. 2. Für die überregionale Vorbereitung der Kalkar-Demo am 2.10. lag ein Antrag auf 500 DM vor, der ebenfalls auf 1.000 DM aufgestockt wurde. 3. Für das Anti-Atom-Büro in Diemelstadt gab es überhaupt keinen Antrag, er wurde kurz noch eingeschoben.

Einwände gegen dieses Vorgehen gab es keine. Sie hätten mit Sicherheit zu einer Art der Auseinandersetzung geführt, auf die ich zumindest, nach den Erfahrungen der letzten BI-Zeit, absolut keinen Bock mehr gehabt hätte. Ein Punkt, der sicherlich Kritik verdient hat!

In der wirklich typischen Atmosphäre (und auf diese will ich nicht näher eingehen) war im folgenden eine sachliche und politisch abwägende Diskussion kaum noch möglich. Die von beleidigenden Anmerkungen gespickte Argumentation fand ihre Spitze in Forderungen wie: den August-Schmidt-Ring zu begrünen, müsse alleiniges politisches Ziel sein – eine Beleidigung und Abwertung aller Arbeit, die bisher zu diesem Thema geleistet wurde. Spätestens an der Stelle hätte ich einen Rückzug des Antragstellers sehr gut verstanden.

Folge mangelnder Diskussion und Abwägung ist auch, daß die örtlichen Projekte viel zu kurz gekommen sind, und dieses an Verarschung grenzt, wenn man sich den Aufruf zur Geldverteilung ins Gedächtnis ruft. Etwas, was im HOLZWURM zurecht kritisiert wurde.

Zum Schluß noch ein paar Takte zu kommerziellen Projekten, da ja gerade die Kommerzialität von HOLZWURM und Buchladen mehrmals auf Kritik stieß. Beide Projekte sind sicherlich kommerziell zu nennen, dadurch, daß sie erstmal einen "Gewinn" erwirtschaften. Dieser geht aber beim HOLZWURM zur Deckung der Unkosten drauf, beim Buchladen wird er wieder in das Projekt fließen. D.h. also, und das scheint mir bei der Kritik unbedacht geblieben zu sein, daß niemand einen persönlichen Gewinn aus den Projekten zieht bzw. ziehen wird.

So, und nun ruhe die BI hoffentlich in Frieden.

Tschüss

Anette

Die Anmerkungen von Thomas und Ralf zu dem Bericht von der Geldvergabe der ehemaligen Bürgerinitiative Umweltschutz in unserer letzten Ausgabe hat – nicht nur von den Leserbriefschreibern – Kritik ausgelöst. Kritisiert wurde die fehlende Darstellung der Punkte, die unserer Ansicht nach falsch sind: ohne diese hätten wir besser auf eine Anmerkung verzichten sollen.

Für unser Ziel, den Beteiligten noch eigene Äußerungen möglich zu machen, scheinen wir die falsche Form gewählt zu haben. Erfreulich für uns, daß uns dennoch Stellungnahmen erreicht haben.

Unsere Kritik des Berichts umfaßt vier Punkte, die wir kurz nennen:

- *Die Anträge lagen nicht in der dargestellten Art zu Beginn des Abends vor.*
- *Erläuterungen im Bericht zu den Entscheidungen sind nur zum Teil wirklich gemacht worden.*
- *Die vorrangige Behandlung von Anträgen aus dem Anti-AKW-Bereich war zwar Faktum, ist aber in der dargestellten Weise nicht formuliert worden.*
- *Das Drumherum, das größtenteils in unserem Artikel dargestellt war, wird in diesem Bericht unterschlagen.*

oder positiv ausgedrückt, wie es möglich ist, sie zu zufriedenen und zuverlässigen Dauerkunden zu machen. Dumm-dreist, um bei dieser Vokabel zu bleiben, wäre höchstens das Ansinnen von uns zu verlangen, BI-Gelder in Projekte zu stecken, die keine erkennbare Perspektive besitzen.

"Gegen den Flaschenöffner wurde zwar viel gesagt, trotzdem wird er Geld bekommen." Auch dieser Satz des Artikels bedarf einer näheren Erklärung. Natürlich haben wir Probleme mit der DKP-Nähe des Flaschenöffners. Dies ist bei der Diskussion ja wohl auch deutlich geworden. Die Entscheidung ist keinem von uns leicht gefallen. Es überwog letztendlich aber die Solidarität mit der vom Staat kriminalisierten Zeitung, die ja wegen der (wichtigen und richtigen) Veröffentlichung von Bullenfratzen angeklagt ist. Für die Arbeit dagegen ist das Geld bestimmt.

Im weiteren ist die Behauptung, es hätten Antragsteller zu Bittstellern herabgesetzt werden sollen, eine Frechheit. Beim ersten Einwand in diese Richtung wurde

dem HOLZWURM-Vertreter erklärt, daß wir uns nicht als geschlossene Gruppe verstehen, und jeder Anwesende etwas zu allen Punkten sagen könne. Was er aber im folgen unterlassen hat.

Über die inhaltlichen Fehler des Artikels "Die BI ist tot" hinaus, ärgert uns besonders die Form, in der ihr den Bericht von Hansi und Thomas von eurer Seite her kommentiert habt. Wir halten es für berechtigt, Darstellungen, soweit sie euch nach euren Ansichten falsch erscheinen, zu kritisieren. Warum wurde eure Kritik nicht inhaltlich begründet? In der Form, wie sie im letzten HOLZWURM vorgebracht wurde, spielt ihr unserer Meinung nach nur eure Position als Redakteure aus, eine Darstellung in der Öffentlichkeit als falsch (wenn nicht sogar als üblen Propagandatricks) darzustellen, ohne sie uns und dem Leser inhaltlich zu begründen. Dadurch wird uns jede Möglichkeit genommen, dazu inhaltlich Stellung zu nehmen. Im Grunde spiegelt sich für uns auch hier die Form wieder, wie man durch verkürzte Darstellung, konstruktive Kritik umgehen,

und unpassende Darstellungen dem Leser gegenüber verreißen kann. Für uns stellt sich die Frage, wieso wir eigentlich dann zukünftig noch für den HOLZWURM etwas schreiben sollten, wenn ihr so eure Macht als Redakteure weiter ausspielt.

Überhaupt scheint die Gesamttendenz eurer Darstellung eher geprägt von einer "Beleidigten Leberwurst-Mentalität", als von politischer Kritik. Dies ist uns vollkommen unverständlich.

Georg, Thomas, Andrea
Stephan, Carsten
(hoffentlich der Rechtsform entsprechend)

P.S. Immer noch warten wir auf das schon an den HOLZWURM überwiesene Geld – oder hält etwa akute Geldnot von der Rückzahlung ab.

*Anm. der Redaktion:
Sorry! Das Geld ist jetzt überwiesen worden.*

MEHR

LESEBRRIETE

Betr.: "Autonomes Zentrum – Jetzt wird Power gemacht"

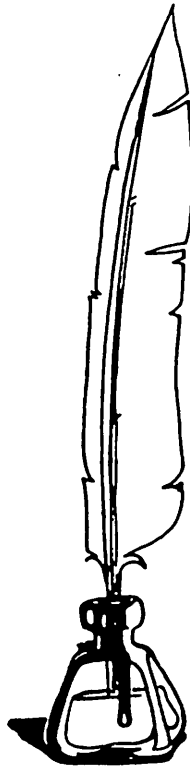
Vorweg: Ich war an der Geburt des Hauses beteiligt, habe den ersten Teil mit renoviert, viel organisatorische Arbeit rein-gesteckt, im Wohnhaus ein halbes Jahr gelebt. Ausgezogen sind wir dann, weil es uns mit Kind zu eng wurde, an dem Projekt habe ich mich seit Dezember 1981 nicht mehr beteiligt, da sich nach langen Diskussionen herausstellte, daß unser Konzept, uns als RE-Initiativen ein gemeinsames Domizil zu schaffen (aus unterschiedlichsten Gründen) gescheitert war. Danach spaltete sich die ehemalige Hausgruppe. ein Teil zog sich aus dem Projekt zurück, weil sie nicht bereit waren und es politisch nicht vertreten konnten für andere Leute ein Haus zu schaffen, dem diese dann lediglich als Konsumenten, d.h. ohne Eigenverantwortung und –beteiligung gegenüberstanden. Der andere Teil arbeitete mit neuen Leuten weiter, machte das Haus nutzbar und wie ich hörte, sollen sich ja inzwischen auch etliche Initiativen dort treffen.

Zum Eigentlichen: Seit geraumer Zeit nun ist akut, was seit Mitte letzten Jahres abzusehen war: Die Existenz des Hauses ist bedroht. Diese Tatsache, vorallem aber die Reaktion der "Häusler", wie sie sich für mich im letzten HOLZWURM und auf der Podiumsdiskussion vom 15. 10. darstellten, sind für mich Grund, zu schreiben.

Am meisten geschockt und geärgert hat mich im letzten HOLZWURM der folgende Abschnitt: "Unser Interesse ist ein möglichst langer Mietvertrag! Nicht um die Mauern des Hauses zu erhalten, auch wenn durch die Initiative und Arbeit starke Bindungen zu diesem Haus bestehen, sondern um die gemeinsame politische Arbeit langfristig möglich zu machen. Daher erklärten die Teilnehmer der Vollversammlung auch ihre Bereitschaft in anderen ansprechenden Räumen weiterzuarbeiten."

Das Haus aufgeben zu wollen, bedeutet nicht nur eine Mißachtung der unzähligen Arbeit unzähliger Leute, sondern deutet auch an, daß vor Bieling und Co. kapituliert wurde. Wozu soll denn dann noch "Power" gemacht werden? Mein Eindruck wurde auf der Podiumsdiskus-

sion zur Gewißheit. Es ging den Vertretern des "Hauses" nicht mehr um das



Haus als solches, sondern nur noch darum, möglichst viel Geld rauszuschlagen. 30.000, 50.000, 78.000, 140.000. Und was soll mit dem Geld geschehen? Neue Räume mit der Nutzungsfläche, zu dem Preis und in der Lage gibt es nicht. Mit der Stadt wegen Räumlichkeiten zu verhandeln, ist ja wohl Hohn. Ich habe gerade auch durch den HOLZWURM immer wieder erfahren, wie die Stadt Jugendliche etc. bevormundet, hintergeht und schlimmeres. Auch die bisherigen Auseinandersetzungen um das Haus sprechen doch Bände. Frau Fleischmann (SPD-Ratsfrau) mag zwar eine interessierte und engagierte Persönlichkeit sein, repräsentiert aber doch nicht die Stadt. Man scheint, daß zu der Zeit, als das Haus

noch nicht "Autonomes Zentrum" hieß, von autonomer Politik mehr zu spüren war. Schließlich wollten wir damals eigenständig ein Haus aufbauen und benutzen, um finanziell und politisch u n a b h ä n g i g vom Staat, d.h. hier von der Stadt zu sein.

Aber darüber hinaus verstehe ich anderes auch nicht: – als "tagende" Initiativen zu sagen, man wolle weiterhin gemeinsam politische Arbeit machen, heißt doch wohl, sich j e t z t gemeinsam für die Erhaltung des Hauses einzusetzen. Nur dies kann doch Grundlage für weitere "Power" sein, nur so können sich außenstehende Leute (wieder) aktiv einbringen. – Auf der Podiumsdiskussion wurde klar, daß es weder einen gültigen Bebauungsplan gibt, noch abzusehen ist, wann "Abendsonne" tatsächlich erweitert und schon gar nicht abgeklärt ist, ob es nicht planerische Möglichkeiten gibt, die das Haus erhalten. Warum wurde zu alle dem so wenig gesagt? Warum wird daraus nicht die Legitimation hergeleitet, das Haus als politisches Zentrum und Wohnhaus weiter nutzen zu wollen. – Der gültige Flächennutzungsplan weist das Gebiet als Mischgebiet aus. Fällt das Haus, so weitet sich die Industriefläche aus, wohnen und politisches Leben werden ausgeschaltet. Warum werden diese städtebaulichen Gesichtspunkte einfach nicht mehr eingebracht?

Ein "Autonomes Zentrum" mit so vielen Initiativen und mit Solidarität von Außen, muß doch auf seinem Existenzrecht bestehen und darf sich nicht durch 50.000 DM abspeisen lassen.

Swanette

Betr.: Sozialhilfe

Ich möchte es nochmal ein bißchen verdeutlichen, was es heißt, von der Sozialhilfe leben zu müssen.

Beantragt man Sozialhilfe, bekommt man, nachdem alle Anträge ausgefüllt sind, noch ganz lässig gesagt: "Ach, ja, VEW-Kosten (ausgenommen Heizkosten) müssen aus dem Regelsatz bestritten werden." Im ersten Moment begreift man, glaube ich, gar nicht so recht, was das heißt. Ergebnis davon ist jedoch leider, daß deshalb schon etliche alleinstehende Personen in Recklinghausen, aber bereits auch Familien ohne Strom leben müssen. Und dies vielleicht schon seit einem halben oder einem Jahr und kein Ende abzusehen.

Der Sozialhilfegesetz ist durch die Aufstellung eines Warenkörbes aus den 70-er Jahren festgelegt worden. Hier nur mal die Aufschlüsselung für eine alleinstehende Person pro Monat: Ernährung DM 188, Kochfeuerung, Beleuchtung, Betrieb elektrischer Geräte DM 35 (für jede weitere Person werden nur noch DM 10 berechnet), kleine Instandhaltung und geringwertige Beschaffungen DM 16, Körper-

pflege und Reinigung DM 30, persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens DM 69; zusammen DM 338.

Was verbirgt sich jedoch z.B. hinter den zugewiesenen DM 35 für Strom? 1982 betragen alleine die Grundpreise für Strom und Gas: Gas DM 13, Strom DM 10,60 (billigster Tarif, 3 Räume; für jeden weiteren Raum kommen DM 1,40 dazu). Das heißt also, ohne nur ein KWh verbraucht zu haben, sind schon fast zwei Drittel des für Strom angesetzten Betrages weg. Mit DM 11,40 monatlich Strom ist kein Auskommen. Aber woher soll das dafür notwendige Geld genommen werden? Von den DM 188 Ernährung??

Deshalb ist in letzter Zeit für immer mehr Sozialhilfeempfänger die Jahresabrechnung, bei der ja meist Nachzahlungen bis zu DM 200 und 300 kommen, das Aus, was das Leben mit Strom angeht. Das Sozialamt ist hierfür angeblich nicht zuständig: sind keine Verwandten da, die einem das Geld s c h e n k e n können, denn rückzahlen ist ja Illusion, ist es eben aus, dann gibt es kein Licht, kein warmes

bürger nehmen Sozialhilfe in Anspruch. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden 1981 insgesamt 14,8 Milliarden Mark gezahlt. Seit 1970 sind die Ausgaben um mehr als das Vierfache gestiegen."

Ja, was sollen denn die Leute sonst tun, wenn sie keine Arbeit bekommen, kein Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, oder die Rente zu klein ist? Sollen sie lieber verhungern, aber bloß nicht dem "Staat zur Last fallen"? Leider weiß ich nicht genau, wieviel Millionen Menschen von den 14,8 Milliarden DM 1981 in der BRD leben mußten. Tatsache ist aber, daß den DM 338 und Miete für einen alleinstehenden Sozialhilfeempfänger ein monatliches Ministergehalt von ungefähr 15.000 DM gegenübersteht, von den Verdiensten der Konzernbosse gar nicht zu reden. Für die Ruhrkohle AG haben wir ausgerechnet (nach RAG Geschäftsberichten 77 - 80), daß ein Kumpel bei einer 8-Stunden-Schicht 1980, drei Stunden und 50 Minuten für seinen Lohn gearbeitet hat und vier Stunden und 10 Minuten für die Taschen der RAG-Bosse. Insgesamt machte dies für 1980 einen Reingewinn von ca. 2.112.000.000 DM aus.

Auf der einen Seite 30 Millionen Tonnen Kohle auf Halde, auf der anderen Seite frieren Menschen in der Stadt. Dieser ganze Widersinn wird nicht nur bei der Kohle deutlich, die beginnende Wirtschaftskrise legt o f f e n, was der Kapitalismus wirklich ist: ein historisch überholtes, menschenverachtendes System, unfähig die Bedürfnisse der Werk-tätigen zu befriedigen.

Bekanntlich fängt der Fisch am Kopf zu stinken an. Je offensichtlicher die Fäulnis dieses Systems wird, um so mehr versucht die Kapitalistenpresse, Rundfunk und Fernsehen, gegen die Lösung zu wettern. Jeder Mensch, der einen Ausweg sucht, versuchen sie mit der Sozialfaschistischen Diktatur in Polen abzuschrecken, doch das wird ihnen nichts nützen. Wir wollen beweisen, daß der Sozialismus möglich ist.

Christoph
(Bund Kommunistischer
Intellektueller;
Nebenorganisation der
Marxistisch-Leninistischen
Partei Deutschland MLPD)

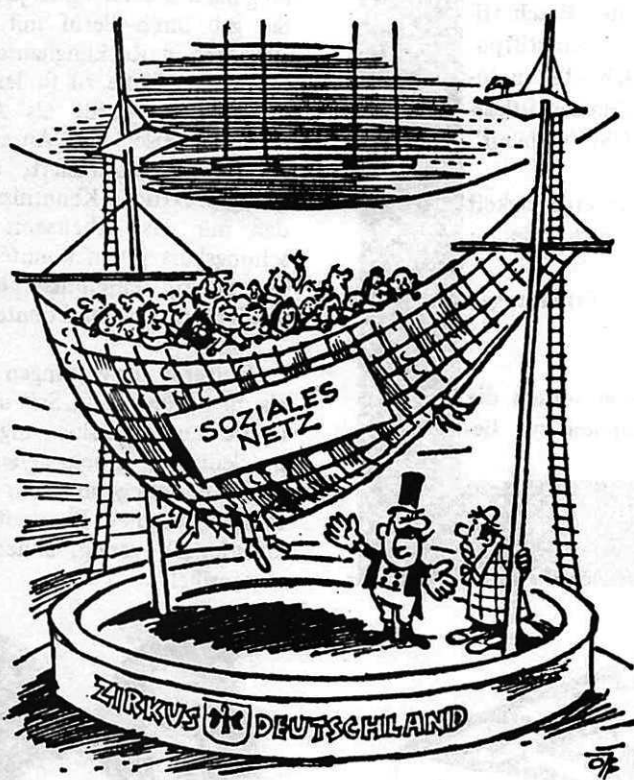
Betr.: Heft 69 vom 6.10.81 "Brief aus dem Jenseits"

Ihr habt in eurer letzten Ausgabe freundlicherweise unsere im August erschienene Dokumentation zum "Fall Flaschenöffner" erwähnt. Leider ergibt die Darstellung eures Lektors außer einigen Vermutungen nichts Informatives. Hier bekommt ihr nunmehr die notwendigen Informationen!

Die im August erschienene Dokumentation wurde zur umfassenden Information interessierter Leute zusammengestellt. Inhalt der Dokumentation ist die Schilderung der Ereignisse aufgrund der April-Ausgabe dieses Jahres. Dort hatten wir bekanntlich auf der Rückseite ein Bild mit den beiden K 14 Beamten Penker und Gesterkamp veröffentlicht und sie als "Schnüffler" bezeichnet. Folge davon ist nunmehr ein Strafverfahren wegen § 33 Kunsturhebergesetz (Recht auf das eigene Bild), §185 STGB (Beleidigung) und § 353 Nr. 3 STGB (Verbotene Mitteilung von Gerichtsverhandlungen).

Weiterhin befinden sich in der Dokumentation zahlreiche Stellungnahmen von vielen Leuten und Organisationen, sowie Presseartikel und im Anhang werden Zensurfälle gegenüber anderen Zeitungen dokumentiert. Interessenten können die Dokumentation zu einem Solidaritätspreis von DM 5 bei mir erwerben, Tel. 2 86 92. Die Anklageschrift haben wir, die sieben Betroffenen, Ende Oktober erhalten. Der Prozeß wird ungefähr in sechs Wochen vor dem Jugendschöffengericht in Recklinghausen stattfinden. Traurig aber wahr! Außerdem möchten wir uns bei der ehemaligen BI für die überaus großzügige Zuweisung von DM 100 bedanken und könnt sicher sein, daß ihr nunmehr in die Geschichte eingehen werdet, da ihr ja die örtlichen Projekte soo großzügig unterstützt habt würg!

Willi Maldei
Redaktionsmitglied Flaschenöffner



„Alle wollen im Netz sitzen, keiner will mehr ans Trapez!“

Wasser, kein warmes Essen, kein Staubsaugen, kein Wäsche waschen, kein Fernsehen oder Radiohören mehr.

In mir steigt jedesmal die Wut hoch, wenn ich mir versuche klar zu machen, welche Konsequenzen es hat, ohne Strom/Gas zu sein. Hängt Heizung noch mit dran, dann wird sogar gefroren. Und dann bringt die Recklinghäuser Zeitung vom 21.10.82 ganz kommentarlos folgende kleine Notiz: "Sozialhilfe - Immer mehr Bundes-

„Arbeitslos ist ein arbeitsfähiger Arbeitnehmer, der vorübergehend in keinem Arbeitsverhältnis steht.“ So heißt es in dem Lexikon neben meiner Schreibmaschine. Meinem Vater vermag dies nur zu einem resignierenden Schulerzucken bringen; er ist jetzt zweiundfünfzig – ab Januar „vorübergehend“ arbeitslos.

Ebenso wie ältere Arbeitnehmer werden andere stark von der Arbeitslosigkeit betroffene Gruppen ihr Recht auf Arbeit nicht durchsetzen können. Dieses Recht aus der Verfassung des Landes Nordrhein–Westfalen, das vor rund 30 Jahren so hoffnungsvoll festgelegt wurde, fragt nicht nach der Qualität von Arbeitsplätzen – Hauptsache Arbeit ist 'garantiert'.

Diese Frage geht auch heute bei der Diskussion um die Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit zumeist unter. Die verschiedensten ideologischen Ansätze streiten sich um die Wahrheit. Bei den Vorgehensweisen scheiden sich ebenfalls die Geister. Nicht zu vergessen die widerstrebenden Eigeninteressen.

Die von den herrschenden Parteien in Erwägung gezogenen Maßnahmen kosten Geld. Ob Investitions– oder Beschäftigungsprogramm – im sozialen Bereich wütet die Rotstiftpolitik. Gleichzeitig wird die lebensfeindliche AKW–Technologie in Milliardenhöhe subventioniert, werden Massenentlassungen beim AEG–Konzern mit 1,2 Mrd. DM 'verbürgt'.

Einen wirklichen Schwerpunkt zum Thema Arbeitslosigkeit können wir trotz unseres späten Erscheinens nicht bieten:

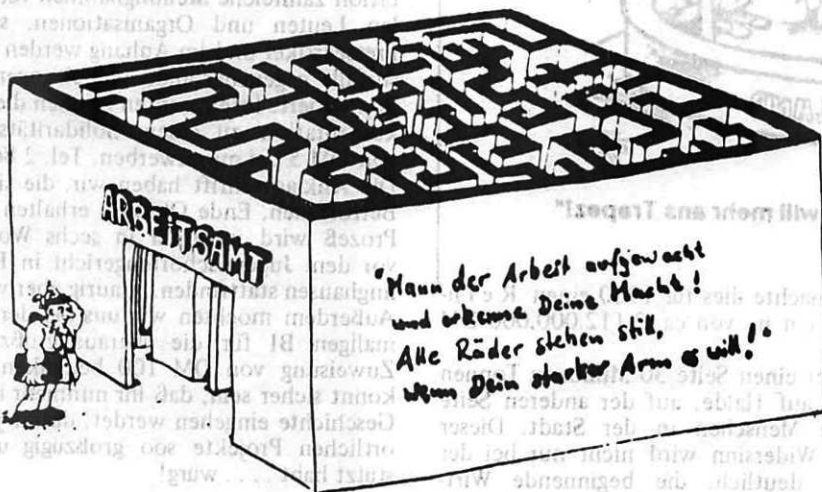
- ein Gespräch mit einer Arbeitslosen über ihre Erfahrungen mit dem Arbeitsamt
- eine Umfrage bei Parteien/Verbänden. Diese sollten die ihrer Auffassung nach wichtigsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nennen.

GESPRÄCH EINER

Zur Person: Irmgard K., ausgebildete Anwaltsgehilfin und über einige Jahre in der Touristik–Branche tätig gewesen, ist seit dem Herbst 1981 arbeitslos.

Ihren Job als Reisbegleiterin gab Irmgard auf, als sie ihren Freund kennenlernte. „Ich konnte ja schlecht weiter in der Weltgeschichte rumkurven, denn das ist ja nicht so gut, wenn Du alle 3 Wochen wieder erscheinst; vor allem die Entwicklung bei uns beiden geht ja auseinander.“ Sie gab ihren Beruf mit der Hoffnung auf, hier in Recklinghausen oder Umgebung eine Stelle zu finden, entweder in ihrem alten Beruf als Anwaltsgehilfin oder im Reisebüro. „An sich sind die ja an Leuten interessiert, die schon ein wenig praktische Kenntnisse haben. Oder daß mir das Arbeitsamt einen Auffrischkurs geben könnte, für die Bereiche Steno, Schreibmaschine, daß ich da wieder reinrutschen könnte.“

Irmgards Erwartungen erwiesen sich als zu optimistisch. Seit über einem Jahr ist sie nun arbeitslos. Angeboten wurden ihr lediglich Arbeitsstellen als Floristin und Altenpflegerin. „Für beides bin ich total ungeeignet. Einerseits bis ich nicht künstlerisch genug, andererseits bis ich zu sensibel.“



Nach den vergeblichen Versuchen, einen Arbeitsplatz zu finden, nahm sie an einem 6–Wochen Kurs des Arbeitsamtes teil. „Einerseits wird er als Maßnahme für schwer einzugliedernde Arbeitslose bezeichnet, andererseits ist es wohl mehr ein Kurs, der dem Arbeitslosen mehr Selbstvertrauen geben soll.“

LEBEN MIT ARBEITSLLOSEN



An diesem Kurs, genannt Maßnahme 41 a nahmen insgesamt sechs Frauen und sechs Männer teil. "Mir war das bis dahin noch gar nicht so aufgefallen, aber offenbar scheint das für viele ein großes Problem zu sein. Sehr viele Teilnehmer waren verunsichert, weil sie eben ihr Auto abschaffen mußten, gerade für Familienväter, hinzu kommt dann der Ärger mit den Ehefrauen, das gesamte soziale Feld. Sie mußten ja in ihren Augen, in dieser Leistungsgesellschaft, die immer streben, streben sagt, versagt haben. Sie hatten jetzt einen sozialen Abstieg hinter sich."

Irgard lernte bei diesem Kurs kennen, wie deprimierend die Situation für viele ist. Fast alle hatten die Mentalität entwickelt, darauf zu warten, daß sich etwas ändert.

Und ändern tat sich nicht viel. Die Situation nach Beendigung des Kurses war genauso schlimm wie vorher. Wieder konnten nur Stellen als Floristin und Altenpflegerin sowie Wurstwarenverkäuferin angeboten werden.

Negative Erfahrungen machte Irgard mit dem Arbeitsamt. "Als der 6-Wochen Kurs begann, bekam ich auf einmal kein Geld mehr vom Arbeitsamt. Einen Monat lang sah ich keinen Pfennig Geld. Mit viel Mühe, etlichen Telefongesprächen und einigen Gesprächen teilte man mir dann mit, daß ich einen Vorschuß abholen könne. Immerhin mußte ich ja meine Miete weiterzahlen, was zu essen brauchte ich ja auch. Als ich dann zum Arbeitsamt hinkam, lagen für mich 150 DM bereit. Ich war natürlich stocksauer. Ich fühlte mich richtig verarscht." Es dauerte dann wieder einige Zeit, bis sie endlich einen neuen Bewilligungsbescheid aus Nürnberg zugestellt bekam. Darin wurde ihr dann mitgeteilt ("Diese Formulare sind ja schrecklich schwer zu verstehen"), daß ihr Arbeitslosengeld drastisch gekürzt worden war. Wieder folgten Telefonanrufe, Besuche im Arbeitsamt, um herauszufinden, daß es sich um einen vorläufigen Bescheid handelte. "Das war ein arger Streß. Und ich kann dazu wirklich nur sagen, daß das echt entmutigend ist, sich da immer herum zu schleppen, immer wieder Vertröstungen zu hören. Und das war nicht nur in meinem Fall so, bei anderen ebenfalls."

So weiß Irgard von einem Fall zu berichten, bei dem bei einer Arbeitslosen ihre Kontonummer ihrer Bearbeitungsnummer verwechselt wurde. Sie wartete ebenfalls wochenlang auf ihr Geld. "Man wird wirklich in ein asoziales Feld gestellt, obwohl man nichts anderes ist als ein Versicherungsfall. Und dann sagen die immer, sie sind überlastet. Das mag ja auch sein, aber sie sollten ihre Arbeit auch transparenter machen. Man weiß zu wenig davon, die verschanzen sich hinter den Akten und hinter angeblich nicht funktionierenden Telefonen."

Wenig Erfolg hatten die Bemühungen einiger Weniger, eine Arbeitsloseninitiative in Recklinghausen zu gründen. "Da saßen u.a. richtige Tränen, zwei Männer winkten gleich ab, als wir das in einer Maßnahme des Arbeitsamtes ansprachen. Sie waren auch nicht interessiert. Allerdings war auch kein Konzept da." Irgard hofft, daß dies vielleicht im Winter anders aussehen wird. Immerhin könnten kostenlos Räume genutzt werden, ein Telefon stünde auch zur Verfügung. Ihre eigenen Zukunft sieht sie nicht rosig. "Ich meine, das ist ja kein groß angelegtes Arbeitslager, dann kann ich nicht mehr entscheiden, die nächsten Jahre als Fleisch- oder Wurstverkäuferin zu arbeiten. Soweit bin ich ja noch nicht. Aber wie lange noch, weiß ich nicht." ***

Arbeitslosengeld ist eine Leistung aus dem "Pflichtversicherungsverhältnis" des Arbeitnehmers (d.h., daß der/diejenige darauf Anspruch hat, der/die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat).

Die Bestimmungen haben sich in der letzten Zeit dahingehend verschärft, daß z.B. nur diejenigen einen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, die vor ihrer Arbeitslosigkeit mindestens 12 Monate beitragspflichtig versichert waren. Diese Zeitspanne betrug vorher nur sechs Monate.

Das Arbeitslosengeld beträgt 68 Prozent des letzten Nettoentgeltes. Der/die Arbeitslose unterliegt der Verpflichtung, sich beim Arbeitsamt in bestimmten Abständen zu melden und sich auf Stellenangebote hin bei den betreffenden Arbeitgebern vorzustellen. Die Verletzung der Meldepflicht oder die Ablehnung einer "zumutbaren" Beschäftigung werden mit dem (befristeten) Entzug der Zahlungen durch das Arbeitsamt geahndet.

Das Arbeitslosengeld wird von der Bundesanstalt für Arbeit (-slosigkeitsverwaltung) nur so lange gezahlt, wie ein Anspruch darauf 'erarbeitet' wurde. Die Dauer dieses Anspruches beträgt maximal ein Jahr. Danach besteht die Möglichkeit, Arbeitslosenhilfe zu beantragen. Der Regelsatz beträgt hier 58 Prozent des letzten Nettoentgeltes. Arbeitslosenhilfe wird jedoch in der Regel ebenfalls nur ein Jahr lang bezahlt.

BLITZUMFRAGE "ARBEITSLOS"

Am Anfang stand die Idee, von möglichst vielen Parteien und Verbänden eine Stellungnahme zur Arbeitslosenproblematik zu bekommen und diese ohne Kommentar gegenüberzustellen.

Eine längere Beschreibung der Misere hielten wir für weniger interessant als eine Antwort auf die Frage: "Welche Maßnahmen erscheinen Ihnen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als vorrangig?" Nach einigem Telefonieren erhielten wir das folgende Ergebnis.

SPD – UNTERBEZIRK

Für den Unterbezirk der SPD in Recklinghausen gab Herr Puck durch: "Kein Kommentar gegenüber dem HOLZWURM von der SPD".

CDU – RATSFRAKTION

Laut Auskunft des Sekretariats ist eine telefonische oder auch schriftliche Antwort in so kurzer Zeit fast unmöglich. Eine Stellungnahme z.B. des Herrn Marschewski würde scheitern, weil dieser einen 8 – 9-stündigen Arbeitstag in Dorsten als Rechtsrat hat und nur abends Politik macht.

DEUTSCHE ANGESTELLTEN- GEWERKSCHAFT

Von der DAG erhielten wir auf unsere telefonische Anfrage diese schriftliche Stellungnahme:

Das Programm der DAG zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit enthält eine Kombination von Maßnahmen zur Wachstumsförderung, zur Arbeitszeitverkürzung und zur Arbeitsmarktpolitik. Dazu zählt die gerechte Verteilung der vorhandenen Arbeit durch eine schrittweise Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche, sowie die Herabsetzung der Altersgrenze auf das 60. Lebensjahr o h n e versicherungsmathematische Abschläge. Der frühere Rentenbezug soll durch eine geringfügige Erhöhung des Rentenversicherungsbeitrages finanziert werden, wozu die Arbeitnehmer solidarisch bereit sein sollten. Zur Wachstumsförderung hat die DAG u.a. 1982 als Tarifmodell die

betriebliche Vermögensbeteiligung zwecks Verstärkung der Investitionen gefordert. Danach soll ein bestimmter Teil der Gehälter für einen festgelegten Zeitraum als Kapitalanteil der Arbeitnehmer im Betrieb verbleiben.

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND

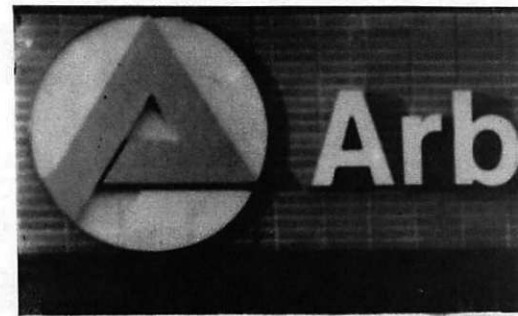
Hier erhielten wir bei einem Besuch nur sehr vage Auskünfte durch einen Sekretär der ÖTV, welcher sich nicht kompetent fühlte, eine gültige Stellungnahme für den DGB-Kreis abzugeben. Auch hier wieder die Bitte, Anfragen lange vorher schriftlich einzureichen.



SJD – DIE FALKEN

Die Falken verlangen eine Änderung der verschärften Sparpolitik, die Löcher ins soziale Netz reißt. Die Jugendarbeitslosigkeit insbesondere wird durch das Sparen nicht beseitigt.

Die bisherige Art der Subventionszahlungen an die Unternehmer hat keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Vielmehr werden diese Mittel immer häu-



figer zur Rationalisierung verwandt, und erreichen so oft das Gegenteil, nämlich die Vernichtung weiterer Arbeitsplätze. Die Forderung der Falken: Hände weg vom sozialen Netz! (Die Auswirkungen der Sparmaßnahmen könne jeder in England und Amerika beobachten.) Neuverschuldung erhöhen, Ergänzungsabgabe für die Besserverdienenden! Ausbau des Fernwärmenetzes zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

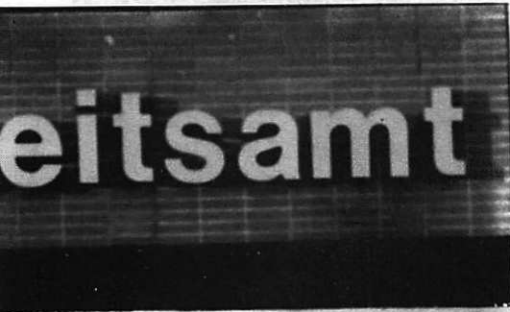
DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

Ein Telefonat mit Detlev Beyer ergab, daß die DKP diese Forderungen hat:

1. 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und die Verteilung der Arbeit auf die Arbeitslosen.
2. Ausbau der Reallöhne und somit die Massenkaukraft stärken.
3. Die Subventionen von Bund, Ländern, und Gemeinden müssen an verbindliche Zusagen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gebunden werden.
4. Auch im Kreis Recklinghausen muß die Kohle-Vorrang-Politik weitergeführt werden. Die STEAG soll nach der Vereinbarung mit den GRÜNEN sofort mit dem Bau des Steinkohlekraftwerks beginnen.
5. Kohleimporte sind zu drosseln, die Energiekonzerne sollen mehr Kohle zur Verstromung abnehmen. Die Zulieferbetriebe des Bergbaus wie z.B. Klöckner-Becorit sind vor der Schließung zu retten.
6. Mehr Mitbestimmung in den Betrieben und somit Einfluß auf die gesamte Unternehmerpolitik. Gegen den Ar-

beitsplatzabbau bei CWH. Unterstützung der DGB-Demos im Oktober.

Zur Finanzierung dieses Programms wird gefordert: Aufhebung von Steuervorteilen für Großunternehmen, Unterbindung von Steuerflucht, Streichung von Subventionen, sofortige Kürzung der überhöhten Rüstungslasten um 10 Prozent.



DEMOKRATISCHE SOZIALISTEN

Für die Initiative der DS'ler übersandte uns Eckhard Lindemeyer dieses Statement, das wir leicht kürzten:

Ohne den Kampf um die Kontrolle der Industrie durch die Arbeiter und Angestellten und letztlich um die Vergesell-

dem. Daneben müssen alternative Konzepte und Produktionsformen gefördert bzw. entwickelt werden.

Um das einzige (ernsthafte) Recht der Lohnabhängigen, das Recht auf Arbeit, zu verteidigen, ist es notwendig, die verfügbare Arbeit auf alle vorhandenen Arbeitskräfte aufzuteilen. Mit der Umverteilung der vorhandenn Arbeit auf alle muß durch den Einstieg in die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich ein Anfang gesetzt werden. Gleichzeitig muß damit eine Humanisierung der Arbeit einhergehen.

Darüber hinaus wäre es ohne weiteres möglich, durch sinnvolle Investitionen z.B. im Energiebereich hunderttausende von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen. Dies könnte dadurch geschehen, daß man von gefährlichen, umwelt- und menschenfeindlichen Großprojekten (z.B. Schneller Brüter in Kalkar, HTR in Hamm) abläßt und stattdessen z.B. den Ausbau des Fernwärmenetzes, die Wärmedämmung, die Einrichtung kleiner, dezentraler Blockheizkraftwerke vorantreibt sowie mehr auf dem Gebiet des Umweltschutzes investiert.

Entscheidend in diesem Zusammenhang ist auch der Stopp bzw. die Umstellung der Rüstungsproduktion auf zivile Produktion, durch die keine Arbeitsplätze vernichtet werden, sondern im Gegenteil Arbeitsplätze geschaffen werden,

lich wie überregional bezogen sein auf Selbstinitiative sowohl innerhalb wie außerhalb bestehender politischer und gewerkschaftlicher Organisationen.

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Die Forderungen der KPD sind:
Die Reichen sollen die Krise bezahlen!
Dies soll geschehen durch:

- Drastische Anhebung der Besteuerung der Profite von Konzernen und Banken;
- faktisches Wegsteuern aller Beträge über 120.000 DM Jahreseinkommen;
- kompromißlose Eintreibung aller Steuerschulden der Banken, Konzerne und Großverdiener. Schluß mit den Steuergeschenken an die Unternehmer;
- Herabsetzung der Rüstungsausgaben um mindestens 20 Prozent.

Weiter heißt es unter der Forderung "Für die kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze":

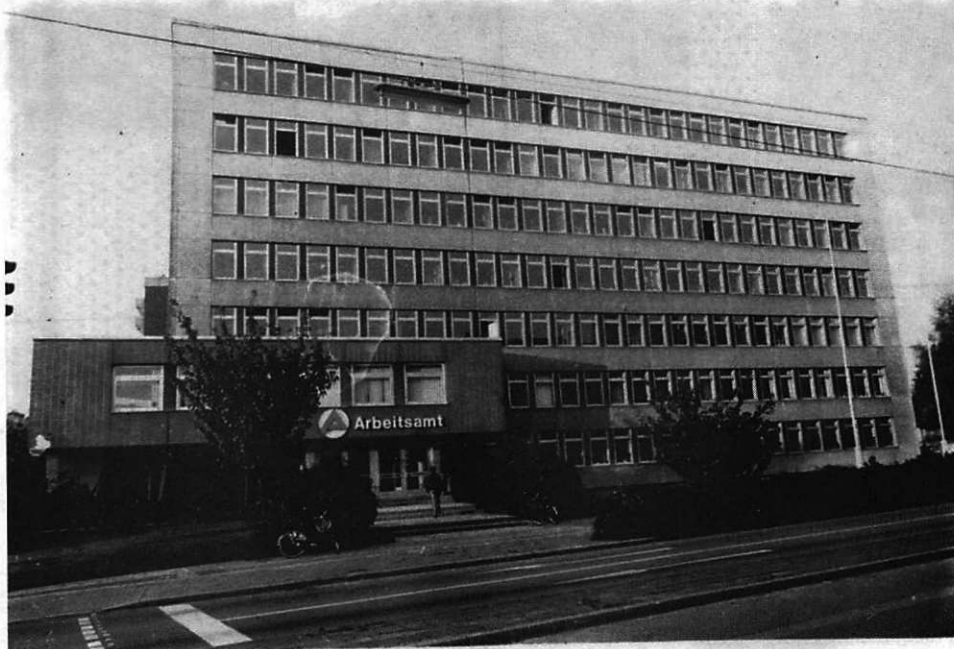
- 35-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich;
- Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer, auf 55 Jahre für Frauen, für Schicht- und Schwerstarbeiter/innen fünf Jahre früher;
- 6 Wochen Mindesturlaub;
- Vetorecht des Betriebsrates bei Massenentlassungen;
- statt einfacher Anmeldepflicht Genehmigungspflicht für Massenentlassungen;
- alle staatlichen Subventionen an Unternehmen müssen rechtsverbindlich an die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen gebunden sein.

EINZELHANDELSVERBAND

Die Geschäftsführer des Verbandes sind laut Auskunft am Telefon ständig unterwegs. Daher keine Auskunft zum Thema.

KREISHANDWERKERSCHAFT

Die Kreishandwerkerschaft möchte bei einer Stellungnahme 14 Tage vorher angeschrieben werden. Eine Sekretärin gab uns den Rat: "Fragen Sie doch mal beim Arbeitsamt, was das ist."



schaffung der Produktion werden sich die Ausbeutungsverhältnisse und die damit zusammenhängende latente und jetzt offen zu Tage tretende Gefahr der Arbeitslosigkeit nicht grundlegend än-

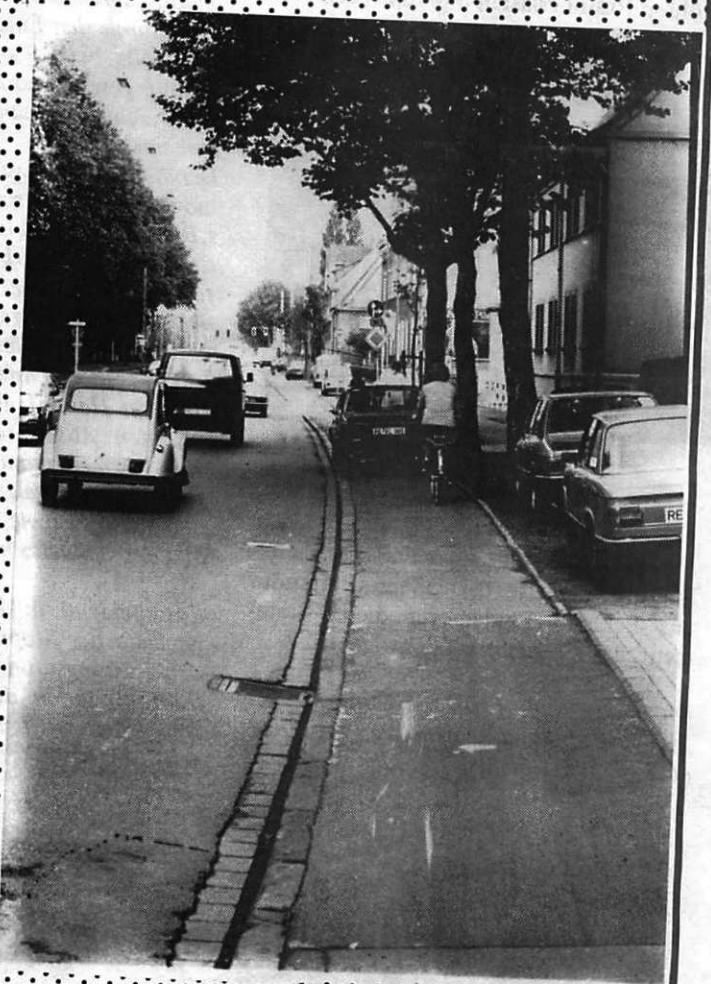
die volkswirtschaftlich sinnvoll sind und nicht mehr auf die Vernichtung der menschlichen Existenz abzielen.

Eine solche hier grob skizzierte Politik muß im Sinne der Baisdemokratie ört-

FREITAG, 1.10.1982

11.35 – 11.41 Uhr

500 METER RADWEG AN DER BOCHUMER STRASSE



GORLEBEN - NACHTRAG

ZU HERMAN'S ARTIKEL, HOLZWURM NR. 69

In unserer letzten Nummer beschrieb Herman Gefahrenpunkte der Trokenlager von radioaktiven Brennelementen. Neben der Belastung der Brennelemente, für die ihre Konstruktion nicht ausreicht und der Überhitzung von Castorbehältern gibt es zwei weitere Gefahrenpunkte. Während der Lagerzeit rosten Dichtungen, was ein Freiwerden von radioaktiven Gasen zur Folge hat.

Zur Ergänzung drucken wir hier eine knappe Darstellung der Problempunkte, die bei einer Lagerung von radioaktivem Material im Gorlebener Salzstock entstehen.

PUNKT I

Je unkomplizierter die Lagerung der Salzgesteinsschichten im Salzstock, um so günstiger.

Gorleben. hochkomplizierte Lagerung in der Endlagerungsteufe, d.h. Vorkommen ungeeigneter und gefahrbringender Gesteine (Carnallit, Anhydrit) an vielen Stellen im Salzstock.

PUNKT II

Sylvinitische oder Hartsalz-Ausbildungen der Kalisalzflöze ist günstiger als eine carnalitische.

Gorleben. Alle drei regional bekannten Flöze bestehen aus Carnallit.

PUNKT III

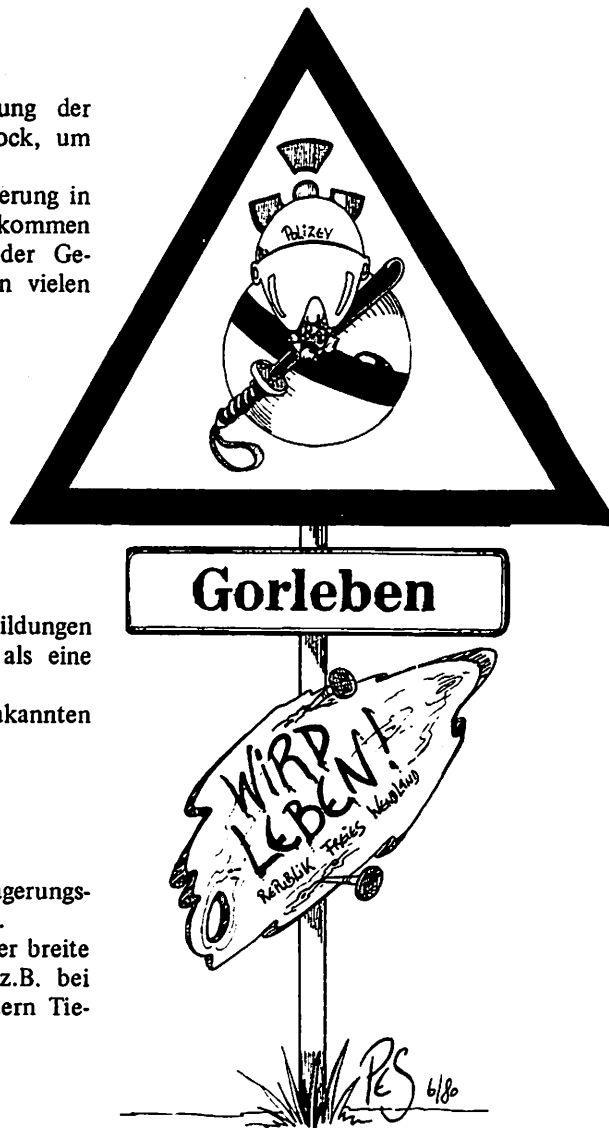
Ein kluftloses Steinsalz in Endlagerungsteufe ist günstiger als ein kluftiges.

Gorleben: maximal 10 Zentimeter breite offene Klüfte und Spältchen, z.B. bei 500 Metern und bei 1.600 Metern Tiefe.

PUNKT IV

Die Anwesenheit von größeren Laugeneinschlüssen ist günstiger als deren Abwesenheit.

Gorleben. Restlaugegefüllte Höhlen von 10 qm Größe in den Bohrlöchern 1002, 1003 und 1005.



PUNKT V

Hinweise auf erdgeschichtliche langzeitigen Stillstand des Salzstockes sind günstiger als Befunde, welche geologisch junge Aufstiegsbewegungen belegen.

Gorleben. Aufstiegsbewegungen und die damit verbundene Versalzung des Grundwassers sind in erheblichem Maße nachweisbar.

PUNKT VI

Eine lückenlose Überdeckung des Salzstockes mit wasserundurchlässigen Tonschichten ist günstiger als eine unvollständige Abdeckung.

Gorleben: Tonschichten sind im Verlauf der quartärzeitlichen Rinne weitflächig abgetragen.

PUNKT VII

Die Untersuchung einer ganzen geologischen Struktur (Salzstock, Flankengesteine, unter dem Salz lagernde Gesteine und Deckgebirge mit Grundwasser führenden Schichten) ist günstiger als eine Untersuchung der Hälfte.

Gorleben. Nur der südwestliche Teil der geologischen Gesamtheit ist untersuchbar. Der Rest liegt unter der Elbe bzw. in der DDR.

Nun sind dies alles spezielle Probleme des Gorlebener Salzstockes, doch ich meine, diese wenigen Punkte sind genug, um alles zu tun, diesen Wahnsinn in Gorleben zu stoppen. Neben diesen speziellen Problemen des Gorlebener Salzstockes ist das ganze Konzept der Einlagerung hoch- und mittelradioaktiver Abfälle in Salzstöcken fragwürdig. Dies zu begründen und zu erklären, würde zu weit führen und den ganzen HOLZWURM füllen.

Nur wir selbst können auf Dauer das Atommüllproblem lösen:

Schließung aller AKW's in Ost und West.

Hermann

BERICHT VON DER ÖFFENTLICHKEITSWOCHE

Allen Beteiligten am Autonomen Zentrum war wohl nach dem schleppenden Vorangehen der Verhandlungen um eine Weitervermietung des Hauses Auf dem Graben 2 mit dem immer näher rückenden Termin des Vertragsablaufes klar, daß nun massiv Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden müsse. Auf der Vollversammlung meldeten sich dann auch einige Leute, die die Durchführung einer Öffentlichkeitswoche, die Werbung dafür sowie das Bekanntmachen des Autonomen Zentrums in der Lokalpresse koordinieren wollten. Die Öffentlichkeitswoche fand dann vom 9. – 16. Oktober statt.

*** SAMSTAG, 9.10. ***

Der Tag begann, wie auch der letzte Samstag, mit einem Stand auf dem Alten Markt in der City. Die Theatergruppe hatte einen Song und ein Stück zum Autonomen Zentrum vorbereitet, wir stellten die Fototafeln aus und verteilten Flugblätter.

So war auch die Zahl der Besucher der Fete am selben Abend ziemlich hoch, es waren wohl einige Hundert Leute da, tolle Stimmung und so, kurz: ein Riesenerfolg. Ob das an der Werbung für die Fete lag oder am "Top-act", der Gruppe 'Präsidence' (die man/frau angeblich bis zur Schmiede hin hören konnte?!), bleibt allerdings eine offene Frage. Die 'Präsidence' machten dann (Tanz-) Musik, bis die B. kamen. Danach und dabei gab's dann noch Informationen zur Situation des Autonomen Zentrums, nicht von der Bühne herab, sondern in vielen Einzelgesprächen.

*** MONTAG, 11.10. ***

"Septemberweizen" von Peter Krieg stand auf dem Programm und die Attraktivität dieses Filmes reichte aus, um den Ladenraum mit Zuschauerinnen/ern zu füllen. Was bei den beiden anderen Videofilmen der IG 3. Welt am Dienstag und Mittwoch leider nicht der Fall war, die waren eben zu unbekannt.

*** DIENSTAG, 12.10. ***

Wie gesagt, der Videofilm der IG 3. Welt wurde nur mäßig besucht. Danach stand um 20 Uhr eine Lesung mit Hans-Dieter Hesse und Gerd Herholz an. Eine Erzählung und Lyrik standen im Mittelpunkt von Lesung und anschließender Diskussion, die nicht so recht in die Gänge kam. Ach ja, da war ja noch eine "Richtigstellung": im letzten HOLZWURM wurde in einer kleinen Notiz angesprochen, daß sich die Recklinghäuser Werkstatt des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt aufgelöst habe. Das, so H.D. Hesse, stimmt nicht, es gebe die Recklinghäuser

Werkstatt noch, sie hätte nur zeitweilig ihre Arbeit eingestellt.

(Dazu hat der Erich dann nur gesagt, das Ganze wäre ja nur halb so lustig, wenn sich die Recklinghäuser Werkstatt nicht damals im HOLZWURM-Büro aufgelöst hätte.)

*** MITTWOCH, 14.10. ***

Haussitzung, heute wurde das genaue Programm für die Diskussion am Freitag festgelegt.

*** DONNERSTAG, 15.10. ***

Die 'Zugnummer' dieses Abends war der Auftritt des libanesischen Sängers. Davor gab's bei der Theatergruppe 'Zeitlupe' noch Kaffee und Kuchen und paar Infos zu ihrer Arbeit. Eingeleitet wurde die Palästina-Veranstaltung des Friedenskomitees von zwei Vorträgen über die Situation im Libanon. Und dann ging es mit libanesischen Balladen und Spottgesängen richtig los (und die Zuhörer/innen



gingen auch richtig mit). Es war wirklich ziemlich interessant, diese sehr politische

BETRIFFT: AUTONOMES ZENTRUM



Musik mit Erläuterungen und Übersetzungen zu hören. (Autor dieses Beitrages kann sich allerdings der Vermutung nicht erwehren, daß das Mitklatschen und -singen des Publikums teilweise etwas störend wirkte.)

Den Ausklang des Abends bildete dann noch ein ausgedehntes Spezialitätenessen sowie ein, zwei Runden Piekeln (ein Kartenspiel).

*** FREITAG, 15.10. ***

Zum Abschluß der Öffentlichkeitswoche zeigte der afek dann "Dr. Seltsam" von Stanley Kubrick. Und zwar zweimal, weil nach der ersten Vorführung noch weitere Interessenten da waren. Wichtiger war jedoch die Diskussionsveranstaltung ab 18.30 Uhr, der Bericht folgt im Anschluß.

Um ein Resümee zu ziehen: die Öffentlichkeitswoche war sicher ein Erfolg für das Autonome Zentrum, obwohl an der Zusammenarbeit/Koordination der Initiativen noch etwas zu verbessern wäre. Es ist gelungen, einige Leute auf das Autonome Zentrum aufmerksam zu machen, die bisher noch nicht darüber informiert waren. ***

NOMES RUM



ÜBER DEN DISKUSSIONSABEND

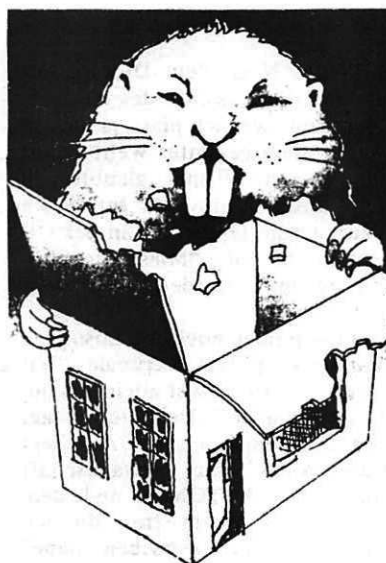
Zum Abschluß der Öffentlichkeitswoche hatte der HOLZWURM zu einer Diskussion am Freitagabend über die Zukunft des Autonomen Zentrums eingeladen. Eine Menge unserer Freunde sind gekommen. Natürlich waren auch die Leute eingeladen, welche Wohl und Wehe des Hauses mitbeeinflussen werden. Gemeint sind Herr Günther Skrypale vom Autohaus Bieling, der Pfarrer Schnug vom Altenheim "Abendsonne" und Frau Gertrud Fleischmann, Mitglied der SPD-Fraktion im Stadtrat. Der Baudezernent Gerd Häckelmann mußte ausgerechnet an diesem Abend den OB vertreten und fehlte entschuldigt. Das Autonome Zentrum hatte Hansi gebeten, in der Diskussion die Interessen des Hauses zu vertreten.

Für alle, die nicht dagewesen sind, das vorläufige amtliche Endergebnis hier mal vorweggenommen: Die Gegenseite, also Bieling und das Diakonische Werk sind natürlich überzeugt, daß sich ihre Pläne durchsetzen werden. Das heißt für uns ein Mietverhältnis bis Februar 1984, dann raus und vielleicht Abriss

des Hauses. Und bei alledem hätten wir auch noch den Schwarzen Peter und ständen im Ruch asozial und inhuman zu sein, da wir uns diesen Plänen widersetzen.

Dies wurde auch gleich deutlich, als Fränk als Diskussionsleiter das Wort an Pfarrer Schnug gab. Dieser führte aus, daß "Abendsonne" sowohl renoviert als auch erweitert werden müsse, um den alten Leuten nicht zuzumuten, in 2- und 3-Bettzimmern zu wohnen. Die Stadtnähe des Altenheim, die Pfarrer Schnug als großen Vorteil darstellte, kommt jedoch nur einem kleinen Teild der Bewohner des Altenheim zugute. Jemand aus der Zuhörerschaft konnte nachweisen, daß die Belegung schon mehr als die Hälfte durch Pflegefälle geschieht. Bei der Personalknappheit im sozialen Bereich sind die Pfleger wohl nicht in der Lage zu täglichen Innenstadtbesuchen mit den Alten. Pfarrer Schnug mußte dies zugestehen, wie auch die Perspektive, daß mit der Erweiterung, wenn diese überhaupt geschieht, nicht vor Mitte der 90-er Jahre gerechnet wird. Es fehlen nämlich bis jetzt schlicht die Zusagen für die Baugelder.

Herr Skrypale gab, durch unsere Freunde befragt, zu, daß Bieling wohl schon "Nägel mit Köpfen" gemacht hat. Schließlich führe man schon seit Jahren Gespräche mit "Abendsonne", der Stadt und anderen. Sogar von einer sogenannten Baulast habe man sich befreit, hier sind die Parkplätze am Autonomen Zen-



trum gemeint. Diese wiederum gehören zu dem Grundstück am Steintor, von dem unsere Leser derzeit nur durch Werbetelefon begrüßt werden. Ja, Bieling hat ganz einfach das Grundstück da oben gekauft.

Und zwar unwidersprochen zu horrenden Quadratmeterpreisen von einer Spekulationsfirma. Gleichzeitig jammert Bieling allerdings über unsere Forderung für die Renovierung des Autonomen Zentrums in Höhe von rund 140.000 DM.

Doch wider Erwarten tätigte Bieling Kauf und Tausch der Grundstücke nicht etwa aus finanziellen Gründen, sondern allein "humanitäre Gründe gaben den Ausschlag". Die getätigten Investitionen sind für die Firma "ohne Nutzen", ihr liegen nur die Arbeitsplätze und vor allem menschenwürdige Plätze für die alten Leute am Herzen.



Frau Fleischmann wies nach, daß für das Viertel, in dem das Autonome Zentrum liegt, noch kein Bebauungsplan vorliegt. Es gibt einen Aufstellungsbeschluß. Nach § 34 des Bundesbaugesetzes können aber schon Baugenehmigungen unabhängig vom Bebauungsplan erteilt werden. Dabei braucht keine Bürgerbeteiligung bzw. -anhörung stattfinden.

Dabei besteht die aktuelle Gefahr, daß konkrete Bauvorhaben, wie Bielings Erweiterung, den Bebauungsplan maßgeblich beeinflussen. Also, wer Pläne und die nötige Knete hat, wird schon zum Zuge kommen. Es gibt ja auch die Möglichkeit, sagte Frau Fleischmann, die Werkstätten auszulagern und/oder eine neue Zufahrt zu planen, die das Autonome Zentrum schon. Dies entlockte Herrn Skrypale kaum mehr als ein Stirnrümpeln, ist doch die Firma Bieling durch den günstigen Erwerb eines Grundstücks der ehemaligen Berufsschule an der Kemnastraße schon auf dem endgültigen Wege, ihre Pläne zu verwirklichen.



Für das Autonome Zentrum stellte Hansi zunächst fest, daß Anmietung und Renovierung des Hauses nicht ohne Grund passierten, sondern daß hier politische und soziale Arbeit getan wird, sich Gruppen und Initiativen treffen und wir natürlich "drinbleiben" wollen. Zur Abfindung und ihrer Höhe, für den Fall, daß das Haus doch geräumt wird, bemerkte er: "Das Geld soll den Wunsch der im Hause tätigen Initiativen auf Fortführung der Arbeit an anderer Stelle verwirklichen helfen." Ganz entschieden verwies er Unterstellungen, hier läge eventuell eine persönliche Bereicherung einzelner Personen vor, ins Reich der Verleumdung.

Das liebe Geld mußte ja nun doch auf den Tisch. Nun erregten Herrn Skrypales Zahlenspielerien den Unmut der AZ-Leute. So wurde dem Haus bei Auszug Ende Oktober diesen Jahres 50.000 DM geboten, und im Februar 1984 großzügig 30.000 DM. Dies wäre angesichts der



lesen. Dazu an anderer Stelle dieses Heftes mehr.

Frau Fleischmann glaubte am Schluß doch vielleicht noch alle Interessen unter

einen Hut bringen zu können, jedenfalls will sie die Sache in den Stadtrat bringen (dat gait ja jetzt wohl kaum noch, wa; der Sätzer). Auch Pfarrer Schnug möchte mitüberlegen, was aus dem AZ-Projekt wird - nach dem Abriß. Herr Skrypale ließ sich nicht lumpen und signalisierte Gesprächsbereitschaft: "Es geht ja nicht um reine Rechtspositionen. Vielleicht kommen wir noch zu einem Gespräch zusammen."

Folgende Positionen wurden am Ende klar. Opel Bieling hat durch Vorgespräche und Grundstückskauf Voraussetzungen geschaffen, die es dem Autohaus quasi gestatten, schon morgen mit dem Um- und Neubau zu beginnen. Dem Autonomen Zentrum wird nur eine kurze Verweildauer eingeräumt.

Ein Haus aber wie unseres, in Eigenarbeit gebaut und mittlerweile von elf Initiativen genutzt, in dieser Art einzig in Rocklinghausen, darf nicht einfach Geldinteressen weichen. ***

Mit dem gleichen Thema beschäftigt sich HEBBERTS KOMMENTAR.



Summe, die die Freunde des Hauses für die Renovierung der früheren Teppichhalle aufgebracht haben, ein Witz, würden diese Zahlen nicht auch noch durch die "RZ" publiziert.

Der Menach stelle sich auch die Arbeit der Leute vor, die aus einem Schuppen das Autonome Zentrum entstehen ließ, in dem sich der Pfarrer und der Bieling-Vertreter "ausgesprochen wohl" fühlten. (Der Vertreter der Firma Bieling meinte uns unterstellen zu müssen, daß wir das Autonome Zentrum erst nach Erhalt der Kündigung renoviert hätten. Dem konnten wir jedoch entgegenhalten, daß die Renovierungskosten nach Ausspruch der Kündigung nicht in unsere Kostenaufstellung eingegangen sind.)

Wiederum gar nicht "wohl" litt Herr Skypale die Anwesenheit der Schwulengruppe im Autonomen Zentrum. Die bis dahin äußerst sachliche Diskussion bekam einen Schlag in den Unterleib. Er räumte dieser Gruppe nicht den Wert einer Initiative ein. Ähnliche Töne konnten unsere Leser am 16.10. im Lokalteil der "RZ"

Hebbert's KOMMENTAR

Liebe Leute! Nach dem Diskussionsabend über die Zukunft des Autonomen Zentrums war ich platt, ja um ein Haar wäre mein gesamtes Weltbild ins Wanken geraten. Bisher glaubte ich nämlich, unser Haus fielen Interessen von Leuten zum Opfer, die in der Öffentlichkeit oft als "Miese Kapitalisten" bezeichnet werden. Aber weit gefehlt.

Ich verdauere immer noch die Losungen des Bieling-Vertreters Skrypale "Wir wollen helfen! Und zwar allein aus humanitären Gründen". Dergleichen sagt Hebbert doch auch immer. Also legt die Silbe "Auto" eine Verwandtschaft zwischen dem AUTOhaus und dem AUTONOMen Zentrum frei, die ich bisher schmählich übersehen habe? Allerdings kommen mir Zweifel, wenn zu oft von "Investitionen ohne eigenen Nutzen" gesprochen wird. Nehmen wir mal das Autohaus. Da ist einmal die schöne Stadtnähe. Da sind einmal die Werkstätten, durch Bergschäden arg renovierungsbedürftig. "Wir dürfen die Gewerbeaufsicht gar



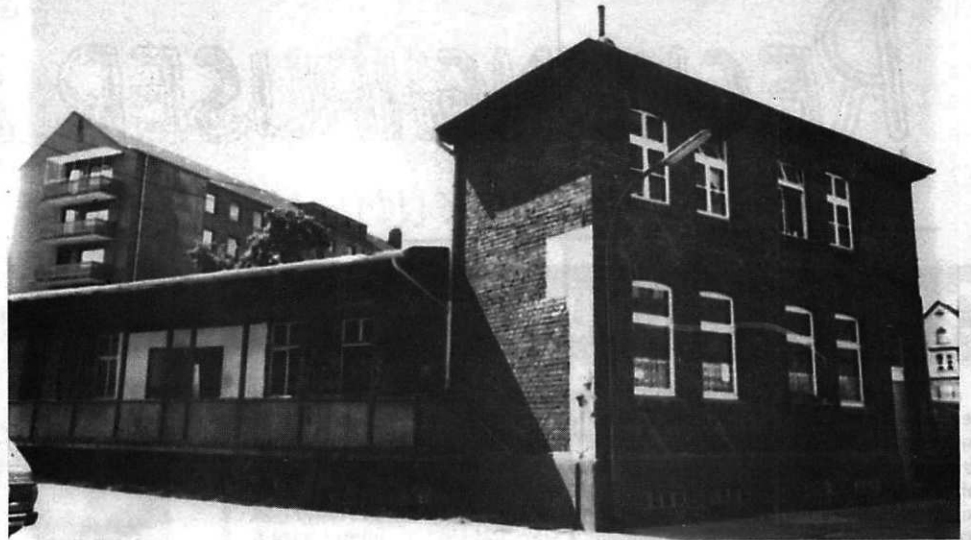
nicht reinlassen", so Skrypale. Und da sind unausgesprochen auch die Pläne, sich eventuell zu vergrößern. Und da tritt das Altenheim "Abend-

**LETZTE MELDUNG + LETZTE M
MELDUNG + LETZTE MELDUNG**

Am Donnerstag, dem 28.10.82 erreichte das Autonome Zentrum ein Vorschlag der Firma Bieling für die Verlängerung des Mietvertrages. Dieser Vorschlag besteht im Wesentlichen aus zwei Punkten:

1. bietet die Fa. Bieling die Weitervermietung des Hauses bis zum 31. 12.83 an, und 2. erhielt das Autonome Zentrum beim Auszug 50.000 DM.

Die Vollversammlung hat am 31.10. beschlossen, auf diesen Vorschlag der Vertragsverlängerung einzugehen. ***



sonne" als Morgenröte auf den Plan. Man wird sich einig und Opel-Bieling kann bald in neuem Glanz erstrahlen, die Kunden werden es danken. Zahlen soll einmal der Bergbau als Verursacher der Gebäudeschäden und zum anderen die Diakonie als Tauschpartner die Abfindung des Autonomen Zentrums. Wieviel muß Bieling wohl selbst aufbringen? Mensch überlege, daß trotz des Neubaus der Werkstätten, die Kunden weiterhin in den alten Räumen bedient werden können. Also auch kein Verdienstausschlag oder Kundenverlust.

Daß Bieling so nebenbei an ein Grundstück der Kemnaschulen durch die Stadt rankam rundet das Bild gefällig ab. Sollten sich dennoch die Leute vom Autonomen Zentrum diesen Plänen widersetzen, so wird sicherlich unsere Heimatzeitung "RZ" die Bevölkerung über die Unbotmäßigkeit und Undankbarkeit der "Jungen Leute" unterrichten. So geschehen am 16.10. im Lokalteil.

Ich kringele mich jetzt noch über diesen Schuß, der nach hinten losging. Zur Warnung an unsere Leser sei gesagt, daß natürlich kein Zusammenhang zwischen einem großen Anzeigenkunden und einer unabhängigen Tageszeitung besteht. Wer will aber auch einen Strick aus der Tatsache drehen, daß der Geschäftsführer von Bieling auch der Justiziar des Zeitungshauses Bauer ist?

Wie konnte der HOLZWURM aber der "RZ" auch so einen vor den Latz knallen und mit eigenen Infos an die Öffentlichkeit gehen?

Es gehört zwar nicht zu den Gepflogenheiten unseres Hauses, zu Angriffen gegen unsere Zeitung und ihre Redaktion öffentlich Stellung zu nehmen, aber Leute, wie kann eine gesamte Zeitung wie die "RZ" einge-



schnappt sein? Jedenfalls haben sie nichts über den Sinn und Zweck unserer Öffentlichkeitswoche gebracht. Das kann ja heiter werden.

Die Abwesenheit des Baudezernenten Häckelmann war aber auch zu dumm,

mußte er ausgerechnet an diesem Abend unseren OB vertreten. Mensch bedenke, daß unser Erich sonst zu jeder Versammlung der Kaninchenzüchter Zeit hat. Ein dummer Zufall. Noch ein paar Worte zum Pfarrer Schnug. Er wurde an diesem Abend aufgefordert angesichts der noch völlig in der Luft hängenden Pläne über eine Erweiterung des Altenheimes, mal über andere Wohnformen für alte Leute nachzudenken. Kleinere Wohneinheiten statt großer Ghettos. Ich werde die Überlegung nicht los, daß die Kirchen für die Heimplatzstellung ja auch 'ne Menge Knete den Leuten und dem Staat abverlangen.

Zwei Dinge kann ich aber auf den Tod nicht leiden: Pharisäertum und wenn jemand mit dem Fingernagel an einem stumpfen Glas kratzt. Nichts anderes als Pharisäertum ist es für mich, zunächst Pläne zu schmieden, sich mit Autohändlern zusammenzutun und ihnen Entschädigungssummen zuzusagen und schließlich mit leuchtenden Augen die Arbeit der Leute des Autonomen Zentrums zu bewundern und "sich hier richtig wohl zu fühlen".

Wohlgermerkt sind die Expansionspläne des Heimes mit Ursache für unsere Bauchschmerzen. Schlagen wir dazu das Neue Testament auf und schauen was Lukas so draufhat: "Er aber sprach: Und weh auch euch Schriftgelehrten! Denn ihr beladet die Menschen mit unerträglichen Lasten, und rühret sie nicht mit einem Finger an." (Lukas 11, Vers 46)

DIE "WAHRHEITEN" DER RECKLINGHÄUSER ZEITUNG

— DOKUMENTATION TEIL 1 —

Zur Information unserer Leser

Am vergangenen Samstag wurden auf dem Altstadtmarkt Flugzettel der Stadtzeitschrift „Holzwurm“ verteilt, die sich ausschließlich an die Leser unserer RECKLINGHÄUSER ZEITUNG richten. Als Herausgeber zeichnet Erich Behrendt, Saarstraße 33, verantwortlich, die Auflage wird mit 10.000 Stück angegeben. Es gehört nicht zu den Gepflogenheiten unseres Hauses, zu Angriffen gegen unsere Zeitung und ihre Redaktion öffentlich Stellung zu nehmen. Vielmehr waren und sind wir immer bereit, kritische Leserstimmen zu Wort kommen zu lassen. Da sich jedoch der „Holzwurm“ als Wahrer und Verteidiger „für eine unabhängige und freie Presse“ präsentiert, und er mit einer Auflage von 10.000 Stück nur einen Teil unserer Leser erreichen kann, möchten wir unseren „verantwortungsbewußten, jüngeren Kollegen“ Hilfestellung leisten und ihren Aufruf im Wortlaut abdrucken. Allerdings werden wir jedes „Holzwurm-Beispiel“ mit Erläuterungen versehen, wofür wir dann großzügig auf eine Gegen-darstellung in der Stadtzeitschrift verzichten. Nun also „Holzwurm extra“:

Sie lesen die Recklinghäuser Zeitung? Und Sie fühlen sich dadurch ausreichend informiert? Wenn das der Fall ist, brauchen Sie dieses Flugblatt nicht weiterzulesen. Falls Sie sich aber auch schon mal über die Berichterstattung in der Recklinghäuser Zeitung geärgert haben, dann sollten Sie sich mal die folgenden Beispiele durchlesen.

1. Beispiel

Seit mehreren Wochen existiert in Recklinghausen ein unabhängiges Jugendzentrum. Ein altes Haus wurde von den Nutzern selbst renoviert und wieder instandgesetzt. Das Gebäude (Auf dem Graben 2, Parallelstraße zum Königswall) dient zur Zeit verschiedenen Gruppen und Initiativen als Treffpunkt. Dritte Welt Gruppe, Stadtzeitschrift Holzwurm, Theatergruppe, Schülen- und Lesbengruppe u. a. nutzen zur Zeit die Räume und das Projekt wird unabhängig von öffentlichen Geldern, Parteien, Verbänden getragen.

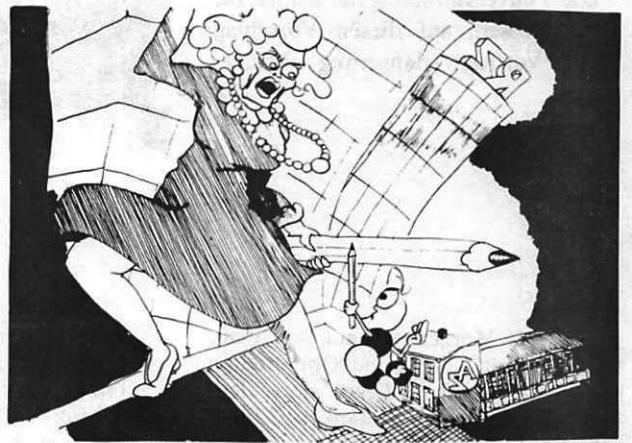
All diese Informationen wurden bislang den Lesern der Recklinghäuser Zeitung vorbehalten. Unstimmigkeiten zwischen den Initiativen und dem Vermieter (Opel Bieling) über das Mietverhältnis wurden ebenfalls in Recklinghausens auflagenstärkster Zeitung nicht erwähnt. Dazu muß man wissen, daß Opel Bieling ein großer Anzeigenkunde ist und daß der Geschäftsführer der Firma Justitiar (Ständiger Rechtsberater) des Zeitungshauses Bauer ist.

RZ zum 1. Beispiel

Abgesehen von mehreren Veröffentlichungen über die Zeitung „Holzwurm“ und ihre Aktivitäten, ist genau an dem Tag, als die Flugblätter verteilt wurden, ein Artikel über das Jugendzentrum auf unserer Jugendseite SPRACHROHR erschienen. Am selben Tag wurden im Lokalteil Veranstaltungen angekündigt, die das Jugendzentrum im Rahmen seiner Öffentlichkeitswoche durchführt.

Es ist nicht Aufgabe einer Zeitung, Unstimmigkeiten zwischen Vermieter und Mieter zu publizieren. Darum geht es hier auch gar nicht. In Wahrheit handelt es sich um einen nachbarlichen Grundstücks austausch, der auf Initiative des Hauses Abendsonne in Gang gesetzt wurde. Das Altersheim benötigt 2000 m², die Auto Bieling abtreten will, wenn ein Ausgleich auf der anderen Seite erfolgt. Zu diesem Zweck kaufte Bieling zunächst ein Grundstück von der Familie Sindern an, auf dem auch das Haus „Auf dem Graben 2“ steht. Warum aber verschweigt der „Holzwurm“, daß der neue Besitzer ihm 50.000 DM für einen Auszug am 31. 10. 1982 (die Kündigung des Vorbesitzers zu diesem Termin liegt vor) und 30.000 DM für einen Auszug Anfang 1984 angeboten hat? Warum verschweigt der „Holzwurm“ auch, daß ihm die Stadt Recklinghausen Auswegmöglichkeiten im Löhroffcenter angeboten hat?

← RZ, 16.10.'82 →



1. Die Veröffentlichungen zum „HOLZWURM“ und seinen Aktivitäten hatten nichts mit dem „Autonomen Zentrum“ zu tun.
2. Die Aussage, daß die „Recklinghäuser Zeitung“ nichts über das Autonome Zentrum berichten wird, ist nicht eine Behauptung von uns, sondern eine Aussage des „RZ“-Redakteurs Bernd Overwien.
3. Der „HOLZWURM“ berichtete in seiner letzten Ausgabe ausführlich über das Angebot von Bieling.
4. Es wurden von der Stadt keine Räume im Löhroffcenter angeboten. OB Wolfram hatte Vertreter des Autonomen Zentrums lediglich in einem Gespräch gefragt, ob sie prinzipiell bereit wären, dorthin zu gehen. Dies wurde abgelehnt.

← DAZU DER HOLZWURM

Laut Auskunft von Herrn Stawitzki sind der "RZ" alle Unterlagen zugeleitet worden. Nicht von seinem Anwalt, sondern von ihm. Ob das allerdings ein Unterschied ist, darf bezweifelt werden.

DAZU DER HOLZWURM

Homosexualität ist nicht strafbar und wir halten die gleichgeschlechtliche Liebe für ganz normal und sie ist für uns ebenso wie heterosexuelle Beziehungen nicht nur auf die geschlechtliche Liebe zu reduzieren. Im Gegenteil: es ist unser besonderes Anliegen, uns mit Minderheiten, ob Ausländer, Behinderte oder auch Homosexuelle, zu solidarisieren.

DAZU DER HOLZWURM

Daß die "Recklinghäuser Zeitung" mehr eine konservative Berichterstattung pflegt, ist sicherlich auch dem nicht so aufmerksamen Leser aufgefallen. Symptomatisch dafür ist z.B., daß rechtsextreme Personen, zum Teil mit falscher Absenderangabe ihre Leserbriefe veröffentlichen können oder auch Franz Hubert Reine, der seinen Leserbrief am 16. Oktober gleich zweimal (!) in der "RZ" widerfinden konnte. Dagegen haben es fortschrittliche Gruppen wesentlich schwerer, in die "Recklinghäuser Zeitung" hinein zu kommen, wie wir auf den folgenden Seiten beispielhaft aufzeigen.

DAZU DER HOLZWURM

2. Beispiel

Bundesweites Echo fand die vertragliche Regelung zwischen der STEAG und Marler GRÜNEN, wonach der Kraftwerksbetreiber bestimmte Auflagen zu erfüllen hat. SPD-Unterbezirksvorsitzender Horst Niggemeier stellte im Nachhinein einige Behauptungen zu diesem Vorgang auf, die er auf gerichtliche Verfügung nicht mehr aufstellen darf. Obwohl diese gerichtliche Anordnung bis zum heutigen Tage Gültigkeit hat, versucht die Recklinghäuser Zeitung und insbesondere ihr stellvertretender Chefredakteur Ruge mit der Überschrift „IGBE meldet Sieg vor Gericht über Stawitzki“ den Eindruck zu erwecken, daß diese Anordnung nicht mehr gültig sei.

RZ zum 2. Beispiel

Im Zuge der gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen dem Chefredakteur der IGBE-Zeitung „einheit“, Horst Niggemeier und dem Kreisvorsitzenden der „Grünen“, Klaus Stawitzki, teilte die Pressestelle der IGBE mit, es dürften laut Gerichtsbeschuß weiterhin bestimmte Behauptungen aufgestellt werden. Die offizielle Stellungnahme der Pressestelle der IG Bergbau und Energie brachten wir unseren Lesern ohne Kommentar im Wortlaut zur Kenntnis. Der Rechtsanwalt von Herrn Stawitzki erklärte nach Veröffentlichung dieses Artikels der Redaktion telefonisch, die IGBE-Mitteilung sei nur teilweise korrekt. Die Redaktion bat daraufhin den Rechtsanwalt, in Anbetracht des juristisch komplizierten Sachverhalts eine schriftliche Stellungnahme aus der Sicht des Herrn Stawitzki abzugeben. Das wurde zugesagt. Auf dieses Schreiben wartet unsere Zeitung heute noch.

3. Beispiel

Die Tatsache, daß es Menschen gibt, die - entgegen der Norm - Menschen gleichen Geschlechts lieben, also homosexuell sind, dürfte heutzutage keinem Menschen mehr unbekannt sein. Leider gibt es viele Menschen, die davor die Augen verschließen, so tun, als gäbe es das nicht. Nach dem Motto: Was nicht sein darf, kann auch nicht sein. Und wer bestimmt, was nicht sein darf? In diesem Fall Frau Bauer, die Herausgeberin der „Recklinghäuser Zeitung“. Und das geht so:

Die Lesbengruppe im Frauenzentrum Recklinghausen (eine Gruppe von homosexuellen Frauen) wollte ihr wöchentliches Treffen im Veranstaltungskalender der „Recklinghäuser Zeitung“ ankündigen, wie es jede politische Partei, kirchliche Gruppen, Kaninchenzuchtvereine etc. tun.

Weit gefehlt! Frau Bauer war mit einer derartigen Ankündigung nicht einverstanden. Begründung: Die „Recklinghäuser Zeitung“ ist ein „Familienblatt, das auch Kinder lesen“.

Gegen diesen Einwand ist nichts einzuwenden, wenn es sich um Brutalitäten, Diskriminierungen oder ähnliches gehandelt hätte. Aber solche Dinge dürfen in allen Medien (auch in der Recklinghäuser Zeitung) fast in jeder Form erscheinen, davor brauchen Kinder nicht geschützt werden, nur vor dem Wort „homosexuell“.

RZ zum 3. Beispiel

Die Lesbengruppe, die anscheinend sehr stolz auf ihre besondere Veranlagung ist, übersieht u. a., daß eine Ankündigung im Terminkalender unserer Zeitung nicht nur eine Erinnerung für Mitglieder, sondern gleichzeitig eine Werbung für neue Mitglieder ist. Die Verantwortung, daß normale Frauen aus Langeweile oder Neugier an Lesben-Treffs teilnehmen, mochten wir jedoch nicht übernehmen. Natürlich sind wir als Familienzeitung auch nicht gewillt, unsere Leser demnächst auf alle Spielarten der geschlechtlichen Liebe - und das wäre der erste Schritt - aufmerksam zu machen.

4. Beispiel

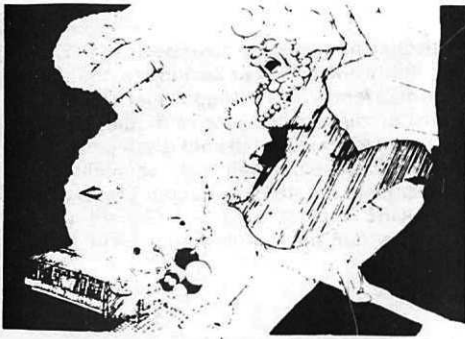
Seit mehreren Monaten existiert in Recklinghausen eine Ortsgruppe der Demokratischen Sozialisten. Sie hat zu lokalen und überregionalen Themen Punkte erarbeitet, die sie der Öffentlichkeit vorstellen wollten. Dies dürfte ihnen weiterhin schwerfallen, denn die Recklinghäuser Zeitung druckt sie nicht ab.

FÜR EINE UNABHÄNGIGE FREIE PRESSE

Sollten Sie diese Beispiele noch ergänzen können, schreiben Sie uns: Stadtzeitschrift HOLZWURM, Auf dem Graben 2, 4350 Recklinghausen, Telefon 15698. Oder fordern Sie ein Probeexemplar an.

RZ zum 4. Beispiel

Richtig! Unsere Redaktion berichtet über alle Veranstaltungen von Parteien, sie läßt aber ihren Lokalteil nicht für Parteiprogramme und Mitgliederwerbung mißbrauchen



Wir sind nicht bereit, Rechenschaft über unsere Sexualität bzw. unser Leben abzugeben. Trotzdem halten wir es für nötig, zu dem Kommentar zu unserem Offenen Brief in der "Recklinghäuser Zeitung" Stellung zu nehmen.

Die Behauptung, daß wir "sehr stolz" auf unsere "besondere Veranlagung" sind, steht nicht zur Debatte. Wir sind allerdings stolz darauf, unsere Homosexualität nicht wie einen Makel zu verstecken. Wir lassen uns wie viele andere Frauen in anderen Bereichen die Diskriminierungen nicht mehr gefallen.

Es ist allgemein bekannt, daß es in jeder Gesellschaft Menschen gibt, die von der vorgegebenen Norm der Heterosexualität abweichen. Dies wird von der "RZ" nicht nur ignoriert, sondern durch den Begriff "besondere" Veranlagung sollen beim Leser offensichtlich Assoziationen hervorgerufen werden wie sonderbar, abartig, pervers, krankhaft.

Die "RZ" will nicht die "Verantwortung" dafür "übernehmen", daß "normale Frauen aus Langeweile oder Neugier an Lesbentreffs teilnehmen". Abgesehen davon, daß die "RZ" bei anderen Ankündigungen deren werbenden Charakter akzeptiert, maßt sie sich an, Frauen ihre Eigenverantwortlichkeit abzuspüren. In den Köpfen der Redakteure haben Frauen offensichtlich nichts anderes zu tun, als ihre Langeweile mit dem Terminkalender der "RZ" zu bekämpfen. Frauen sind sehr wohl in der Lage, selbst zu entscheiden, an welchen Treffen sie teilnehmen oder nicht und müssen nicht von der "RZ" gegängelt werden.

Wir wehren uns gegen die Verniedlichung und Abwertung, die in dem Ausdruck "Spielart der geschlechtlichen Liebe" enthalten ist. Es geht uns homosexuellen Frauen wie den heterosexuellen nicht nur ums Bett.

Wir lesen in dem Kommentar die Angst

Schlechte Erfahrungen mit der "Recklinghäuser Zeitung" aus dem Bauer-Verlag haben wohl schon viele politische Gruppen und Initiativen, aber auch Einzelpersonen gemacht. Nach wie vor häufen sich entstellende Artikel zur Arbeit der Gruppen, Leserbriefe und andere Stellungnahmen werden nicht veröffentlicht. Der HOLZWURM dokumentiert hier die Erfahrungen einiger Gruppen und Einzelpersonen.

AUTONOMES ZENTRUM

Da die im Autonomen Zentrum vertretenen Gruppen beschlossen hatten, erst nach Fertigstellung des Hauses damit an die Öffentlichkeit zu gehen, waren die Erfahrungen des Autonomen Zentrum mit der "RZ" eher spärlich.

Ende September bereitete die Öffentlichkeitsgruppe eine Pressekonferenz für die Lokalpresse (WAZ/RZ) vor, um das Autonome Zentrum vorzustellen. Die Pressekonferenz fand dann auch am 24. September statt; die Anwesenden waren: zwei Mitarbeiter der WAZ (Fotograf und Redakteur), ein Mitarbeiter der "RZ" (Redakteur) sowie zwei Mitglieder der Öffentlichkeitsgruppe. Etwa eine Stunde lang wurde das Autonome Zentrum vorgestellt, eine vorbereitete Presseerklärung zur Verfügung gestellt.

Als am Mittwoch, 29.9., noch kein Artikel zum Autonomen Zentrum in der "RZ" erschienen war, fragte die Öffentlichkeitsgruppe nach den Gründen dafür. Herr Overwien von der "RZ" nannte folgende:

1. es würden "schwebende Rechtsverhältnisse" angesprochen;
2. er hätte den Verdacht, als würden die Initiativen ähnlich der Bürgerinitiative in Bergkamen nur Geld herauszuschlagen wollen;
3. die "RZ" könnte wohl über das Autonome Zentrum berichten, dann aber umfassend, und das würden wir ja wohl nicht wollen, oder?

Das Autonome Zentrum wurde am Samstag, 9.10., drei Wochen nach der Pressekonferenz, lediglich im "Sprachrohr" (Jugendseite der "RZ" am Samstag) vorgestellt. Dieser Artikel entstand aufgrund

heraus, daß Frauen – aus welchen Gründen auch immer – sich fürs Lesbischsein entscheiden, und damit die patriarchalische Herrschaftsordnung grundsätzlich in Frage stellen könnten. Wenn Lesbischsein tatsächlich nur eine Spielart körperlicher Liebe wäre, wäre diese Angst doch wohl nicht verständlich!!!

Wir sind Lesben!

Wir sind viele!

Wir lassen uns nicht länger totsichweigen!

eigener Initiativen des Autonomen Zentrums, bei der die Hauptredaktion der "RZ" "umgangen" wurde.

BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ

Das Material der BI Umweltschutz RE zur "RZ" konnten wir leider in dieser Ausgabe noch nicht bearbeiten.

EINZELPERSONEN

Neben Initiativen haben auch Einzelpersonen schlechte Erfahrungen mit der "RZ" gemacht. Hier geht es vor allem um die Nichtveröffentlichung von Leserbriefen. Einige Beispiele dokumentierte der HOLZWURM bereits in früheren Ausgaben.

Was in der Vergangenheit auffiel: Rechts-extreme bekamen die Möglichkeit (in der jüngeren Vergangenheit insbesondere zum Thema Ausländer), ihre Anschauungen öffentlich zu machen. Der HOLZWURM veröffentlicht an dieser Stelle einen von der "RZ" im letzten Jahr nicht abgedruckten Leserbrief eines Antifaschisten.

LESERBRIEF AN DIE "RZ" VOM
22.1.1981

BETR.: POLIZEIEINSATZ VOR DER
ENGELSBURG

Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich zunächst meine Freude ausdrücken über das mutige Eintreten Recklinghäuser Bürger für Freiheit und Demokratie. Es sind die Demokraten und Antifaschisten, die vor der Engelsburg und u.a. in Ihrer Zeitung der übelsten Reaktion die Stirn boten und damit zeigten, daß in RE kein Platz für Nazis ist.

Aber auch über die Kehrseite mußte die "RZ" zu berichten: Wieder einmal mußten Demokraten für ihr Eintreten für Freiheit und Demokratie ihren Kopf hinhalten. Und auf diese Köpfe schlug die Polizei gerade dieses Staates, der, wie es manchem Bürger scheint, im antifaschistischen Denken nicht gerade einer der Eifrigsten ist. Das Gegenteil hätte der Fall sein müssen: eine Veranstaltung von Alt- und Neonazis hätte gar nicht erst

DAZU DIE LESBENGRUPPE



stattfinden dürfen. So darf man bei dem jüngsten Polizeieinsatz nicht von Pflichterfüllung reden; es käme soweit, daß sich die Polizisten auch noch an der Schulter ihrer Opfer ausweinten. Nein, der Polizeipräsident als Chef dieser Männer, der wie immer an Ort und Stelle diesen Einsatz leitete, muß zur Verantwortung gezogen werden. Mag er sich hinter seiner "Pflicht" verschanzen, für mich verdient er zunächst eine Menge Geld mit seinem Job, nicht zuletzt durch solche Einsätze gegen Antifaschisten. Rufen wir ins Gedächtnis, daß sein Vorgänger Hennes wegen eines Einsatzes der Reiterstaffel vor der Vestlandhalle seinen Hut nehmen mußte. Das erzwang damals die demokratische Öffentlichkeit.

Hier muß einmal ganz klar gesagt werden, daß es sich bei den Auseinandersetzungen vor der Engelsburg nicht um eine Rauferei zwischen Kneipenbesuchern handelte. Das mutige Eintreten der Antifaschisten machte deutlich, daß der wiederauflebende faschistische Sumpf alle Recklinghäuser angeht. Lassen Sie mich deshalb einige Vorschläge machen.

Schon einmal vor genau 2 Jahren waren es Antifaschisten, die eine Veranstaltung des "Freundeskreises" im Saalbau verhindern konnten. Nehmen wir nun den Oberbürgermeister Wolfram in die Pflicht, Veranstaltungen von Nazis in unserer Stadt für immer zu unterbinden. Ein Verschanzen hinter § 18 der Gemeindeordnung, wie er mir am 19.1.79 schrieb, hieße sich blind und taub stellen. Nehmen wir die Presse in die Pflicht. Es geht nicht an, bei einer Veranstaltung von Faschisten vom "Freundeskreis" und NPD-Leuten von "Historikern" zu schreiben. Die Recklinghäuser Bürger sollen in die Zeitungsarchive gehen und sich alle Berichte der letzten 10 Jahre von den Redakteuren vorlegen lassen zu diesem Thema. Sie werden erkennen, daß die Berichterstattung immer knapper ausfällt. Warum?

Es war doch gerade die "RZ", die offen den Rücktritt des Polizeichefs Hennes 1969 forderte.

Anlaß zu meiner Forderung gibt mir auch ein Brief von Frau A. Bauer vom 29.1.75 an mich (wieder nach einer Naziprovokation in unserer Stadt) in dem sie schrieb:

"... daß die RZ, nicht zuletzt aufgrund ihrer Erfahrungen im Dritten Reich, die Demokratie für die bestmögliche Staatsform hält, für deren Bestand sie sich immer einsetzen wird."

Danke für diese Worte.

Lassen Sie mich den Vorschlag machen, in RE eine große öffentliche Versammlung mit allen demokratischen Bürgern und auch den von mir angesprochenen Persönlichkeiten einzuberufen, die dazu beitragen kann, die Forderung: 'Kein Platz für Nazis in unserer Stadt' zur Lösung aller Demokraten zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Wagner

Niederstr. 10

FLASCHENÖFFNER

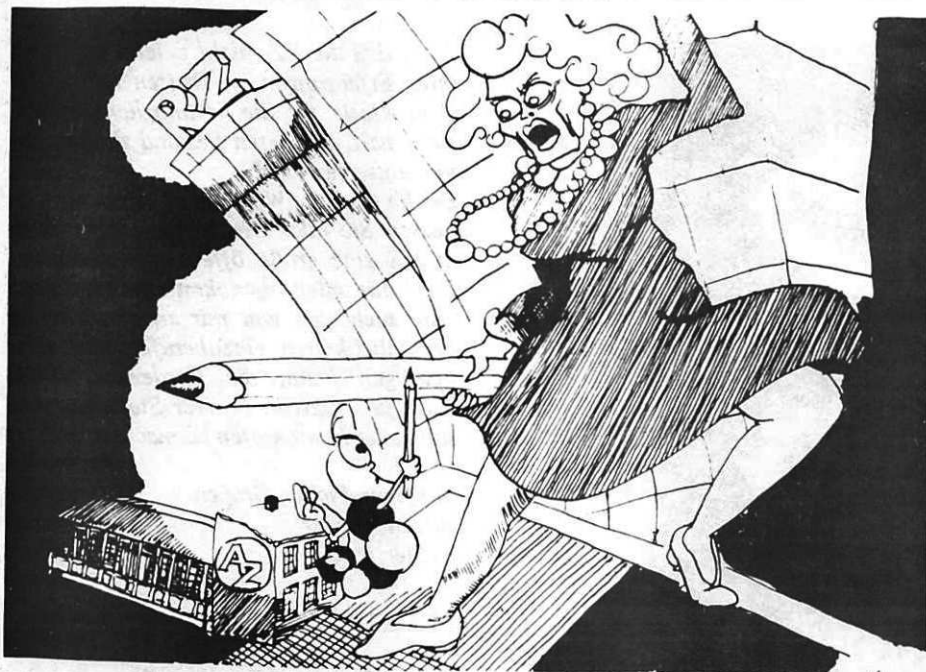
Der "Flaschenöffner" teilte uns im Schreiben vom 22.10. mit, daß die "RZ" einen Leserbrief zum Thema atomwaffenfreie Zone in Recklinghausen nicht abdruckte.

Recklinghausen, den 14.10.82

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bitten, daß Sie folgenden Leserbrief veröffentlichen. Betrifft den Artikel vom 9.10.82 in Ihrer Zeitung, "Antrag auf atomwaffenfreie Zone". Vielen Dank!

Es ist schon bezeichnend für Herrn Wolfram, mit welcher Arroganz er unseren Antrag zur "Atomwaffenfreien Zone Recklinghausen" abgefertigt hat. Jetzt, wo ihm und auch allen anderen Ratsmitgliedern die Möglichkeit geboten wird, einmal praktisch vor Ort zu zeigen, wie sie es mit ihrem doch so oft bekundeten Friedenswillen halten, fällt Herrn Wolfram dazu nichts besseres ein, als daß wir als Bürger der BRD erst einmal in den Städten der DDR, Bürgeranträge stellen sollen. Als Bürger dieser Stadt stellen wir unseren Antrag nicht in irgendeiner Stadt in Europa, oder sonstwo, sondern logischerweise da, wo wir konkret betroffen sind, an unserem Wohnort. Vielleicht hätte Herr Wolfram die vor kurzem stattgefundenene Veranstaltung des SPD-Stadtverbandes "Forum Frieden" besuchen sollen, denn dort stellten die Referenten fest, daß die Diskussion jedes einzelnen über Frieden und Abrüstung in die Breite gehen muß und weiterhin könne der Friede nur von den Bevölkerungen aller Länder selbst erreicht werden. In England und Wales hat sich die Mehrheit der Gemeinden zu atomwaffenfreien Zonen erklärt. In Holland, Bel-



gien und den USA hat dieses englische Beispiel bisher Nachahmung gefunden. Ebenso auch in Städten der BRD wie z.B. in Bremen, Nürnberg, Lindau, Tübingen, Kassel, Mörfelden und Marl. Wollen unsere Ratsmitglieder den Antrag vor dem Beschwerdeausschuß verkümmern lassen?

Recklinghäuser Kreisblatt "Flaschenöffner"
i. A. der Redaktion
Willi Maldei

HOLZWURM

In der Gründungsphase des HOLZWURM machte dieser eher gute Erfahrungen mit der "RZ". In der letzten Zeit ändert sich das jedoch. Drei Beispiele:

1. Beispiel

Ende Juli diesen Jahres lud Lothar Hegemann (CDU) zwei bei der Anti-Reagan Demo in Berlin verletzte B. nach Recklinghausen ein. Der HOLZWURM lud daraufhin zwei verletzte Demonstranten

nach hierhin ein. Der "RZ" wurde, zusammen mit der Kopie unserer Einladung eine Presseerklärung zugeleitet, mit der wir gegen die Ausweitung des Polizeistaates protestieren wollten. Die "RZ" machte daraus einen Artikel für die erste Lokalseite, in dem lediglich die Einladung der Demonstranten, nicht aber die Hintergründe unserer Einladung dargestellt wurden. Der Grundtenor des Artikels, der HOLZWURM lade die Demonstranten ein, damit die in Recklinghausen Furore machten. CDU-Hegemann kann seine politischen Vorstellungen in einem redaktionell aufgemachten Artikel ausbreiten. Die Reaktion des HOLZWURM wird auf ein bestimmtes Meinungsschema zurechtgestutzt.

2. Beispiel

In der Oktoberausgabe beschäftigte sich der HOLZWURM mit den 'Geschäften' von Jochen Welt. Unter dem Titel "Wie man mit ausländischen Jugendlichen Knete und Karriere macht" wurden Filz und Machenschaften aufgezeigt. Die "RZ" berichtete unter dem Titel "Holzwurm will Jochen Welt (SPD) madig machen" am 9.10. lediglich über die Einschätzung der kritisierten Westfälischen Bergewerkschaftskasse. Journalistische Sorgfaltspflicht? Von einer Anfrage der "RZ" beim HOLZWURM zist der Redaktion nichts bekannt.

Eine Gegendarstellung zu dem oben genannten Artikel druckte die "RZ" nicht ab

ANZEIGE

Diese nebenstehende Todesanzeige wurde nach telefonischer Durchsage im Gespräch mit dem Leiter der Anzeigenabteilung der "RZ", Springmann in fertiger Gestaltung hereingereicht und bezahlt.

Am Samstag, dem 22.6.1974 erschien sie in entstellter Form (mit falschem Zunamen/falschem Parteinamen). Nach Beschwerden wurde von Herrn Springmann 30 Prozent Preisnachlaß geboten. Da aber die Rote Hilfe auf dem Neuabdruck bestand, erschien die richtige Fassung schließlich am 24.6.1974.

Es fiel keine Träne der Trauer,
als wir dich senkten hinab,
wir standen geballt unsre Fäuste,
als deine Rächer am Grab.

Mit den Hinterbliebenen, mit seiner Partei, mit der ganzen Arbeiterklasse trauert die Rote Hilfe um Genossen

Günter Routhier

Mitglied der KPD/ML, 45 Jahre

14 Tage nachdem er bei einem Polizeieinsatz während eines Arbeitsgerichtsprozesses in Duisburg zusammengeschlagen worden war, verstarb er am 18. Juni 1974. Er wurde ein Opfer seines Kampfes für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes. Im Kampf für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung wird das Andenken des Genossen der Roten Hilfe heilig sein.

Dortmund, 20. Juni 1974

ROTE HILFE in Westdeutschland und Westberlin
Provisorische Zentrale Leitung

Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 24. Juni 1974, um 14.30 Uhr auf dem neuen Friedhof in Duisburg, Düsseldorfstraße. Der Trauerzug beginnt um 12.30 Uhr in Duisburg, Lärchenstraße (Nähe Innenstadt). Mitfahrgelegenheit von Recklinghausen 11.15 Uhr. Parkplatz gegenüber BAB-Auffahrt, Herner Straße.

„Holzwurm“ will Jochen Welt (SPD) madig machen

WBK mußte sich von 19 pädagogischen Kräften trennen

RECKLINGHAUSEN. Der Steinkohlenbergbau wird in Zukunft weniger ausländische Nachwuchskräfte bekommen, nachdem die Bundesregierung die Einreisebedingungen verschärft hat. Wie die Westfälische Berggewerkschaftskasse (WBK) als Schulträger des Bergbaus mitteilte, sind im neuen Schuljahr nur noch 75 Türken in einem Berufsvorbereitungslehrgang. Im vorigen Jahr waren es 245.

Aus dieser Entwicklung mußte die WBK natürlich Konsequenzen ziehen. Nach Angaben von Geschäftsführer Manfred Fronz wurden die von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und zur sozialen Eingliederung“ (MBSE) gekürzt. Das geschah dadurch, daß die Standorte Ahlen und Datteln aufgelöst wurden. Die Lehrgänge in Bochum und Recklinghausen laufen dagegen weiter.

Die Verringerung des Unterrichtsangebots konnte natürlich nicht ohne personelle Folgen bleiben. Wie Geschäftsführer Manfred Fronz berichtete, mußte sich die WBK von 19 Kräften, die im pädagogischen Dienst beschäftigt wurden, trennen. Das geschah dadurch, daß der Schul-

träger die Arbeitsverträge kündigte, die in befristeter Form abgeschlossen worden waren, weil von vornherein Gewißheit darüber bestand, daß es sich bei den Berufsvorbereitungslehrgängen für junge Ausländer nur um eine zeitlich begrenzte Maßnahme handeln konnte.

Die Kündigung der Zeitverträge hat einigen Wirbel ausgelöst. Nachdem zunächst in Bochum Proteste laut geworden waren — u. a. hatte sich auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft eingeschaltet — werden in den letzten Tagen auch in Recklinghausen Kräfte gegen die WBK aktiv. Die Jugendzeitung „Holzwurm“ zum Beispiel widmete diesem Vorgang in ihrer neuesten Ausgabe zwei volle Seiten. Die Redaktion schießt sich in

dieser Nummer vor allem auf den Recklinghäuser SPD-Stadtverordneten Jochen Welt ein, der hauptberuflich bei der WBK beschäftigt ist. Die Überschrift lautet: „Wie man mit ausländischen Jugendlichen Knete und Karriere macht.“

WBK-Geschäftsführer Manfred Fronz erklärte dazu, ganz abgesehen davon, daß Welts Arbeitsgebiet mit der Ausländerbetreuung überhaupt nichts zu tun habe, lasse die gesamte Darstellung erkennen, daß es den Autoren gar nicht mehr um das Problem der gekündigten Mitarbeiter gehe. Der Artikel sei von der ersten bis zur letzten Zeile darauf getrimmt, den Politiker Jochen Welt in der Öffentlichkeit madig zu machen.

-dorf

RZ. 9.10. '82

GEGENDARSTELLUNG

1. In ihrer Ausgabe vom 9. Oktober 1982 bezeichnet die Recklinghäuser Zeitung zum wiederholten Male den HOLZWURM als „Jugendzeitschrift“. Diese Titulierung ist falsch. Seit April 1980 erscheint der HOLZWURM als „Zeitschrift für Recklinghausen“ und somit für alle Bevölkerungskreise. Dem Impressum ist zu entnehmen, daß der HOLZWURM eine unabhängige Lokalzeitschrift für Recklinghausen ist. Alle Einkünfte und eventuellen Gewinne werden ausschließlich für die Zeitschrift verwendet. Alle genannten und ungenannten Personen arbeiten ehrenamtlich und unentgeltlich. Der HOLZWURM versteht sich als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit, die u.a. Themen aufgreift, die in anderen lokalen Medien nicht oder nur unzureichend behandelt werden, sowie im Gegensatz zur Tagespresse Zusammenhänge darstellen und Themen ausführlich diskutieren will.
2. Auf drei Seiten in unserer letzten Ausgabe (und nicht nur auf 2 Seiten, wie von der Recklinghäuser Zeitung behauptet) wird deutlich gemacht, daß Jochen Welt sehr wohl mit dem Arbeitsgebiet „Ausländerbetreuung“ zu tun hatte und hat.
3. Es ist nicht unser Ziel, irgendwelche einzelne Politiker „madig“ zu machen, sondern wir wollen lediglich, Verfälschungen, Machtkonzentrationen und politische Willkür aufzeigen und kritisieren, wie es für jedes Presseorgan zur Selbstverständlichkeit gehören sollte.

RZ
22.10.82

Bönte spitzt Polizei an



Am Schaltkasten sind noch deutlich die Spuren des Sabotageaktes vom 5. September zu sehen: ein großer schwarzer Brandfleck auf dem Putz des Mauerwerks.

Foto: Pieper

RECKLINGHAUSEN. In den frühen Morgenstunden des 5. September haben unbekannte Täter in der Baugrube Paulsörter arbeitende Pumpen außer Betrieb gesetzt, indem sie am Schaltkasten einen Kurzschluß herbeiführten.

Dieser Vorfall sollte — darin waren sich Polizei, der Bauherr, Sparkasse, Bauunternehmer Isselstein und Presse einig — nicht an die große Glocke gehängt werden, um nicht zur Nachahmung zu provozieren. Nun aber hielt es die Redaktion der Jugendzeitschrift „Holzwurm“ für angebracht, diese Straftat zu verherrlichen. In der neuesten Ausgabe heißt es: „Dieses war für uns der erste Versuch, durch Sabotage gegen die zunehmende systematische Zerstörung unserer Stadt Widerstand zu leisten. Laßt uns solch wahnwitzige, menschenzerstörende Betonpaläste auf allen Ebenen verhindern.“

Der SPD-Stadtverordnete und Mitglied des Sparkassenrates, August Bönte, forderte gestern den Polizeipräsidenten auf, alles zu tun, damit die Täter bald gefaßt werden. „Die Holzwurm-Redaktion müßte sie ja kennen.“

Nach Angaben von Bauunternehmer Isselstein ist damals kein größerer Schaden entstanden, weil der Sabotageakt zufällig von einer Polizeistreife entdeckt wurde, die sofort Feuerwehr und VEW benachrichtigte. Bei dem hohen Grundwasserstand in diesem Bereich wäre die Baugrube sonst schnell 1,50 bis 2 Meter hoch überschwemmt worden. Immerhin hat es drei Stunden gedauert, bis die Pumpen wieder liefen. **-dorf**

GEGENDARSTELLUNG

In der Ausgabe der Recklinghäuser Zeitung vom 22. Oktober 1982 heißt es in einem Artikel mit der Überschrift „Bönte spitzt Polizei an“ betreffend die Sabotage in der Baugrube Paulsörter: „Nun aber hielt es die Redaktion der Jugendzeitschrift „Holzwurm“ für angebracht, diese Straftat zu verherrlichen. In der neuesten Ausgabe heißt es: „Dieses war für uns der erste Versuch, durch Sabotage gegen die zunehmende systematische Zerstörung unserer Stadt Widerstand zu leisten. Laßt uns solch wahnwitzige, menschenzerstörende Betonpaläste auf allen Ebenen verhindern.““

Diese Darstellung ist falsch und irreführend. Im Holzwurm vom 06. Oktober 1982 wird ganz offensichtlich nicht die Meinung der Redaktion wiedergegeben, sondern lediglich ein der Redaktion anonym zugangener Bekennerbrief in faksimile abgedruckt und ausdrücklich als **D o k u m e n t a t i o n** gekennzeichnet.

Im übrigen handelt es sich bei dem Holzwurm nicht um eine Jugendzeitschrift, sondern um eine „Zeitschrift für Recklinghausen“, wie dem Impressum und auch schon der Titelseite zu entnehmen ist.

3. Beispiel

Ebenfalls in der Oktoberausgabe druckte der HOLZWURM einen Bekennerbrief des „Autonomen, revolutionären Schwimmvereins Recklinghausen“ ab, der dem HOLZWURM anonym zugewandt war. In diesem Brief bekannte sich der „Schwimmverein“ zu einem Sabotageakt

an der Baustelle am Paulsörter. Der Brief war im Original abgedruckt und als Dokumentation gekennzeichnet. Am 22.10. erscheint in der „RZ“ ein Bericht über den Sabotageakt, in dem die „RZ“ dem HOLZWURM eine Verherrlichung der Straftat unterstellt. Der für die Ausgabe verantwortliche Redakteur

formulierte eine Gegendarstellung, die der „RZ“ am selben Tag zugeleitet wurde. Einen Tag später, am 23.10., wird die Unterstellung der Verherrlichung einer Straftat wiederholt. Die Gegendarstellung wurde bis heute nicht abgedruckt.

Fortsetzung folgt

Schwulenunterdrückung — Wozu? —

DIE MORAL WIRD ZUM ER-
PRESSEN BENÜTZT
(B. BRECHT)

Mit kühlem Kopf betrach-
tet sind die Homosexu-
ellen eine Minderheit
wie z.B. die Linkshänder
oder die Rothaarigen.
Die RZ, die sich weigerte,
die Versammlungstermine
der Lesben bekanntzuge-
ben, würde sie ihre Leser
auch vor einem Treffen
der Linkshänder bewan-
ren wollen?

(siehe S.23)

Und Herr Skrypale, der
Prokurist von Opel Bie-
ling, würde er auch ei-
ner Rothaarigengruppe
den Wert einer Initia-
tive absprechen wie auf
einer öffentlichen Po-
diumsdiskussion den
Schwulen? (siehe S.20)
Für die 95% der nicht-
homosexuellen Menschen
könnte das Schwulsein
einfach etwas Unbekann-
tes bedeuten; sie könn-
ten es betrachten wie
eine Landschaft, die sie
noch nie gesehen haben.
wodurch wird das Unbe-
kannte zu etwas Unheim-
lichen? Medien wie die
RZ könnten ja auch Auf-
klärungsarbeit leisten
und darstellen.

Wer Partner gleichen Ge-
schlechts liebt, liebt
sie nicht aus Langeweile
oder aus Neugier; er
kann gar nicht anders,
genausowenig wie die
"Normalen" anders könn-
en. Weder mit Willens-
kraft, noch durch Psy-
choanalyse oder Elek-
troschocks kann ein Homo-
sexueller seine Liebe um-
drehen. Und wenn die Miß-
achtung der Schwulen nicht
wäre, wollte das auch kei-
ner.

Wozu dient die Mißachtung
der Schwulen? Warum wird
die Minderheit der Links-
händer nicht mißachtet?
Warum kann man keinen Rot-
haarigen erpressen?
Erstens, weil Schwule von
Vorneherein Außenseiter
sind. Auf Feten z.B. geht
es um die Beziehungen von
Männern und Frauen (Flirts,
Kämpfe). Schwule haben
keinen Ehepartner und kei-
ne Kinder. Sie stehen zu-
nächst einmal allein da,
und das schwächt. Sie fal-
len durch die Maschen der
gesellschaftlichen Netze.
Zweitens, wenn einer unter-
drückt wird, soll er sich
wehren, nur so wird er frei.
Hätte man versucht, den Rot-
haarigen genau das gleiche
anzutun wie den Schwulen,
hätten sie sich gewehrt.
Ihre schwarzhaarigen Frau-
en hätten sie verteidigt.
Und sie selbst hätten sich
allein schon deshalb weh-
ren müssen, weil sie sich
nicht verstecken können.
Schwule aber können sich
verstecken, und sehr viele
gehen diesen bequemeren

Weg, was sie aber letzten
Endes nur schwächt.

Drittens kann man die Min-
derheit der Schwulen auch
deshalb so leicht unter-
drücken, weil ihr Merkmal
ein sexuelles ist.

Und Sexualität ist der Be-
völkerung in unserer Gesell-
schaft nur dann erlaubt,
wenn sie Vergnügungssteuer
in Form einer Eheschließung
bezahlt. Das führt zu vie-
len Verbindungen ohne Liebe,
zu Frust; die enttäuschten
Männer gehen in Peep-Shows,
Pornoläden und Massagesalons,
wenn man bei uns für Sexu-
alität Geld bezahlt, hat
man keine Schwierigkeiten.

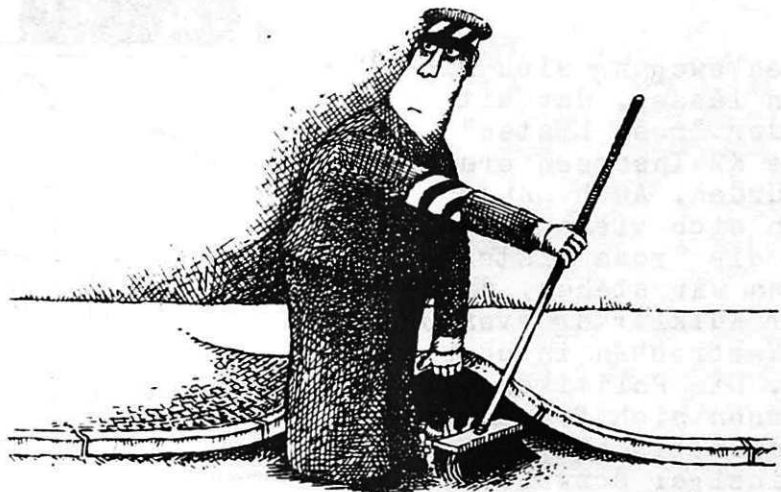
Kurz: Sexualität darf nur
als Ehe oder als Ware sein.
Die Verteufelung freier
Sexualität hat eine lange
Tradition.

Das sind die Gründe, wieso
die Isolierung und die Un-
terdrückung der Schwulen
möglich wurde.

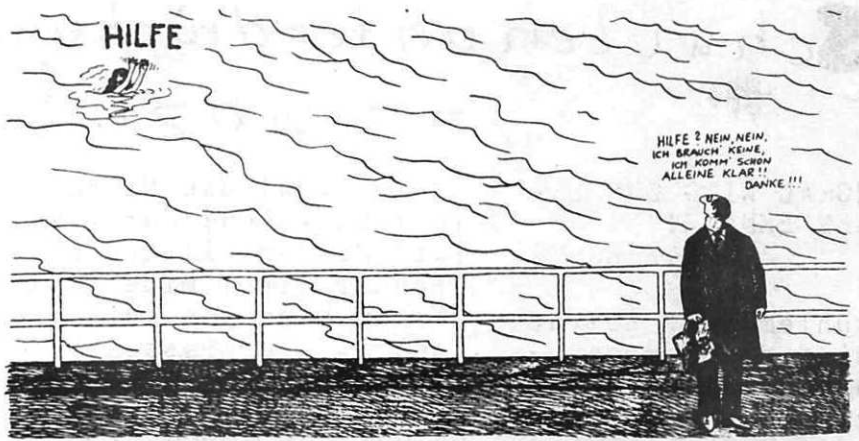
Welchen Leuten dient nun
die Mißachtung der Schwulen?

Es muß doch Gründe haben,
weshalb die Schulen, Zei-
tungen und das Fernsehen
nicht mit den Vorurteilen
aufräumen wie mit einem
Aberglauben.

Schwulenunterdrückung
nützt:



1. den Politikern, die in schlechten Zeiten Sündenböcke brauchen, auf die sie den Haß der Bevölkerung lenken können. Man denke an Hitler, der u.a. massenweise Schwule umbrachte, damit es dem deutschen Volk besser gehe. Heute sind zwar zunächst die Ausländer die Zielscheibe rechtsgerichteter Propaganda, z.B. "Ausländer raus!" soll die Arbeitslosigkeit beenden. Gleichzeitig verbreiten die Rechten, die deutsche Familie solle wieder deutsche Untertanen produzieren. Schwule produzieren da nicht mit. In der Weimarer Zeit hätte die - damals starke -



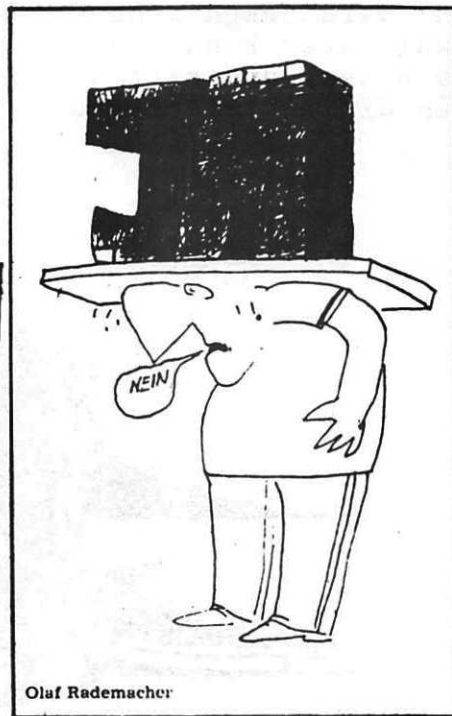
dem die kleinen Stricher und Diebe, die ihre "Freunde" erpressen, der Chef, dessen schwuler Angestellter aus Angst vor Entlassung besonders willfährig ist, der konkurrierende Arbeitskollege, der seinen schwulen Mitbewerber kleinlaut macht. Es gibt ja so viele, die von unserer Schwäche profitieren. Und die Schwulen spüren das; die Rate der Selbstmordversuche bei homosexuellen Jugendlichen ist unglaublich hoch.

Und nun noch einmal zu der RZ und Bieling's Herrn Skrypale. Bieling will das Autonome Zentrum abreißen und muß den Gruppen des AZ ein Entgelt für die Renovierungskosten zahlen. (siehe S.19/20) Interessanterweise ist der Geschäftsführer von Bieling, Herr Becker, auch gleichzeitig Justitiar der RZ. Herr Skrypale wurde auf der Podiumsdiskussion gefragt, was von dem Gerücht zu halten sei, Herr Becker habe gesagt, die Schwulengruppe im AZ schade dem Ruf des Hauses Bieling. Daraufhin ließ Herr Skrypale verlauten, Schwulengruppen seien für ihn keine Initiativen. Bei den herrschenden Vorurteilen ist die Schwulengruppe vielleicht der wunde Punkt im AZ. Unsichere Verhandlungspartner sind Bieling lieb, und so nutzten sie die Vorurteile aus, um die Vertreter des AZ zu verunsichern, die ja uns "arme Säue" (Ausspruch von Ertl) beherbergen. Gute Öffentlichkeitsarbeit, Herr Skrypale! Und du hast gut mitgeholfen, liebe RZ! Wir hoffen nur, daß sich immer weniger Schwule töten und sich dafür immer mehr gegen Leute eures Schlages zur Wehr setzen. Schwulengruppe Recklinghausen



Schwulenbewegung sich nicht träumen lassen, daß mit Hilfe der "rosa Listen" spätere KZ-Insassen ermittelt würden. Auch heute trösten sich viele Schwule damit, die "rosa Listen", in denen wir stehen, dienen zur Aufklärung eventueller Verbrechen in unserem Milieu. Die Politiker der BRD müssen sich fragen lassen, warum bis heute noch kein einziger schwuler KZ-Insasse entschädigt wurde!

2. Von der Schwulenunterdrückung profitieren außer-



IMPRESSUM



Der HOLZWURM ist eine unabhängige Lokalzeitschrift in Recklinghausen. Alle Einkünfte und eventuellen Gewinne werden ausschließlich für die Zeitschrift verwendet. Alle genannten und ungenannten Personen arbeiten ehrenamtlich und unentgeltlich.

Unabhängig von Anzeigenkunden, politischen Parteien und Verbänden, Geldgebern oder sonstigen Interessengruppen versteht sich der HOLZWURM als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit, die u.a.

Themen aufgreift, die in anderen lokalen Medien nicht oder nur unzureichend behandelt werden, im Gegensatz zur Tagespresse Zusammenhänge darstellen und Themen ausführlich diskutieren will.

Entscheidungen treffen ausschließlich und gleichberechtigt die Mitarbeiter/innen des HOLZWURM. Der Herausgeber und der verantwortliche Redakteur werden lediglich angegeben, um dem Pressegesetz, genüge zu tun.

Beim HOLZWURM kann jeder mitarbeiten, der an den Sitzungen regelmäßig teilnimmt, mitdiskutiert und nach Interesse Artikel schreibt.

Alle Artikel werden vor Abdruck während der Redaktionssitzungen diskutiert. Beiträge, die mit Namen gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wieder.

Der HOLZWURM erscheint in der Regel monatlich mit ca. 40 Seiten. Wenn die Redaktion die Meinung vertritt, daß nicht genügend und nicht genügend gute Artikel vorliegen, kann sich der Umfang verringern bzw. in besonderen Fällen das Erscheinen verzögern.

Wir drucken selbst, in einer Auflage von 2.000 Exemplaren. Der Preis dieses Heftes steht oben auf der ersten Seite, ein Abo (12 Hefte) kostet DM 17. Dieser Betrag ist mit genauer

Absenderangabe auf das Konto 1891 der Stadtparkasse Recklinghausen zu überweisen/einzuzahlen.

Private Kleinanzeigen bis zu fünf Zeilen drucken wir kostenlos ab. Preise für Anzeigen sind mit einer kurzen Erläuterung des Inhalts der Anzeige anzufordern.

Der HOLZWURM ist Mitglied im Verband demokratischer Zeitungen und Zeitschriften NRW.

An dieser Ausgabe haben redaktionell und/oder als Artikelschreiber/innen oder sonst irgendwie mitgewirkt:

Arno Appelhoff, Anke Behrendt, Erich Behrendt, Jürgen Gosejacob, Thomas Klonek, Ralf Kropla, Ina Lautsch, Christel Lippkau, Tom Lutz, Olaf O. Manke, Eva Prausner, Fränk Stach, ~~Jürgen Wagner, Brigitte, Pferdig Maria, Jutta und Tommy~~ und natürlich alle von denen wir jetzt noch nichts wissen bzw. die wir vergessen haben.

Dem Gesetze genüge getan sei mit folgenden Angaben:

Herausgeber ist der Politische und kulturelle Arbeitskreis RE; verantwortlich für diese Ausgabe ist *J. Wagner*

Unsere Adresse lautet:

HOLZWURM
Zeitschrift für Recklinghausen
Auf dem Graben 2
4350 Recklinghausen
Tel. 0 23 61/1 56 98

Schriftlich sind wir immer erreichbar. Telefonisch zumeist dienstags von 17-19 Uhr (falls an dem Tag eine Redaktionssitzung stattfindet: 15-17 Uhr) und freitags von 15-17 Uhr und notfalls auch während der Redaktionssitzungen.

junges forum '82 im November

5. November 19.30 Uhr

Weitermachen - wieso denn?

Eine Diskussions-
veranstaltung mit

**Erich Fried
Dorothee Sölle
Theo Pinkus u. a.**

Musik: Lilienthal

Veranstalter: junges
forum und WDR

Dreimal Schlicksupp- Theatertrupp

Eine der besten
freien Theatergruppen
stellt sich vor

12. November, 19.30 Uhr

Drei Frauen

13. u. 14. November,
19.30 Uhr

Flametti

(deutsche Erstaufführung)

16. November, 19.30 Uhr

Der Brotladen

21. November ab 11 Uhr

Kino von 11 bis 11

Filme -
Diskussionen -
Informationen

Es werden gezeigt:

**Asphaltnacht
Einmal Bonn und zurück
Kein Land in Sicht
Keine Startbahn West
Kraftprobe
Nacht der Wölfe
Das Packeis-Syndrom
Talentprobe**

Der Tod in der Waschstraße
u. a. Filme

Alle Karten 6 DM
Karten über: junges forum
(02361) 25025 und 15521

AUS DEM REICH DER POLIZEI-TABEL

"PLÖTZLICH LÖSTE SICH EIN SCHUSS..."

Neuß, am Gründonnerstag 1980: Ein Geschöß durchschlägt die Windschutzscheibe des VW-Busses von Manfred Perder, trifft ihn in den Kopf. Manfred Perder ist tot. Der Schütze ist Mitglied einer überörtlichen Fahndungsgruppe der Polizei. Die Witwe Christel Perder: "Ich habe den Glauben an den 'Freund und Helfer' in diesem Land verloren. Was sind das nur für Menschen?" (Zitate aus "Zeitung am Sonntag" 20.4.80)
Staatsanwalt Jochen Ruhland aus Düsseldorf: "Wir sind bei den Ermittlungen mit Volldampf dabei."

Kreis Recklinghausen. Die "RZ" berichtet am 5.8.82 unter der Überschrift "Schuß aus Polizeipistole erobert Camper" von einem Vorfall auf dem Halten-Campingplatz 'Ahsener Heide'. Im Rahmen einer Fahndung schlug ein Hundeführer der Polizei einem festgenommenen 20-jährigen Mann mit dem Pistolknäuel über den Kopf. Ein Schuß sei dadurch ausgelöst worden, die Kugel durchschlug einen Campingbus. Die Pressestelle der Polizei dazu: "Der Beamte, der den eines brutalen Verbrechens verdächtigen Essener im Vorzelt auffand, hatte gleichzeitig seinen bissigen Hund zu bändigen. Nur ein Schuß löste sich zufällig (Herv. v.V.) aus der Waffe des Beamten. Ein Vorfall, der sofort dem Innenministerium in Düsseldorf gemeldet wurde."

Weiter in der "RZ" vom 5.8.82: Bis zum Anruf der Redaktion hatte die Polizei Journalisten gegenüber den "Schußwaffengebrauch" verschwiegen. Wie mitgeteilt wurde, war die "Pistolenmeldung" der Halten-Einsatzkräfte bei der Erstellung des Presseberichtes übersehen worden. Doch auch bei der gemeinsamen Pressekonferenz von Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei war nichts über den Schuß aus der Polizeipistole verlautet.

Ein Essener Anwaltsbüro sei mit der Anfertigung von Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die Polizisten beauftragt worden. Über diese Beschwerde wird der Regierungspräsident in Münster entscheiden. Ob sie Erfolg hat, muß angesichts folgender Veröffentlichung bezweifelt werden:

Polizei: Nur wenige Verfahren

Für das Jahr 1981 hat Regierungspräsident Schlegelberger für seine Disziplinaufsicht prüfen lassen, wieviele Dienstaufsichtsbeschwerden an ihn herangetragen wurden. Bei rund 4500 Polizeibeamten waren es 60 Verfahren, von denen die Hälfte wieder eingestellt wurde. Die Zahl der Fälle beträgt nur rund 0,73 Prozent.

"RZ" vom 15.10.1982





Schußauslösung z.B. bei Fall ist ausgeschlossen. Man darf ebenso annehmen, bei einem Schlag. Doch schauen wir uns die Handhabung dieser Faustfeuerwaffe noch näher an.

Diese Pistole wird mit einem Magazin mit acht Schuß geladen. Nun wird der Verschlussschlitten zurückgezogen, dadurch gerät eine Patrone in den Lauf. Der Entspannhebel wird betätigt, der Hammer rastet in die Sicherheitsraste ein. Die Waffe wird so gesichert in die Patronentasche gesteckt. Es darf angenommen werden, daß der Ladevorgang auf der Wache vorgenommen wird.

Es liegt im Interesse der Polizisten, ihre Waffe nicht erst in letzter Sekunde zu laden, das heißt das Magazin in den Pistolenknauf zu schieben und den Verschuß zurückzuziehen. Deshalb wurde gerade diese Waffe entwickelt.



Zeichnungen: Seyfried

Es darf angenommen werden, daß der Haltener Polizist eine Pistole der Marke SIG-Sauer Modell P 225/P6 benutzte. Darüber gibt der Katalog 81/82 der Firma Eduard Kettner, Köln, Auskunft:

SIG-Sauer Pistole Modell P 225/P 6. Die Polizeipistole. Gesamtlänge: 180 mm, Höhe 131 mm, Gewicht ca. 830 g; Preis 1.197 DM.

"Eine Waffe, die in Zusammenarbeit der beiden Weltfirmen SIG (Schweiz) und Sauer & Söhne produziert wird. Die Pistole hat eine automatische Zündstiftsicherung, die ein Auslösen des Schusses nur bei voll betätigtem Abzug ermöglicht. Schußauslösung z.B. bei Fall der Pistole ist ausgeschlossen. Der Entspannhebel erlaubt ein gefahrloses Entspannen des Hammers in die Sicherungsraste. Lange Dauertests mit Höchstbeanspruchung aller Baugruppen vor Einführung dieser Waffe in den Polizeidienst haben bewiesen, daß hier eine Pistole entwickelt wurde, die selbst unter extremsten Bedingungen zuverlässig ihren Dienst tut. Das neue Polizeimodell, das von vielen Bundesländern als Dienstwaffe eingeführt ist."

Und weiter aus dem Katalog der Firma Frankonia 81/82, Seite 115: "P 225/ P 6 speziell für die Polizei entwickelt. Hauptmerkmal: absolute Sicherheit und schnelle Feuerbereitschaft."



Die Pistole befindet sich entspannt und gesichert in der Pistolentasche oder Faust des Polizisten. Wie kommt es nun zum Schuß? Zitat: "Auslösen des Schusses nur bei voll betätigtem Abzug möglich." Das heißt, mit dem gekrümmten Zeigefinger den Abzugshebel voll durchziehen, dabei muß ein Druck von vier Kilopond vor dem ersten Schuß überwunden werden. Bei weiteren Schüssen ist ein Gewicht von ein bis zwei Kilopond zu überwinden.

Nun will der Polizist den Mann mit der Waffe auf den Kopf geschlagen haben, dabei hätte sich der Schuß gelöst. Von Leuten, die Ahnung haben, wird diese Schilderung als schlichtweg unmöglich bezeichnet. Mit Sicherheit hat der Polizist gegen Vorschriften verstoßen, weil ja dann, wie oben beschrieben, sein gekrümmter Zeigefinger vor dem und auf dem Abzugshebel gelegen haben muß. Dies ist nicht erlaubt, der Zeigefinger muß, wenn man nicht vorhat die Waffe als Schußwaffe zu benutzen, längs des Laufes liegen. Eben wegen des "nervösen Zeigefingers", der schon vielen Menschen das Leben gekostet hat.

Noch schlimmer ist dann die verbleibende zweite Möglichkeit:

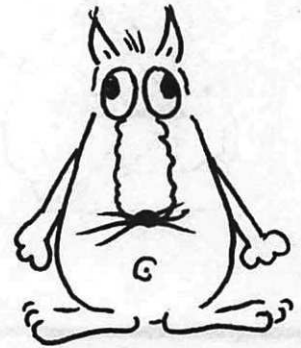
Der Polizist hat an Ort und Stelle durchgeladen und den Entspannhebel nicht betätigt, also eine feuerbereite Waffe in der Hand gehabt und sie als Schlagwaffe benutzt. Und das auf einem Camingplatz mit einem randalierenden Hund an der anderen Hand.

Es scheint bewiesen, daß das ständig wiederholte Märchen "Plötzlich löste sich zufällig ein Schuß . . ." eine glatte Lüge ist.

Wie wird es weitergehen? Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, wenn sie überhaupt noch laufen, werden unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Eine Bestrafung des Polizisten wird sicherlich nicht erwogen. Zum Glück wurde nur ein Auto durchschossen. ***

DIE WBK-BESCHREIBUNG WIRD FORTGESETZT: EIN WIRKLICH ENTLARVENDES DOKUMENT

Die Reaktion kam prompt, hilflos und schlaff: kaum war die Oktober-Nummer des HOLZWURM ausgeliefert, reagierte der Geschäftsführer der Westfälischen Berggewerkschaftskasse (WBK) Manfred Fronz auf den Artikel "Wie man mit ausländischen Jugendlichen Knete und Karriere macht". In die Samstagsausgaben der beiden Recklinghäuser Zeitungen am 9.10. ließ er Artikel lancieren, die zwar wortreich die "Polemik" und den "Wirbel" beklagen, zu den inhaltlichen Aussagen des HOLZWURM-Artikels jedoch nichts zu sagen wissen: daß nämlich bei der WBK Gelder verschoben und nicht im Sinne der Antragstellungen für Maßnahmen und Modellversuche verwandt werden, und daß der SPD-Multifunktionär Jochen Welt seine Stellung als Leiter der WBK-Schulverwaltung für ganz persönliche Karrierezwecke nutzt. Der folgende Artikel wird die Vorwürfe vertiefen, erweitern und auf den aktuellen Stand bringen.



Um dem Leser einen anschaulichen Eindruck vom Ausmaß des Finanzgebarens der WBK und Welts Intrigen zu geben, veröffentlichen wir – im HOLZWURM exklusiv – zunächst ein Dokument aus dem internen Schriftverkehr der WBK, das dann einiger Erklärungen bedarf. (Vor und nach Weihnachten wird es jeweils weitere Bescherungen geben!).

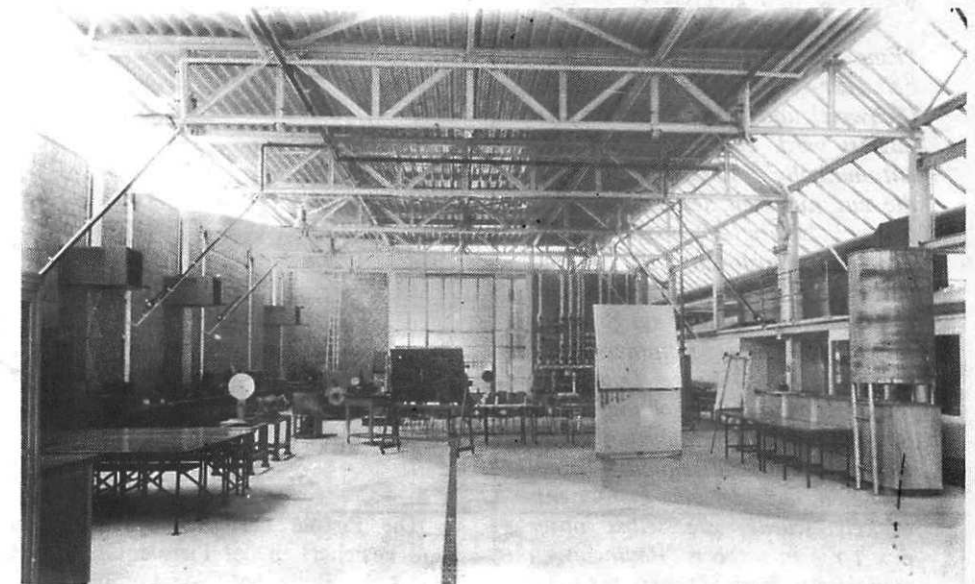


d) Nicht nur der Ausbildungsleiter Köck reklamiert eine fehlerhafte Durchführung. Bei einer Stippvisite des Arbeitsamtes Recklinghausen auf General Blumenthal stellte sich dort peinlicherweise heraus, daß nicht einmal der offizielle Leiter des Benachteiligtenprogrammes bekannt war; die Jugendlichen hatten nicht den Eindruck, in einer besonderen Fördermaßnahme zu sein.

Die Anmerkungen a – f beziehen sich auf Kennzeichnungen im Originaltext.

a) Das Benachteiligtenprogramm ist eine Maßnahme der Arbeitsverwaltung zur Förderung benachteiligter Jugendlicher in ihrer Ausbildung. 1981/82 führte die WBK ein solches Programm in Recklinghausen (Schachanlage General Blumenthal) und Dortmund (Bergbau AG Westfalen) durch. "Ordnungsgemäß" war dabei jedoch nur das Einstreichen der Gelder vom Arbeitsamt, während eine Durchführung im Sinne der Richtlinien nicht stattfand.

b) Das wird hier unverhohlen zugegeben. Man rechnete gegenüber dem Arbeitsamt für mehr Mitarbeiter ab, als wirklich eingesetzt wurden.



c) Die überschüssigen Mittel wurden verwandt zur Finanzierung anderer Projekte innerhalb der WBK (solche die nicht 100%-ig aus Drittmitteln finanziert wurden).

e) 1–2 Eine typische Welt-Intrige. Unter dem Siegel der Vertraulichkeit macht er beim WBK-Geschäftsführer Fronz seinen Karrieremitkonkurrenten, den Leiter des Pädagogischen Dienstes, Udo Butschkau, an. Der allerdings dürfte erst durch den HOLZWURM von der Existenz dieses Briefes erfahren.

penvermerk/vertraulich

e₁

K. Herrn Fronz

Bochum

26.11.1981

Betr.: Durchführung Benachteiligtenprogramm 81/82 Bochum und Recklinghausen

Am 1.9.1981 ist die Durchführung des Benachteiligtenprogrammes an beiden Standorten ordnungsgemäß angelaufen. Vom Arbeitsamt Bochum liegt bereits die Bewilligung mit Datum vom 13.11.1981 vor. Mit dem Arbeitsamt Recklinghausen sind die Finanzmodalitäten geklärt worden. Eine Bewilligung geht uns in den nächsten Tagen zu.

a

Die Richtlinien des o.g. Programmes sehen u.a. vor, daß, begleitend zum Werkstatt- und Berufsschulunterricht, zusätzliche Stützmaßnahmen durch Sozialpädagogen und Sprachlehrer erfolgen müssen. Über die Cestellung von Sozialpädagogen und Sprachlehrern sind mit der WBK entsprechende Absprachen bzw. vertragliche Regelungen erfolgt. Für die zu erbringenden Leistungen vergütet das JHW einen Betrag in Höhe von ca. DM 160.000,--. Bei dem genannten Betrag handelt es sich um Personalkosten für drei volle Kräfte. Zum Einsatz kommen aber an den beiden Standorten lediglich 1 1/2 Kräfte, was eine Entlastung des PÄD-Etats von ca. DM 80.000,-- bedeutet.

f

b

Trotz wiederholter Anmahnungen des JHW sieht sich der Pädagogische Dienst bisher nicht in der Lage, qualifiziertes Personal in den Maßnahmen, entsprechend den getroffenen Vereinbarungen, zur Verfügung zu stellen, obwohl Personalvorschläge von Seiten des JHW gemacht wurden. Von der Maßnahme Bochum (BAG Westfalen - Herr Köck) wird mittlerweile nachdrücklich das Fehlen der Mitarbeiter reklamiert.

e₂

d

Es ist darauf hinzuweisen, daß mit einem Teil der bereits im HPL 1982 vorgesehenen Mittel Mitarbeiter des Medienzentrums und des Projektes Fortbildung finanziert werden. Für den Fall, daß es nicht gelingt, abteilungsintern einen Ausgleich zu finden, müssen Mitarbeiter des MDZ bzw. Fortbildung entlassen ~~wadmaue~~ Mitarbeiter für JHW eingestellt werden.

c

Welt

f) Hier findet einer jener höchst komplizierten Rollenwechsel des Jo Welt statt, auf dem Hintergrund der engen Verflechtungen der WBK mit der Briefkastenfirma JHW (Jugendheimstättenwerk). (Dadurch, daß der Leiter der WBK Schulverwaltung, Welt, gleichzeitig Geschäftsführer des JHW ist und der Geschäftsführer der WBK, Fronz, stellvertretender Vorsitzender des JHW, ist es schon vorgekommen, daß diese Herren Briefe an sich selbst geschrieben haben.)

Einem Sachbearbeiter des Jugendamtes Duisburg wurde eine im Rahmen von ABM-geförderte schulpädagogische Maßnahme an der WBK-Berufsschule Hamborn als Tätigkeit des JHW vorgeflunkert, was die erfolgreiche Anerkennung im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland bewirkte.

Was wir nicht behaupten ist, daß sich dabei jemand unmittelbar materiell bereichert. Was wir allerdings behaupten: trotz vieler Worte und Publicity gelingt es dem Gespann Welt/Fronz nicht nachzuweisen, daß sie irgendetwas sinnvolles für die dringend notwendige Förderung von Jugendlichen während ihrer Ausbildung im Bergbau tun.



Diese Aussagen gelten nicht allein für den Komplex Benachteiligtenprogramm, sondern für den gesamten Bereich des WBK-Berufsschulwesens: da findet an manchen Standorten Sportunterricht in zugigen Kellern oder Garagen statt, da müssen Jugendliche in bahnhofshallenähnlichen Kantinen frühstücken, teilweise während der Pausen im Regen stehen. Klassenstärken von über 30 Schülern sind keine Seltenheit.



In diesem Kursjahr hat die WBK das Benachteiligtenprogramm auf die Standorte Castrop-Rauxel (Zeche Erin) und Ahlen (Bergbau AG Westfalen) expandiert. Auch hier eine Wiederholung der Farce aus dem Vorjahr: eine richtliniengemäße Förderung der Jugendlichen kann kaum stattfinden.

Und was das besonders Schlimme ist: Gerade Klassen von Berg- und Maschinenmännern haben oft eine Frequenz von an die 30 Schülern. Das aber sind häufig Sonderschulabgänger, Hauptschulabbrecher, Ausländer – Jugendliche also, die im Grunde besonders gefördert werden müßten – individuell und durch die

Inzwischen kommt Welt der –zweifelhafte – Verdienst zu, die Anerkennung des JHW als Träger der öffentlichen Jugendhilfe erreicht zu haben (vgl. HOLZWURM Nr. 69, Seite 24). Das geschah durch zwei Tricks:



Im Rahmen der MBSE (Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer) wurden unter Trägerschaft des AKE (Arbeitskreis Entwicklungspolitik, Vlotho) Seminare durchgeführt und abgerechnet. Genau die gleichen Seminare wurden dann gegenüber dem Landschaftsverband Westfalen als vom JHW durchgeführt angegeben. Mitarbeiter, die sich weigerten, diese Kungelei mitzumachen, wurden unter Druck gesetzt.



Genau das ist aber der Kern unserer Vorwürfe gegenüber der WBK und Herrn Welt: Mit Geldern geschoben und Karriere gemacht wird sicher vielerorten. Nur zeigt sich in den Fällen WBK/Welt wie sehr dies zu Lasten der Jugendlichen geht.

Anwendung angemessener Lehrmethoden und Unterrichtsformen. Wie das allerdings bei derartigen Klassenstärken und gleichzeitig unbesetzten Planstellen möglich sein soll, bleibt ein Geheimnis der Schulverwaltung der WBK. Deren Leiter ist Jochen Welt.

Christoph Peters

Unser Bericht "Wie man mit ausländischen Jugendlichen Knete und Karriere macht" hat in manchem Büro Unruhe ausgelöst und gab zu hektischen Aktivitäten Anlaß. Den Androhungen von rechtlichen Schritten folgten auf dem Fuße ungerechtfertigte Angriffe und weitere Drohungen, mit denen versucht wird, einzelne Redaktionsmitglieder zu isolieren und in die Enge zu treiben. Die zweite Angriffswelle bezog sich auf unseren Artikel zum Knappschafts-Krankenhaus "Abriß - Warum?"

Schon mit dem Erscheinen der letzten Nummer erreichte uns ein Anruf von Jochen Welt. Er fühle sich durch den Bericht über die Westfälische Berggewerkschaftskasse, bei der er beschäftigt ist, verleumdet und diffamiert. Zu

Die Überempfindlichkeit der Damen und Herren von der SPD gegenüber Kritik zeigt sich an dem beschriebenen Verhalten. Sie gehen aber noch weiter: Bei unserer Telefonumfrage bei Parteien und Organisationen zur Arbeitslosigkeit, hieß es bei der SPD: "Keine Stellungnahmen gegenüber dem HOLZWURM".

den erst erwogenen rechtlichen Schritten wolle er sich nicht entschließen

- "das bringt ja doch nichts". Ein Gesprächstermin wurde vereinbart, der von Welt abgesagt wurde. Zu einem weiteren Termin erschien Welt nicht; der Termin sei nicht mit seiner Sekretärin verabredet worden und daher nicht in seine Planung eingegangen.

Weit erregter, aber nicht mit miesen Drohtaktiken jonglierend, war ein weiterer Anrufer - Juso-Vorsitzender Wolfgang Gottschalk. Seine Erregung und Kritik stellten sich nach einer Prüfung als vollkommen gerechtfertigt dar: wir haben Mist gebaut. Neben einem unwichtigen Fehler (Welt ist im Vorstand des Vereins für Jugendheime e.V. und nicht dessen Geschäftsführer) enthält der Bericht eine Formulierung, die dem Juso eine Aussage unterstellt, die er nicht gemacht hat. In den noch vorliegenden Exemplaren wurde daher eine Korrektur vorgenommen. Zur Vermeidung solcher Manuskript- und Satzfehler haben wir nun Vorsorge getroffen. Am Wahrheitsgehalt der anderen Äußerungen in dem Artikel ändert sich dadurch nichts; geschrieben wurde er von Leuten, die genaue Einblicke in die Sachverhalte haben.

Ebenfalls mit gerichtlichen Schritten drohte uns Oberbürgermeister Erich Wolfram. Einem unserer Mitarbeiter unterstellte er in einem Brief, der eingeschrieben zugestellt wurde, daß er in dem Artikel "Abriß - Warum?" unwahre und diffamierende Behauptungen über ihn aufgestellt habe. Welche Äußerungen nun genau gemeint sind, das schrieb er allerdings nicht. Der Artikel und der anschließend abgedruckte "Hintergrundbeitrag" sind mit bestem Wissen und Gewissen recherchiert worden. Sie zählen lediglich Wolframs verschiedene Funktionen auf und die daraus ableitbaren Interessen. In einem Schreiben der Redaktion haben wir Herrn Wolfram gebeten, uns bitte mitzuteilen, welche Äußerungen nun "unwahr und diffamierend" seien.

BETR.: ABRIS - WARUM EIGENTLICH E. WOLFRAM erzählt

EINEN LESERBRIEF VON ERICH WOLFRAM, IN DEM ER SICH DIREKT AUF DAS THEMA "ABRISS DES ALTEN KNAPPSCHAFTSKRANKENHAUSES" BEZIEHT; KÖNNEN WIR LEIDER NICHT BIETEN. WIR VERÖFFENTLICHEN STATTDESSEN EINEN TEIL EINES INTERVIEWS (GEKÜRZT), DAS HERR WOLFRAM DER SCHÜLERZEITUNG RUECHENSTEIN GAB.

OBER-ERICH: ...Also, ich hab' Ihnen schon gesagt, in der Nummer davor oder für die Nummer davor, die Ausgabe davor hatte ich ein, auf Wunsch des Holzwurm's ein Interview gegeben, und ich hab mich fast an keiner Stelle in der Veröffentlichung wiedergefunden. Auf meine Bitte wurde mir das Tonband zur Verfügung gestellt, ich hab's mir grad' abgeschrieben und habe festgestellt, daß nicht korrekt berichtet worden ist, sondern daß faktisch kaum zitiert worden ist, sondern Kommentare immer

wieder gegeben worden sind, die nicht in Übereinstimmung mit meinen Auffassungen stehen, aber das nur nebenbei.

Hier in diesem Fall passiert eine regelrechte Schweinerei. Da wird ein Problem, das für uns alle noch ungelöst ist, in einer Form personifiziert und auf den Kopf gestellt, daß ich das einfach nicht unwidersprochen hinnehmen darf. Dort entsteht also zum Beispiel der Eindruck ich würde eine Schlüsselrolle in der Frage "Erhaltung oder Abriß des Knappschaftskrankenhauses" spielen. Föllig falsch, denn dies sind die Fakten:

Da gibt es eine Bundesknappschaft, die besitzt ein altes Krankenhaus und baut ein neues Krankenhaus. Diese Bundesknappschaft ist Grundstückseigentümer, Hauseigentümer und die muß sich natürlich fragen, was mach' ich mit dem alten Haus, wenn das neue in Betrieb genommen wird. Und diese Bundesknappschaft weiß von uns, von mir, daß wir es gern' sehen würden wenn das Haus, genauer gesagt geht's ja primär nur um die Fassade, erhalten bliebe.

Und es gibt in meinen Akten einen umfangreichen Schriftwechsel mit der Knappschaft mit der Bitte zu sagen, in einem frühen Stadium, was habt denn für Pläne, mit der Bitte zu prüfen und zu überlegen, ob es nicht eine Nachfolgenutzung finden kann, die uns die Fassade erhält, mit der Frage, darf der Wolfram bei Dritten rückfragen, ob sie Interesse für die Nachfolgenutzung haben. Mit Aktivitäten und Initiativen von Wolfram bei potentiellen Nutzern oder denkbaren Nutzern, seid ihr interessiert.

Zum Beispiel, das Anschreiben der Justizministerin Inge Donnep, könnten wir nicht daraus ein Landgericht machen?

Oder an andere, mit der Bitte 'ne Kombination zu machen.

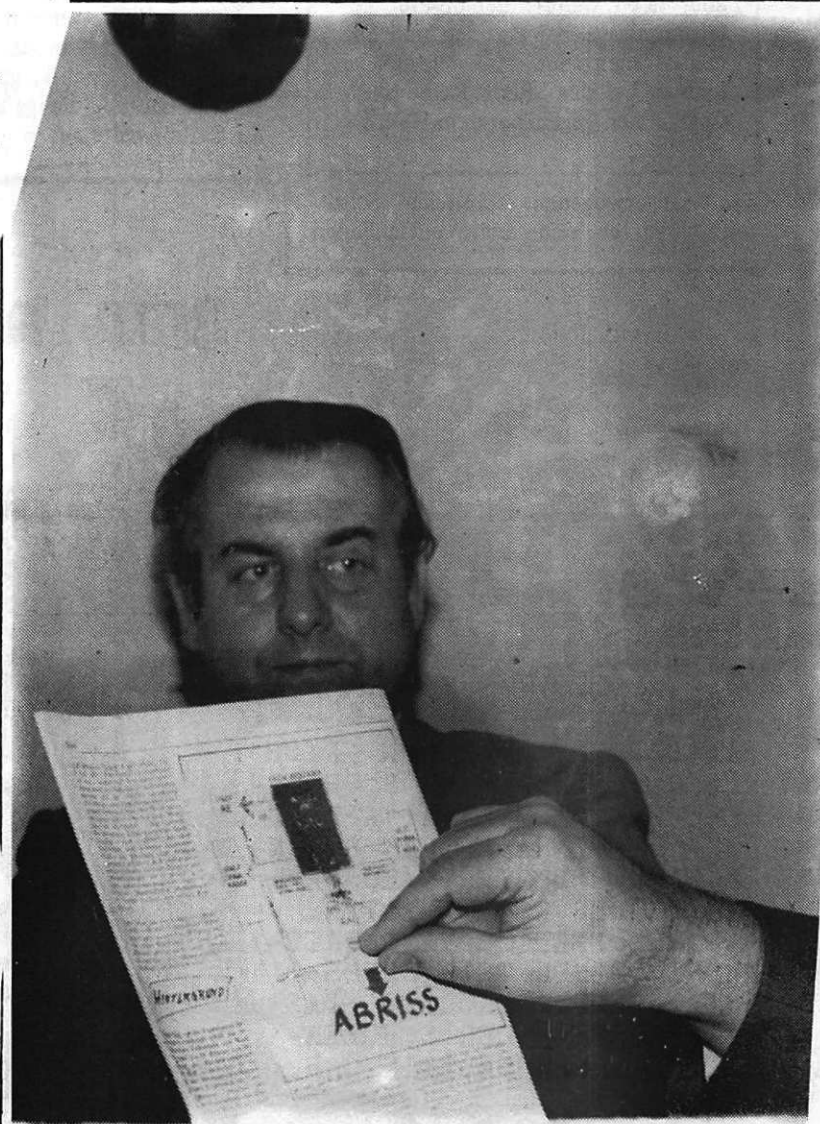
Oder mit der Bitte an die Knappschaft, verlegt doch eure Verwaltung in das Haus.

Das heißt also: viele Aktivitäten von mir!

Und dann folgende Feststellung: noch ist kein Abbruch beantragt,

es muß offiziell eine Abrißgenehmigung oder Abbruchgenehmigung geben und wenn die Genehmigung erteilt wird, auf die ich gar keinen Einfluß habe, weil es ein administrativer Vorgang ist, der besten Fall's dann noch 'ne Rückkoppelung bei bestimmten Beschlußgremien des Rates haben muß, wenn die erteilt wird, gibt es überhaupt kein Planungs- und kein Baurecht für eine Nachfolgenutzung.

Das heißt also, die Frage, ob da ein Park entsteht, ob dort Wohnungen gebaut werden, ob die viergeschossig, zweigeschossig oder zehngeschossig sind, ob dort spekuliert werden kann ist planungs- und baurechtlich überhaupt nicht entschieden, und das heißt,



Oberrbürgermeister Wolfram erklärt an

es müßte dann erst ein Prozeß eingeleitet werden, der öffentlich ist, mit Aufstellung eines Bebauungsplanes, mit, mit Anhörungen, mit Bürgerbeteiligung, mit Behördenbeteiligung, mit allem, was notwendig ist, um einen Bebauungsplan zu erstellen, das heißt, es besteht im Moment überhaupt kein Anlaß öffentlich zu unterstellen, daß da etwas an der Bürgerschaft vorbei gekungelt oder gemogelt oder gemauschelt wird.

Von Seiten der Knappschaft ist die klare Bekundung: wir sind gern' bereit, das Objekt einer Nachfolgenutzung zur Verfügung zu stellen, es muß nur ein Interesse da sein und der muß natürlich auch ein paar Mark auf



den Tisch legen, denn die ham ja nix zu verschenken, die sind ja wieder als Sozialversicherungsträger, der der öffentlichen Bezuschussung und Kontrolle unterliegt, verpflichtet, nix zu verschenken, sondern das Grundstück zu einem angemessenen Preis zu verkaufen und so weiter und so fort.

Das alles ist Tatsache. Und hier wird das Gegenteil behauptet.

Und dann kommt eine Schweinerei, wo ich einfach sagen muß, es ist der Gipfel, der Gipfel der Diffamierungen. Ich sag das jetzt 'mal drastisch. Der Gipfel der Diffamierungen. Da erscheint an irgend einer Stelle ein Schaubild. Und in dem Schaubild wird, na, habt ihr das rausgerissen? Weiter vorne ist es.

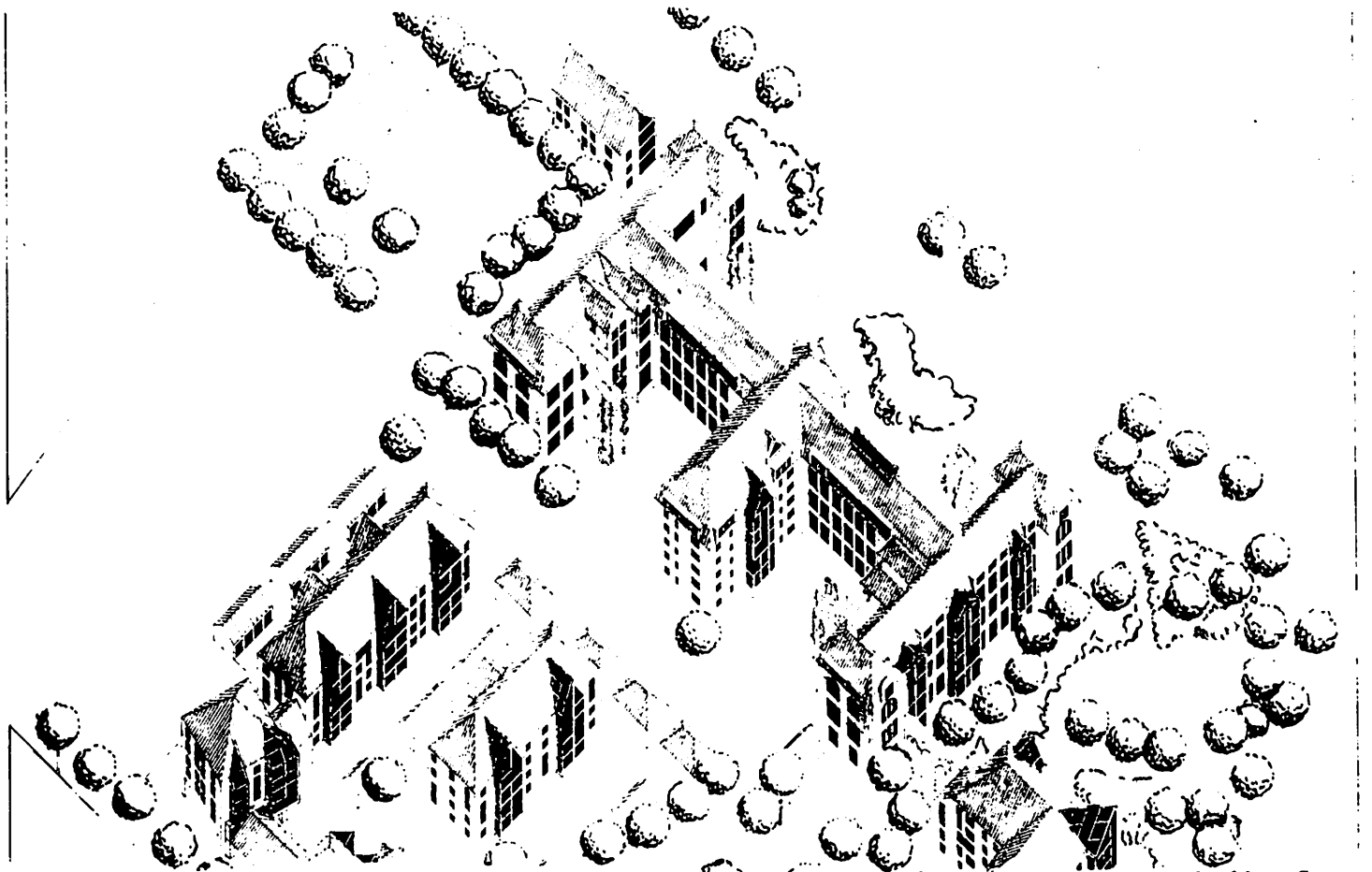
Und in dem Schaubild wird also etwas konstruiert, wird etwas konstruiert, was wirklich den Tatbestand der Beleidigungen und Diffamierungen erfüllt.

Da wird also der Wolfram zur zentralen Figur mit Ziel Abriß gemacht, obwohl ich nachweislich für Erhalt bin und kämpfe.

Da wird also dann der Eindruck erweckt, als würde ich über die Stadt und über die Stadtsparkasse versuchen, daß nach dem Abriß wir als Kreditgeber erscheinen. Da wird der Eindruck erweckt, als würde ich über meine berufliche Tätigkeit und damit Vertretung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in Organen der Knappschaft für Abriß sein, um dem Bergbau die Bergschädensaufwendungen zu ersparen.

Und da entsteht der Eindruck, immer wieder falsche Angaben über mich persönlich, da entsteht der Eindruck, als würde ich in meiner Eigenschaft als Mitglied der Vestisch-Märkischen Wohnungsbau GmbH, die ihrerseits eine Tochter der Treuhand, der Treu...äh, äh ... doch der Teuhandgesellschaft und der Stadt ist, mit 0,5% ist die Stadt daran beteiligt, als würde ich ein Interesse haben, daß abgerissen wird, damit die Treuhandgesellschaft für Bergmannswohnstätten dort bauen kann.

and einer HOLZWURMSKIZZE, Was Sache ist



Da wird also hier eine Interessenverflechtung konstruiert, die es überhaupt nicht gibt. Ich habe weder auf der beruflichen Schiene, auch nur im geringsten versucht, auf Bergschäden, Bergschadensfeststellung, Bergschadensansprüche, Bergschadensregulierung, Einfluß auszuüben, überhaupt nicht! Ich habe als Verwaltungsratsvorsitzender der Stadtsparkasse überhaupt noch nie daran gedacht, daß wir möglicherweise Kreditgeber werden könnten für die Bebauung dort. Und ich habe in meiner Eigenschaft als städtischer Vertreter im Aufsichtsrat der VMW nie versucht, der einen Vorteil zu verschaffen, nämlich in den Besitz des Grundstücks zu kommen und dort zu bebauen, es gibt frühere Pläne als die Treuhandgesellschaft neben der Knappschaft das Schwesternheim gebaut hat, diese, nicht Schwesternheim, die Ausbildungsschule, die MTA-Schule und so weiter, das hat die Treuhandstelle gebaut und ich glaube, im hiesigen Verfahren sogar gebaut oder, oder gebaut, oder gebaut und verpachtet. Da waren

dann die Überlegungen und die Gespräche Knappschaft mit der Treuhandgesellschaft, also von diesem Schaubild ist überhaupt nichts wahr, im Gegenteil, hier wird also jetzt bewußt eine Interessenverflechtung theoretisch konstruiert, die nicht stimmt. Ich habe die auch dem Architekten, der schon in seinem Papier, dieser Herr Maaß, der hat ähnliche Behauptungen aufgestellt, beide gebeten, sie möchten den Wahrheitsbeweis für ihre falschen Behauptungen antreten, oder sie möchten das richtig stellen, das ist doch das wenigste, was ich verlangen kann. Und ich habe in einem Satz geschrieben, ich behalte mir weitere Schritte vor, wenn das nicht geschieht. Und die behalte ich mir vor. Und damit ich Ihnen sagen kann, ich habe noch nie versucht, junge Menschen zu kriminalisieren; ich kann Ihnen auch 'en Beispiel sagen: es gab ja 'mal vor der Friedensdemonstration Flugblätter mit der Benutzung eines städtischen Briefbogens und mit dem Mißbrauch meiner Unterschrift in Form eines Aufrufs...

SAM BRONX

UND DIE ROBOTER

Comics werden, außer in Fachzeitschriften, nur selten rezensiert. Das liegt vermutlich daran, daß es heute immer noch die alten Vorurteile gibt, Comics seien nichts anderes als Propagandamaterial der "kapitalistischen Machthaber" oder sie seien für die "Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen in moralischer Hinsicht nicht akzeptabel". Daß Comics als Ideologieträger gebraucht werden, oder daß sie nur aus Profitinteresse gezeichnet und gedruckt werden und somit den Stand "Null" des kulturellen Niveaus nicht überschreiten, steht für viele Produktionen außer Frage. Daß aber dieses Medium durch solche Verallgemeinerungen im Ganzen verteufelt wird, ist eigentlich schade. Es gibt innerhalb des Genre COMIC durchaus Werke (ja, Werke!), die anzusiedeln sind zwischen Politik und Kunst, zwischen Zeitung und Film, die kritisches Bewußtsein und künstlerische Freiheit miteinander verbinden.

Ein solcher Comic ist "Sam Bronx und die Roboter", gezeichnet von Serge Clerk und ist erschienen als Band Nr. 2 der Reihe "Atomium 58" in der Edition Becker und Knigge. Der Preis für diesen 30-seitigen Zweiakter scheint mit 12,80 DM einfach zu hoch zu sein, kann aber bei Berücksichtigung der kleinen 1200-er Auflage und der ansonsten für einen Comic exklusiven Ausstattung schon fast als angemessen bezeichnet werden. Um jetzt aber nicht in Formulierungen zu rutschen, die wie Verlagswerbung klingen, werden ich mit der Betrachtung des eigentlichen Inhalts beginnen.

Die Story fängt an mit den Worten einer seltsamen Figur, die da lautet: "Tag! . . . Ich bin der Wächter der Wiederaufbereitungsanlage kkw 880306 bei Megaville, das ist einer der größten Schrottplätze der Milchstraße, denn bis heute ist es noch keinem gelungen, den hier gelagerten Atommüll wieder zu verwenden . . ."

Damit ist schon geklärt, wo und wann diese Geschichte spielt, nämlich in unserer Zukunft auf einem fernen Planeten. Bevölkert wird diese seltsame Welt, die nur aus Schrott und atomaren Abfällen zu existieren scheint, von alten Robotern, einem der letzten freien Schriftsteller (eben jenem Sam Bronx), von Schutzmächten, die die Ordnung aufrechterhalten und von gewissenlosen Killern, die

von jedem angeheuert werden können, der nicht selbst zum Schießseisen greifen will. Für diese Killer gibt es Lizenzen!

Die Wesen, inclusive Sam Bronx, sehen schon fast nicht mehr wie Menschen aus . . . es liegt die Vermutung nahe, daß sie durch die atomare Strahlung mutiert sind.

Demjenigen, der diesen Comic liest, rate ich, seine bisherigen Ansprüche an Comics für die Lektüre dieses Buches beiseite zu legen, und nicht nach Sinn und Zweck zu fragen. Es ist, wie auch das Theater,

nicht das, als was man Theater und auch Comics so oft versteht . . . triviale Volksbelustigung, sondern es ist vom Natürlichen abstrahierte Darstellung. Hier ist es die Darstellung einer Welt, in der wir leben werden, wenn wir immer weiter in der bisher üblichen Weise, Raubbau an unserer Welt (nicht nur Umwelt!) betreiben. Der Verlauf der Geschichte ist hier Träger der Information über die Unarten jeder Welt und gleichzeitig Kritik an unserer jetzigen.

Olaf O. Manke

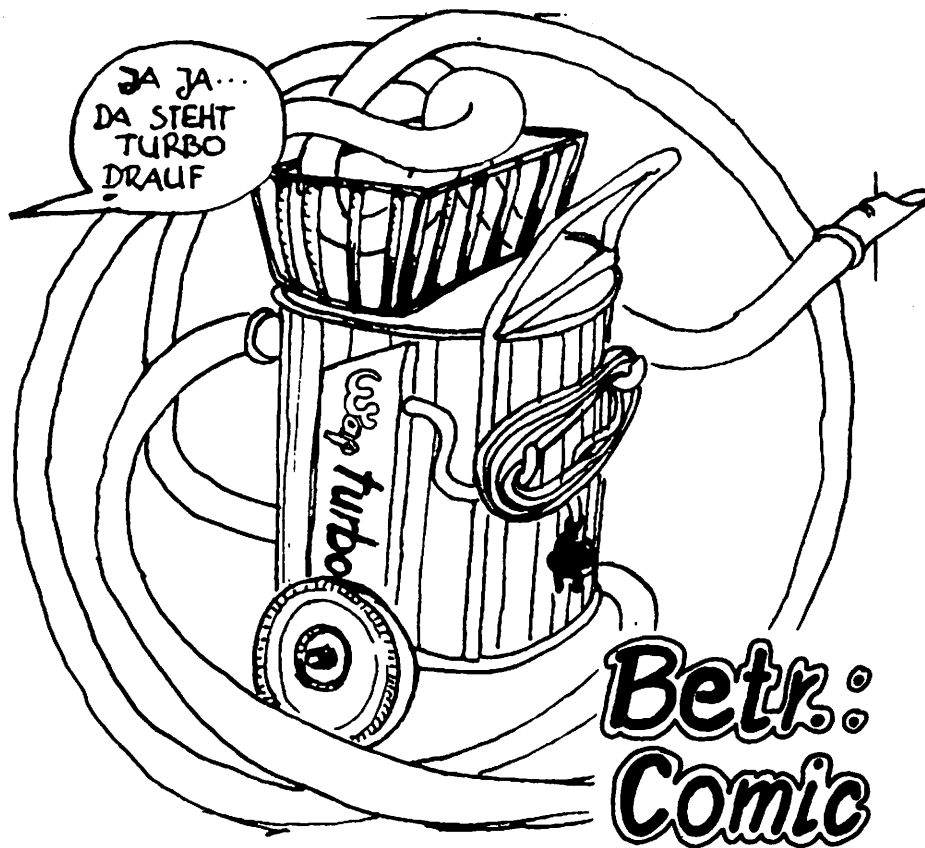
KLEINE ANZEIGEN

Ich suche noch Leute für eine
Wg Behinderte/Nichtbehinderte.
Franz Josef; Kontakt: RE 15698

Suche Baby zwischen 3 u. 6 Monaten für
gemeinsame Unternehmungen: Spielen,
Schmusen, Leben lernen. David Scheller, geb.
18.6.82, Elper Weg 92, RE, 153 23

Suche Zimmer in WG
oder 2 1/2 Zimmer in RE
Jussy 36774

Verkaufe Angelausrüstung,
reichhaltig; RE, 7m Lohtor 10,
Nitschke



Betr.: Comic

Leider ist die Resonanz auf den Comic in der letzten Ausgabe des HOLZWURM derart mies gewesen, daß ich mich entschlossen habe, keine weiteren Folgen zu veröffentlichen. Für diejenigen, die sich trotzdem für den weiteren Hergang der Story interessieren, sei hier eine kleine Zusammenfassung angebracht!

Die Geschichte heißt:

DIE WUNDER DES NICHTS

Otto M. arbeitet in einer Autowerkstatt um sich etwas Geld nebenbei zu verdienen, und entdeckt dabei in einer Ecke einen Staubsauger mit der Aufschrift "Turbo", den er kurzerhand nach einem kurzen Test in einen Supersauger umbaut. (siehe letzte HOLZWURM-Ausgabe) Dieser Supersauger nun ist aber derart stark geraten, daß er sogar die Panels (Bilder) von der gezeichneten Seite saugt und somit dem Otto die eigentliche Grundlage seiner Existenz nimmt. Er schwebt im Nichts. Der Zeichner nun, als der allmächtige Gott der Comicfiguren erbarmt sich seiner, und läßt ihn in eine neue Welt fallen, die sich nach einem Sturz durch eine gläserne Kuppel als vollkommen anders entpuppt als jene, der Otto M. entstammt. Der Supersauger ist verschwunden. In einer Welt, in der die Gebäude hoch und glatt und aus einer Substanz sind, die künstlich hergestellt zu sein scheint, stößt Otto auf absolute Gleichgültigkeit der dort vegetierenden Wesen. Einige wenige von ihnen sind wie

ner Umwelt gegenüber steht wie die völlig degenerierten Wesen dieser dekadenten Konsumwelt, und auch wieder nicht so übertrieben der Wissenschaft verhaftet ist, wie die Besessenen, sondern ein Mensch, gelingt es ihm, durch seine Gedanken die Wunder des Nichts zu erleben. Er erschafft aus dem Nichts die phantastischen Welten, Gebilde und Wesen und läßt sie wieder verschwinden, bis er erkennt, das er der Zeichner ist.

Aber immer mehr erkennt er, daß seine Existenz als Zeichner zwar eine nie geahnte Kreativität bei ihm freisetzt, daß er über Leben und Tod vieler Wesen bestimmen kann, aber wiederum diese Macht sinnlos erscheint, wenn er sie nicht mit jemandem teilen kann. So entschließt er sich zu einem Schritt, der ihn zwar wieder zum Spielball des Zufalls macht, der ihm aber seine alte Welt mit den vertrauten Menschen wiedergibt. Er läßt die Geschichte dort weitergehen, wo sie begonnen hat, unwahrscheinlich zu werden. Nämlich just in jedem Augenblick als er den Knopf des Supersaugers betätigte. Der "Supersauger" aber rührt sich nicht und Otto M. wird gefeuert, weil er den teuren und einzigen Staubsauger der Firma kaputt gemacht hat.

Olaf O. Manke

besessen von der Idee, durch die Kraft der Gedanken das Nichts, aus dem der Zeichner sie erschaffen hat, wiederzuerlangen. Das Nichts wiederzuerlangen heißt für sie soviel, wie durch Gedankenkraft alles zu erschaffen, was sie wollen.

In diese üble Gesellschaft nun gerät Otto M. und lernt von ihnen viel über diese Theorie. Da er nicht so gleichgültig sei-



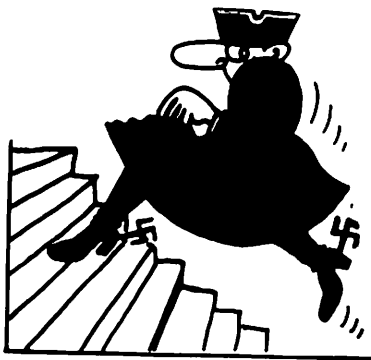
Veranstaltungen vom 8.11. - 1.12.

Mo., 8.11.

- 19.00 "Die Liebe"
Film für Hör- und Sprachgeschädigte
VHS-Haus
- 19.30 John James und Christopher Jones
Folkmusik
Altstadtschmiede 5 DM
- 20.00 VHS-Frauenstammtisch
VHS-Haus

Di., 9.11.

- 17.00 The war game und
Der Traum vom Überleben
- 23.15 Costa Garras:
Der unsichtbare Aufstand
(bis 11.11.)
Roxy, Dortmund
- 19.30 VHS-Filmclub
"Der subjektive Faktor"
VHS-Haus
- 21.20 Holocaust: Die Tat und die Täter
Die Amnestierung der NS-Gewaltverbrecher durch deutsche Justiz
ZDF



Fr., 12.11.

- 15.30 Ausländer in der Bundesrepublik
Vortrag von Mohamed Turki
im VHS-Haus, für ältere Bürger

- 19.30 "Drei Frauen - ein Theaterstück für die Frauenemanzipation"
vom "Schlicksupp-Theatertrupp"
im Fritz Husemann Haus
- 20.00 Schmetterlinge:
"Die letzte Welt"
Hans Sachs Haus
c/o Jugendant Gelsenkirchen, 10 DM
- 20.00 NE*
Flexi, Re, Schulstr.85
- 20.15 Konzert:
Antonio Viora
Herz, Schlicksupp
Altstadtschmiede
- 20.15 Wanderspiel:
Alltag im Nationalsozialismus. Eine Reise durch die Braunkohle
- 21.00 Costa Garras:
Vermittlung
Voraussetzung: bis 11.11.
Roxy, Dortmund

Di., 16.11.

- 16.00 Costa Garras
"Z"
(bis 18.11)
Roxy, Dortmund
- 18.00 STALKER
Tarkowski (Regisseur von "Solaris")
(bis 18.11.)
Roxy, Dortmund
- 11.00 und
19.30 "Der Brotladen" von Brecht
"Schlicksupp - Theatertrupp"
Ruhrfestspielhaus

Mi., 17.11.

- 22.30 NO NUKES
Anti Atomkraft Konzert
Dokumentarfilm mit James Taylor, Bruce Springsteen, Jackson Browne, The Doobie Brothers, Crosby, Stills und Nash und andere
WDR 3-TV



Fr., 19.11.

- 19.00 Die weiße Rose
Roxy, Dortmund
(bis 22.11.)
- 19.30 Die Nacht in der alles möglich wird - oder: Was heißt hier Glück?
Ruhrfestspielhaus
auch 20.11.

Sa., 20.11.

- 20.00 Rocktheater "Vogelfrei"
"Kalle Durchblick"
Jugendzentrum Tossehof
c/o Jugendant Gelsenkirchen 3 DM
- 20.00 Leo Löhr's Oldie
Quartett
Flexi, Re, Schulstr.85



Sa 13.11

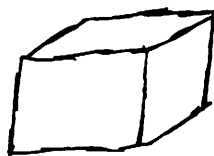
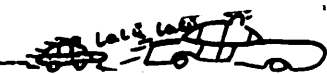
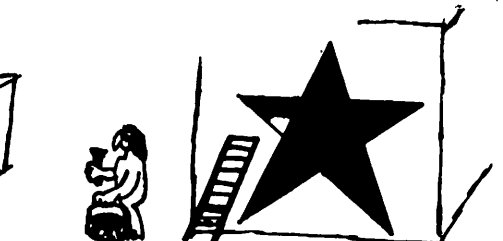
- 19.30 "Flametta - ein Stück über die Zukunft"
vom "Schlicksupp - Theatertrupp"
Ruhrfestspielhaus
(auch 14.11.)
- 20.00 Remark
Jazz aus Dusseldorf
Flexi, Re, Schulstr.85
- 21.00 Nachtkonzert:
ANTONIO MADIGAN
Flamenco aus Spanien
Altstadtschmiede 5 DM

So., 14.11.

- 14.30 Ein Schuß Feuerzangenbowle
Schulalltag in den 50iger Jahren. Die große Reform fand nicht statt.
WDR 3 Radio

Mo., 15.11.

- 11.00 Schulvorstellung für Jugendliche ab 14:
"Der Brotladen", Brecht
"Schlicksupp - Theatertrupp"
Ruhrfestspielhaus
- 19.30 SIOUX
Akustik Gitarre, Akustik Bass und Percussion
Altstadtschmiede 5 DM
(auch am 16.11.)





Filme in Recklinghausen

- So, 21.11.**
- 11.00 Kino von elf bis elf "No future - oder Bock auf Zukunft" Ruhrfestspielhaus
 - 19.30 B 1 Rock aus Essen Altstadttschmiede 5 DM
- Di, 23.11.**
- 17.00 Hendrix at Berkely und Doors: Feast of Friends
 - 19.00 Costa Garras Das Geständnis (bis 25.11.) Roxy, Dortmund
- Fr, 26.11.**
- 19.30 BLUESTRAIN live in der Altstadttschmiede 5 DM
 - 20.15 Nationalsozialismus im Alltag: 2. Arbeiter an Rhein und Ruhr WDR 3-TV
 - 23.15 Costa Garras Filnacht 1. 2. Der unaichtbare Aufstand, 3. Missing Cinema/Unicenter Bochum

- Der subjektive Faktor**
- 9.11. im VHS-Haus, 19.30 Uhr
- Rivalen unter roter Sonne**
- 9.11. im Jugendzentrum Marienstr. 2, 19.00 Uhr
 - 10.11. in der Schmiede, 19.00
- Denn sie wissen nicht was sie tun**
- 11.11. in der Schmiede, 19.00
- Der Texaner**
- 16.11. im Jugendzentrum Marienstr. 2, 19.00 Uhr (Terminverschiebung möglich)
 - 18.11. in der Schmiede, 19.00
- Tote schlafen fest**
- 16.11. im VHS-Haus, 19.30 Uhr
- Filmnacht mit drei Filmen**
- 19.11. in der Schmiede, 19.00
- Zwei glorreiche Halunken**
- 23.11. im Jugendzentrum Marienstr. 2, 19.00 Uhr
 - 24.11. in der Schmiede, 19.00
- Silent Movie**
- 25.11. in der Schmiede, 19.00
- Theo gegen den Rest der Welt**
- 30.11. im Jugendzentrum Marienstr. 2, 19.00 Uhr

Seminar

VERKABELT, VERDRATET, VERKAUFT?

Konservative Medienpolitiker wollen unser Rundfunk- und fernsehsystem unkrepeln, neue Technologien verändern unseren Alltag einschließlich des Privatlebens, wir sollen uns der Technik und denen, die sie steuern, unterordnen:

Leben und Arbeiten im Zeitalter der neuen Medien und Informationstechnologien

Seminar der Humanistischen Union

am 17.11. ab 14 Uhr - 20.00 Uhr in der VHS Essen

infos bei:
Humanistische Union
Landesverband und Bildungswerk NRW
Kronprinzstr. 15, 43 Essen
Tel. 0201/227982

- Sa, 27.11.**
- 18.00 Jugendtheater in Frits Husemann Haus
 - 20.00 Pussy Krull Band Flexi, Re. Schulstr. 85
- Di, 30.11.**
- 18.30 Theater für Jugendliche: "Bombenstimmung" Frits Husemann Haus

FESTE TERMINE

- Montag**
- 19.00 Redaktionsitzung von "Morgen" Frauenzentrum
 - 19.00 "Fachwerk"-Redaktionsitzung Ökumenisches Zentrum
 - 19.15 DGB-Jugendgruppe Dorstener Str. 27a
- Dienstag**
- 19.00 "Flaschenöffner"-Redaktionsitzung Vordarsatzentrum
 - 20.00 Frauenzentrum Öffentlichkeits AG
 - 20.00 Initiativgruppe 3. Welt Autonomes Zentrum
- Mittwoch**
- 17.00 Öffnungszeit des Holzwurmbüros (bis 19.00) Autonomes Zentrum

Endlich wirksamer Schutz vor dem Terrorismus



- 16.30 Information zur Kriegsdienstverweigerung Aref Gasthaus, Heilig-Geiststr. 7
- 19.00 Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat AK Nachträgliche Kriegsdienstverweigerung Heinrich-Pardon-Haus
- 19.00 DFG/VK Gruppenitzung Autonomes Zentrum
- 19.00 Frauenzentrum Frauenhausgruppe
- 20.00 Frauenzentrum Jeden 1. Mittwoch im Monat Vollerversammlung
- 20.00 Lesegruppe RE Frauenzentrum
- 20.00 Autonomes Zentrum Hausgruppe

